

Die Politische Meinung

< 24.02.2022 >

ZEITENWENDE?

—
Zur sicherheitspolitischen Debatte

ZUM SCHWERPUNKT Christoph Heusgen, Tobias Bunde, Historischer Wendepunkt; Roderich Kiesewetter, Das Krisenmanagement der Bundesregierung; Anna Clara Arndt, Zum neuen Strategischen Konzept der NATO; Sönke Neitzel, Anmerkungen eines Militärgeschichtlers; Johann Wadephul, Sicherheit in neuen Zeiten; Marisha Reuter, Verstärktes Engagement im Indo-Pazifik

INTERVIEW Dalia Grybauskaitė über Litauen und den Ukraine-Krieg; Eberhard Zorn zur Modernisierung der Bundeswehr

IMPULSE Wolfgang Schäuble, Freiheit glaubhaft verteidigen

LITERARISCHE ERINNERUNG Rüdiger Görner, Walther Rathenau im Heute-Gestern
Stefan Zweigs und anderer

Bundeswehr der Zukunft

Verantwortung und Künstliche Intelligenz



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG

Wie viel KI brauchen unsere Streitkräfte und ihre Partner?
Wie passt moderne Kriegsführung zu Ethik und Recht?
Wie stärkt Innere Führung die Bundeswehr der Zukunft?

Die KAS denkt die »Bundeswehr der Zukunft«:

- Sammelband zu politischen, historischen, technischen und ethischen Aspekten
- Twitter Spaces, Video-Reihe & Podcasts
- Podiumsdiskussion mit verteidigungspolitischen Expertinnen und Experten
- Deutschlandweite Veranstaltungsreihe



kas.de/bundeswehr-der-zukunft

Sind wir bereit für die Bedrohungen von morgen?

Editorial

Ralf Thomas Baus, Redakteur

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz drei Tage nach dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag. Der Begriff der Zeitenwende hat verfangen, aber er setzt auch einen hohen Anspruch, an dem sich die deutsche Politik messen lassen muss, sonst wäre es nur forsche Ankündigungsrhetorik, die eigenes Zaudern und Zögern bemäntelt.

Zweifellos ist der Zusammenbruch der internationalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs eine „Zeitenwende“. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich – nun für alle sichtbar – grundlegend verändert. Dabei hatte Russland vor dem 24. Februar 2022 deutliche Signale seines Geschichtsrevisionismus und Strebens zum Status einer eurasischen Großmacht gesetzt. Der Kaukasuskrieg 2008, in dem Russland mit militärischen Mitteln Südossetien der Kontrolle Georgiens entzog, und die Besetzung der Krim 2014 markierten Etappen auf dem Weg zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die „Zeitenwende“ erreicht den Westen mit acht Jahren Verspätung. Werden das transatlantische Bündnis und Deutschland jetzt die richtigen Antworten geben und ihrerseits eine „Zeitenwende“ einleiten, die Freiheit, Souveränität und westliche Werte dauerhaft sichert?

Nach der Wiedervereinigung 1990 hatte sich die Bundeswehr von einsatzbereiten Großverbänden verabschiedet und richtete ihre Strukturen an Auslandseinsätzen wie in Afghanistan aus. Die Kaltstartfähigkeit der Bundeswehr, durch die innerhalb weniger Tage mehrere Zehntausend Soldaten kriegsbereit mobilisiert werden konnten, ging verloren. Bündnis- und Landesverteidigung müssen nun wieder Vorrang haben.

Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs hat das westliche Bündnis zahlreiche Weichen gestellt. Deutschland hat ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Ausstattung der Bundeswehr aufgelegt. Das transatlantische Defensivbündnis benötigt jedoch eine dauerhafte und glaubwürdige Abschreckung. Sie hat im Kalten Krieg fünfzig Jahre lang für Stabilität und Sicherheit gesorgt und ist nun erneut gefordert.

Die zentrale Frage lautet in dieser Zeit, ob der Westen der russischen Herausforderung gewachsen ist. Scheitert der Westen bei seiner Unterstützung der Ukraine, sind Freiheit und Sicherheit in ganz Europa bedroht. Die Zäsur des 24. Februar 2022 erfordert ein grundlegendes Umdenken: eine Zeitenwende, auch in den Köpfen.

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Zeitenwende? Zur sicherheitspolitischen Debatte

16 „ZEITENWENDE“?

Norbert Lammert
Alte Denkgewohnheiten und neue Handlungsmuster

21 HISTORISCHER WENDEPUNKT

Christoph Heusgen, Tobias Bunde
Bewährungsprobe für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

32 ENTSCHEIDENDE WOCHEN

Roderich Kiesewetter
Der Krieg gegen die Ukraine und das Krisenmanagement der Bundesregierung

38 DEUTLICHE BOTSCHAFT

Anna Clara Arndt
Das neue Strategische Konzept der NATO

43 DER KRIEG IN DER UKRAINE

Sönke Neitzel
Anmerkungen eines Militärhistorikers

56 INTERVIEW: „DIKTATOREN NICHT VERTRAUEN“

Dalia Grybauskaitė über Litauen und den Ukraine-Krieg

60 „CHANGE OF MINDSET“

Kay Brinkmann
Der russische Krieg gegen die Ukraine und die Verteidigung der NATO-Ostflanke

68 ENORM VIEL AUFZUHOLEN

Patrick Keller
Zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr

77 SICHERHEIT IN NEUEN ZEITEN

Johann Wadephul
Positionen der CDU

84 ZEITENWENDE FÜR DIE TRUPPE?

Serap Güler
Resilienz durch Ausrüstung und Entlastung

89 VERSTÄRKTES ENGAGEMENT

Manisha Reuter
Europas sicherheitspolitische Interessen im Indo-Pazifik

98 INTERVIEW: AUFBRUCHSTIMMUNG

Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr, über die Einsatzbereitschaft der Truppe und ihre Modernisierung

103 MEHR AUTONOMIE, ABER WIE?

Hardy Ostry, Lukas Wick,
Adrien Ayrinhac
Sicherheitspolitische Perspektiven für Deutschland, Frankreich und die Europäische Union

109 EIN JAHR DANACH

Philipp Münch
Erfahrungen und Lehren aus dem militärischen Afghanistan-Einsatz

Kommentiert

27 NICHT DIE NERVEN VERLIEREN

Michael Rühle
Deutschland und die nukleare Realität

114 EINE MENTALITÄTSFRAGE

Philipp Dienstbier
Deutschland benötigt eine (neue) strategische Kultur

Spotlights

48 ABKEHR VON DER NEUTRALITÄT

Gabriele Baumann
Militärische Spannungsfelder und NATO-Erweiterung im Norden Europas

65 RUSSLANDS FAUSTPFAND?

Katja Christina Plate
Die sicherheitspolitische Lage in der Republik Moldau

81 TERRITORIALE KONFLIKTE

Stephan Malerius
Der Südkaukasus und die destruktive Politik Russlands

95 UKRAINE TODAY - EAST ASIA TOMORROW?

Rabea Brauer
Japans eigene „Zeitenwende“ und das Ende der militärischen Zurückhaltung

Impulse

52 FREIHEIT GLAUBHAFT VERTEIDIGEN

Wolfgang Schäuble
Europa muss unter der Führung Deutschlands, Frankreichs und Polens mehr Verantwortung übernehmen

73 SELBSTBEHAUPTUNG DER DEMOKRATIEN

Hans-Peter Bartels
Keine Angst vor einer neuen Bundeswehrreform!

Literarische Erinnerung

118 „FRIEDLICHER RITTER DES GEISTES“

Rüdiger Görner
Walther Rathenau im Heute-Gestern
Stefan Zweigs und anderer

126 AUS DER STIFTUNG



Endzeit-Zeitwende

Die Bildserie „After The Storm“ des polnischen Fotografen Jędrzej Nowicki

Besonders für Christen ist „Zeitenwende“ ein großes Wort. Die bis heute gebräuchliche Zeitrechnung zeugt davon. Hoffnungsfreudiger kann ein Vor- und Nachher nicht sein.

Die nun ausgerufene „Zeitenwende“ meint das Gegenteil: einen verstörenden Rückschritt in unzeitgemäße Gewalt; für die Menschen, die sie zu erleiden haben, ist sie gleichbedeutend mit Endzeit.

Die Fotos dieser Serie stammen aus dem ostukrainischen Charkiw – unmittelbar nach Kriegsbeginn von der russischen Armee belagert und bis heute Ziel ihrer Artillerie. Gezeigt werden Chaos und Zerstörung, von Angst und Entbehrungen gezeichnete Menschen. Doch wer genau hinsieht, wird die Zeichen aufkeimender Hoffnung nicht übersehen. Zeitwende statt Endzeit.

© Jędrzej Nowicki

Zeitenwende?

—

Zur sicherheits- politischen Debatte











„Zeitenwende“?

Alte Denkgewohnheiten und neue Handlungsmuster

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Das Ende einer Epoche oder Ära und der Beginn einer neuen Zeit“ – so ist im Duden der Begriff „Zeitenwende“ definiert, mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner denkwürdigen Regierungserklärung drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine die Lage beschrieben hat, um die Maßnahmen zu begründen, für die es bis dahin weder eine Mehrheit in der deutschen Bevöl-

kerung noch in der Wählerschaft der Koalitionsparteien gegeben hat – darunter Waffenlieferungen an die Ukraine und ein mittlerweile beschlossenes, 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für die Bundeswehr.

Obwohl seit dem Frühjahr 2022 zweifellos schwerwiegende politische Entwicklungen stattfinden, ist der Begriff der „Zeitenwende“ ebenso einleuchtend wie irreführend, denn er suggeriert einen plötzlichen, tiefgreifenden Umbruch. Aber werden wir wirklich gerade Zeugen vom Ende einer Ära und dem Anbruch einer neuen?

Tatsächlich stehen die revisionistischen Ziele und das brutale Vorgehen Moskaus eher in einer Kontinuität der letzten Jahre: Russlands massive Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny in den 1990er-Jahren, der Georgien-Krieg 2008, die Annexion der Krim und Militäroperationen in den ostukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk 2014, das Eingreifen Russlands in den syrischen Bürgerkrieg ab 2015 mit der Zerstörung von Aleppo, Mordanschläge auf Journalisten und Oppositionelle in Russland, Großbritannien und Deutschland waren nicht nur überdeutliche Warnsignale, sondern flagrante Verstöße gegen Recht und internationale Verträge, verbunden mit den ersten gewaltsamen Grenzverschiebungen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Friedrich Merz hatte das späte Erwachen im Februar 2022 deshalb als „Realitätsschock“ beschrieben und in der Mai/Juni-Ausgabe 2022 der *Politischen Meinung* ausgeführt, „dass die Welt, in der wir an diesem Tag [des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine] aufgewacht sind, lange vorher schon so war, wir dies aber nicht wahrhaben wollten“.

POLITISCHE GRATWANDERUNG

Nun müssen wir nicht nur mit den unmittelbaren Folgen des Krieges zurechtkommen, sondern auch mit den Auswirkungen dieser jahrelangen Realitätsverweigerung: „Die Bundeswehr, das Heer, [...] steht mehr oder weniger blank da“, gab der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, zu Protokoll. Zudem stellen wir fest, in welche gefährliche energiepolitische Abhängigkeit sich Deutschland selbst manövriert hat – obwohl uns unsere Verbündeten mehrfach auf diese Gefahr hingewiesen haben. Russlands Aggression, die sich auch gegen die eigenen Verpflichtungen auf eine gemeinsam garantierte Friedensordnung richtet, entschlossen zu begegnen, ohne eine weitere Eskalation zu riskieren, ist eine heikle politische Gratwanderung, die auch dadurch erschwert wird, dass man in Peking, Brasilia, Neu-Delhi und anderswo genau beobachtet, wie der Westen agiert.

Der BRICS-Gipfel, bei dem sich Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika im Juni 2022 trafen, hat verdeutlicht, dass sich ein mächtiger anti-westlicher Block etablieren könnte, der mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentiert. Es ist daher dringend an der Zeit, zu handeln, um unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unsere Demokratie und auch unseren Wohlstand zu schützen. Nichts davon gibt es zum Nulltarif, wie wir gerade schmerzhaft erfahren.

Zentrale Komponente europäischer Sicherheit sind die transatlantischen Beziehungen im Kontext der NATO. Unbestritten ist: Ohne die militärischen Fähigkeiten der USA können sich auf absehbare Zeit weder Deutschland noch Europa wirkungsvoll schützen. Unsere Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist deshalb langfristig auf die transatlantische Partnerschaft ausgerichtet und angewiesen.

Um als Bündnispartner für die USA attraktiv zu bleiben, müssen wir mehr in die transatlantischen Beziehungen einbringen. Es war daher überfällig, dass die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) in der Erklärung von Versailles bereits im März 2022 bekräftigt haben, dass Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen und die eigenen Verteidigungsfähigkeiten deutlich erhöhen muss. Wenn die seit Jahren immer wieder beschworene Stärkung europäischer Verteidigungskapazitäten allerdings auch unter den jetzigen Bedingungen nicht zustande kommt, wird sie vermutlich nie stattfinden. Sie kann jedoch nur erfolgen, wenn die Beteiligten nicht nur verlässliche finanzielle Verpflichtungen eingehen, sondern auch zu strukturellen Veränderungen bereit sind. Das stellt vor allem Deutschland und Frankreich vor besondere Herausforderungen: Frankreich mit seiner nationalen Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen und Deutschland mit seinem exklusiven Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Präsident Emmanuel Macron hatte bereits im Februar 2020 angeboten, den Dialog über die strategische Abschreckung mit den EU-Partnern zu stärken – mit zaghafte Reaktionen in anderen Mitgliedstaaten.

MILITÄRISCHE MINIMALMARKEN

Mit Blick auf unsere Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO müssen wir uns auch fragen, was unsere Verbündeten von uns brauchen. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Heer: Den deutschen Landstreitkräften fällt die Hauptlast der konventionellen Verteidigung an der Ostflanke der NATO zu. Dass das Heer dazu entsprechend ausgestattet sein muss, ist keineswegs eine neue Erkenntnis. Unter dem Eindruck der russischen Annexion der Krim hatte die Bundeswehr bereits ein detailliertes Fähigkeitsprofil erarbeitet, wie die Streitkräfte bis Anfang der 2030er-Jahre ausgestattet sein sollen. Außerdem hat Deutschland seinen Verbündeten in der NATO zugesagt, bis 2031 drei voll ausgestattete Heeresdivisionen einsatzbereit zu haben. Das ist wohl die Minimalmarke, die schnellstmöglich aufgebaut und je nach sicherheitspolitischer Entwicklung erweitert werden sollte. In ähnlicher Weise gilt das auch für die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr im See-, Luft- und Cyberbereich. Durch die Ende Juni 2022 von der NATO beschlossene massive Aufstockung der schnellen Eingreiftruppe und die Stärkung der Ostflanke steht die Bundeswehr unter noch größerem Zeitdruck, wenn sie den Partnern

versprochene Kontingente tatsächlich bereitstellen will – immerhin hat sich Deutschland verpflichtet, etwa 15.000 Soldaten, 65 Flugzeuge und zwanzig Schiffe beizutragen. Die damit verbundenen Anstrengungen sind aufgrund jahrelanger Vernachlässigung und Unterfinanzierung unserer Streitkräfte enorm. Zumal schon jetzt absehbar ist, dass das vereinbarte Sondervermögen dafür nicht ausreichen wird und das zugesagte Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben auch in den nächsten Jahren nicht oder nur knapp erreicht wird. Die Handlungs- und Einsatzfähigkeit der Streitkräfte bedeutet im Klartext: „[...] wir müssen die Bundeswehr kriegsfähig machen“, wie es der Militärhistoriker Sönke Neitzel in der *Welt* formuliert hat.

INSTITUTIONELLE NEUJUSTIERUNGEN

Die Bundeswehr gilt politisch als „Parlamentsarmee“. Damit kommt dem Bundestag die Verantwortung zu, die Bundeswehr mit dem entsprechenden Material und dem notwendigen Personal in Umfang und Qualität auszustatten, das sie zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben sowohl zur Landesverteidigung als auch ihrer Bündnisverpflichtungen benötigt. Dieser Verantwortung muss das deutsche Parlament stärker gerecht werden. Im Kontext europäischer Verteidigungsstrukturen muss der Bundestag die Vorbehalte für Militäreinsätze jenseits der Landesverteidigung neu justieren, um Verpflichtungen gegenüber Bündnispartnern im Ernstfall rasch nachkommen zu können. Wir müssen Lösungen finden, wie der Parlamentsvorbehalt gestaltet sein kann, um eine schnelle Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten.

Im Kompetenzbereich der Exekutive ist die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, wie es ihn beispielsweise in den USA oder in Großbritannien gibt, längst überfällig. Ein solches Gremium, unter Beteiligung der relevanten Ressorts und mit einem Lage- und Analysezentrum ausgestattet, könnte nicht nur dabei helfen, Deutschlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bündeln und nach außen hin zu verdeutlichen, wie es in der „Kölner Erklärung“ der CDU und CSU formuliert worden ist, sondern auch dazu beitragen, Gefahren und Risiken frühzeitiger zu erkennen und Handlungsempfehlungen zu entwerfen.

Eine wichtige politische Lektion der letzten Monate ist, wie schnell und deutlich sich Verhaltensmuster und Orientierungen verändern, sobald ein nicht erwartetes, von vielen auch nicht für möglich gehaltenes Ereignis tatsächlich eingetreten ist, während der wiederholte Hinweis auf mögliche, wahrscheinliche, selbst akute Risiken und Herausforderungen eher folgenlos bleibt. Dazu gehört zum einen die Einsicht, dass vitale Versorgungsstrukturen etwa im Energiebereich keine „rein privatwirtschaftlichen Angelegenheiten“ sind; zum anderen zählt dazu eine ganze Reihe stabiler Verhaltensmuster, die nun in Bewegung geraten sind – wie die Neigung zum Pazifismus („Frieden

schaffen ohne Waffen“) und das Scheintabu von Waffenlieferungen in Krisenregionen beziehungsweise akute Konflikte (mit Ausnahme von NATO-Staaten, aber auch Israel, Ägypten, Saudi-Arabien).

Ob und inwiefern dadurch nachhaltige Veränderungen in der Politik und bei den Bürgern hinsichtlich Nachrüstung und Waffenexporten eintreten, ist jedoch keineswegs sicher. Einerseits sind die Deutschen weniger pazifistisch eingestellt als gemeinhin angenommen: Wiederbewaffnung, NATO-Doppelbeschluss, die Militäreinsätze im Kosovo und in Afghanistan – diese Entscheidungen waren hoch umstritten, wurden jedoch letztlich von Mehrheiten mitgetragen. Andererseits ist eine Erosion der Zustimmung zu Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen für die Ukraine jetzt schon spürbar und auch nicht präzedenzlos, wie bei der nachlassenden Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen 2015/2016 zu beobachten war.

Jedenfalls müssen wir dringend die in Deutschland zu gering ausgeprägte strategische Kultur stärken. So beschrieb die junge deutsche Sicherheitsexpertin und Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung Ulrike Franke Anfang des Jahres, als sich die Lage in der Ukraine schon zuspitzte, hierzulande allerdings kaum jemand ernsthaft von einer russischen Invasion ausging, in der *ZEIT* die weitverbreiteten Illusionen und Denkgewohnheiten auch und gerade in ihrer Generation: „Wollen wir sichergehen, dass unsere Interessen – wie der Kampf gegen den Klimawandel – Gehör finden, müssen wir mehr über Europas und Deutschlands Macht und Einflussmöglichkeiten nachdenken. Wir müssen die Geopolitik wieder erlernen. Das mag in deutschen Ohren unschön klingen. Aber es geht hier nicht unbedingt um Truppenbewegungen – wohl aber um die Frage, wie die Bundeswehr ausgestattet und geführt werden muss, um auch als Abschreckungsmacht wieder ernst genommen zu werden. Es geht darum, sicherzustellen, dass die nächsten Generationen in Deutschland und Europa in Frieden und Wohlstand leben.“

So gilt es vor dem Hintergrund der russischen Aggression, unser Verhältnis nicht nur zu Russland, sondern auch zu China zu überdenken und neu zu justieren. Anstatt weitere Abhängigkeiten mit Autokratien zu verstärken, sollten wir mit jenen Staaten noch mehr kooperieren und Handel treiben, die unsere Werte teilen. Dazu gehört beispielsweise, endlich die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA wiederaufzunehmen und zum Abschluss zu führen.

„Historisch waren es aber vor allem Situationen der Bedrohung und des Krieges, in denen kollektives und koordiniertes Handeln doch Formen fand“, hat der Soziologe Armin Nassehi im *Spiegel* geschrieben und spricht von einem „window of opportunity“ für Veränderungen. Mit anderen Worten: Wir müssen jetzt eingefahrene Denk- und Handlungsmuster hinterfragen und anpassen. Es muss also manches anders werden, damit bleiben kann, was offensichtlich nicht selbstverständlich ist: Freiheit und Sicherheit.

Historischer Wendepunkt

Bewährungsprobe für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

CHRISTOPH HEUSGEN

Geboren 1955 bei Neuss am Rhein, 2017 bis 2021 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, New York, seit 2022 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Welt in ihren Grundfesten erschüttert. In Deutschland reicht diese Erschütterung besonders tief, hatte doch kaum ein anderes Land so sehr daran glauben wollen, dass partnerschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen mit Moskau möglich seien. Wladimir Putins rücksichtsloser Krieg hat diesen Hoffnungen ein für alle Mal die Grundlage entzogen. So aufrüttelnd Russlands Angriff war, so präzedenzlos waren die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft. Viele Entscheidungen – von Sanktionen gegen die russische Zentralbank oder Kohle- und Ölembargos bis zur grundlegenden Neuaufstellung der NATO – wären noch vor einem Jahr unvorstellbar gewesen.

TOBIAS BUNDE

Geboren 1983 in Marburg, Director of Research and Policy der Münchner Sicherheitskonferenz, Postdoctoral Researcher, Centre for International Security, Hertie School of Governance, Berlin.

Das gilt auch für viele Entscheidungen der Bundesregierung. Am deutlichsten wird dies vielleicht an der Tatsache, dass heute in der Ukraine mit deutschen Waffen auf russische Panzer geschossen wird. Nachdem noch vor einigen Monaten über die Lieferung von Helmen und weiterer Schutzausrüstung diskutiert wurde, liefert die Bundesregierung jetzt schweres Gerät – bis hin zur Panzerhaubitze 2000 und den Mehrfachraketenwerfern vom Typ „Mars II“. Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner historischen Rede vom 27. Februar 2022 eine Reihe von Entscheidungen verkündet, die weit über den aktuellen Krieg in der Ukraine hinausweisen. Er hat mit seiner Rede eine Reihe scheinbar endloser Debatten der deutschen Sicherheitspolitik beendet: Die Bundesregierung plant, von nun an jedes Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Außerdem erhält die Bundeswehr bewaffnete Drohnen, und mit dem F-35-Kampfflugzeug wird ein hochmodernes Nachfolgemodell für die Tornados beschafft, das Deutschlands langfristige nukleare Teilhabe innerhalb der NATO ermöglicht. Wer hätte das vor einem halben Jahr für möglich gehalten?

In Amerika sagt man: „Only Nixon could go to China.“ Bei uns kann man sagen: Diese sicherheitspolitischen Entscheidungen konnte vermutlich nur ein sozialdemokratischer Bundeskanzler so verkünden. Schließlich beruhten einige dieser Entscheidungen auf Positionen, die weite Teile der SPD lange abgelehnt oder energisch bekämpft hatten.

REVOLUTIONÄRE BINNENPERSPEKTIVE, ZWEIFEL VON AUSSEN

In gewisser Weise sind wir Zeugen einer sicherheitspolitischen Umwälzung, die mit atemberaubender Geschwindigkeit vor sich geht. Schließlich hat die Bundesregierung in rascher Folge Entscheidungen getroffen, die sie eigentlich nicht treffen wollte. Wir alle sehen uns mit Herausforderungen konfrontiert, die wir gern vermieden hätten. Es ist schwer zu behaupten, dass es sich bei den Beschlüssen im Bereich der Verteidigungs- und Energiepolitik nicht um grundlegende Weichenstellungen handelte. Bei den sicherheitspolitischen Entscheidungen handelt es sich um wichtige Anpassungen, die es Deutschland erlauben, seinen militärischen Verpflichtungen nachzukommen, die mit den Vereinbarungen auf dem NATO-Gipfel von Madrid weiter zugenommen haben. Und ungeachtet aller kurzfristigen Schwierigkeiten ist Deutschland entschlossen, sich aus der Abhängigkeit von russischer Energie zu lösen und damit die wichtigste Einnahmequelle des russischen Staates auszutrocknen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nach der „Zeitenwende“ wird eine andere sein. Das ist die Binnenperspektive.

Von außen sieht das Ganze zum Teil anders aus. Nach anfänglicher Euphorie über die von Bundeskanzler Scholz angekündigten Maßnahmen ist

zunehmend harsche Kritik an Berlin zu vernehmen. Die deutsche Politik sei zu langsam, zu zögerlich, halte nicht Schritt mit den Entwicklungen. Das, was aus der Binnenperspektive revolutionär wirkt, ist von außen betrachtet nur ein längst überfälliger Nachholprozess. Für die meisten internationalen Partner entsprechen die Ankündigungen eher dem minimal Notwendigen, das längst hätte getan werden müssen. Viele hatten darauf gehofft, dass mit der „Zeitenwende“-Rede von Bundeskanzler Scholz eine neue Ära eingeläutet worden sei und den Ankündigungen bald weitere Schritte folgen würden. Heute fürchten immer mehr Kritiker einen Rückfall in alte deutsche Reflexe oder zweifeln gar an deutscher Verlässlichkeit.

„ZEITENWENDE“ ERNST NEHMEN

In Bezug auf die Waffenlieferungen verfestigt sich der Eindruck, dass Deutschland vor allem damit beschäftigt ist, Begründungen zu finden, warum etwas nicht geliefert werden kann, anstatt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den ukrainischen Streitkräften bestmöglich zu helfen. Die an sich lobenswerte Idee des Ringtauschs ist in der Praxis ins Stocken geraten und führt in einigen Partnerländern, vor allem in Polen, zu weiterer Verstimmung, weil das Gefühl vorherrscht, dass Berlin nicht solidarisch genug agiert. So trifft auch der deutsche Wunsch nach energiepolitischer Solidarität in einigen anderen Ländern auf Widerstand, war man doch jahrelang von Deutschland belehrt worden, dass es keine energiepolitische Abhängigkeit gebe. Zwar mag die ein oder andere Wortmeldung aus dem Ausland ein wenig über das Ziel hinausschießen. Dennoch sollten wir sehr genau auf die Rückmeldungen aus unseren wichtigsten Nachbarländern und Partnerstaaten hören. Denn außenpolitisches Vertrauen geht schnell verloren. Wenn es eine Botschaft gibt, die unsere Partner immer wieder an uns herantragen, ist es diese: Bitte nehmt die „Zeitenwende“ ernst und zweifelt nicht an eurem eingeschlagenen Weg! Auf euch kommt es ganz besonders an! Von Deutschland wird nicht nur erwartet, dass wir mitmachen. Von uns wird erwartet, dass wir vorangehen.

Doch nicht nur im Ausland, auch im Inland mehren sich die Stimmen derer, die befürchten, dass aus der verkündeten „Zeitenwende“ vielleicht doch weniger Veränderung folgt, als zunächst erwartet wurde. Aus fast allen Parteien sind Wortmeldungen zu vernehmen, die die Sanktionen infrage stellen. Sollte Deutschland nicht doch nach einer Verständigung mit Russland suchen? Hält der Konsens, wenn Energiepreise weiter steigen und es gegebenenfalls zu Engpässen in der Versorgung kommt? Machen wir uns nichts vor: Die deutschen Zweifler werden auch im Ausland sehr genau registriert. Viele befürchten weiterhin, dass Deutschland das schwächste Glied in der Kette ist, das Putin allzu gern ins Visier nehmen wird. Lassen wir uns durch Putins Turbinenpolitik beeindrucken? Und wollen wir unsere militärische

Unterstützung der Ukraine von befürchteten roten Linien Moskaus abhängig machen?

Die Bundesregierung, aber auch die gesamte deutsche Gesellschaft stehen daher vor einer außenpolitischen Bewährungsprobe. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich zeigen, ob es Deutschland gelingen wird, die richtigen Antworten auf die russische Herausforderung zu finden. Eigentlich sitzen wir am längeren Hebel, denn mittel- und langfristig verfügt unser Land über die notwendige wirtschaftliche Resilienz, um Putins Revisionismus entschlossen begegnen zu können. Doch es kommt jetzt darauf an, uns nicht kurzfristig ins Wanken bringen zu lassen. Es steht viel zu viel auf dem Spiel.

Trotz aller Herausforderungen gibt es viele gute Gründe für sicherheitspolitischen Optimismus: Im Bundestag besteht von der SPD über die Grünen und die FDP bis hin zur Union ein breiter Konsens, dass die deutsche Sicherheitspolitik einer grundsätzlichen Anpassung bedarf. Die Parteien streiten beispielsweise nicht mehr darüber, ob die Bundeswehr deutlich mehr Geld benötigt, sondern allenfalls darüber, wie schnell und wie viel an welchen Stellen investiert werden muss, damit die Streitkräfte ihre Aufgaben erfüllen können. Das ist ein wesentlicher Fortschritt.

VORAUSSETZUNGEN FÜR ECHE WENDEZEITEN SIND GEGEBEN

Zudem zeigen Meinungsumfragen aus den vergangenen Monaten, dass mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung der Auffassung sind, dass wir es mit einer außenpolitischen „Zeitenwende“ zu tun haben. Daten des *Munich Security Index* von Mai 2022 zeigen, dass 68 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass die russische Invasion einen historischen Wendepunkt für unsere Außen- und Sicherheitspolitik darstellt – im Übrigen der höchste Wert in allen G7-Staaten.¹ Andere Umfragen zeigen eine deutlich gestiegene Zustimmung zu erhöhten Verteidigungsausgaben oder unterstreichen die weit verbreitete Bereitschaft, für die Unterstützung der Ukraine auch erhebliche Kosten in Kauf nehmen zu wollen. In den Medien stehen außenpolitische Fragen seit Monaten im Fokus – im ganzen Land diskutiert man plötzlich über Außen- und Sicherheitspolitik.

Prinzipiell sind also alle Voraussetzungen dafür gegeben, dass wir nicht bei der Feststellung einer „Zeitenwende“ stehen bleiben, sondern gemeinsam unsere Außen- und Sicherheitspolitik einer grundlegenden Überprüfung unterziehen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das, was bislang unter dem Stichwort der „Zeitenwende“ diskutiert worden ist, kann jedenfalls nur der Anfang sein. Denn der russische Angriffskrieg ist nur die brachiale Manifestation einer „Zeitenwende“, die durch die Erosion aller wesentlichen Gewissheiten gekennzeichnet ist, auf denen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges beruhte.²

Schließlich ist nicht nur die Vorstellung unterminiert worden, dass Russland mittelfristig zu einem Partner werde und Sicherheit in Europa nicht gegen Moskau möglich sei. Auch andere grundlegende Annahmen deutscher Außenpolitik stehen seit einigen Jahren infrage – von der Vorstellung, dass die USA auf Dauer bereit sind, die Sicherheit Europas zu garantieren und den Löwenanteil europäischer Verteidigung zu übernehmen, über die Idee, dass wirtschaftliche Verflechtung über die Zeit auch zu politischer Annäherung führt, bis hin zur Überzeugung, dass das System der liberalen Demokratie heute ohne Alternative ist und sich langfristig überall auf der Welt durchsetzen wird.

KÜNFTIGE WELTORDNUNG IM FOKUS

Die weltpolitischen Umwälzungen der vergangenen Jahre – und ganz besonders die radikalen Veränderungen der vergangenen Monate – unterstreichen die Notwendigkeit einer grundlegenden Überprüfung unserer außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung. Das Mindeste, was geschehen muss, ist eine zügige Umsetzung der Entscheidungen, die Bundeskanzler Scholz im Februar 2022 verkündet hat. Dies ist schon allein aufgrund der Erwartungen unserer Bündnispartner von essenziellem Interesse. Niemand darf Zweifel daran hegen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen und seiner Verantwortung nachkommt.

Aber angesichts der Dimension, die die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage erreicht hat, dürfen wir dabei nicht stehen bleiben. Es ist nur allzu wahrscheinlich, dass die kommenden Jahre weitere Schockmomente für unser Land bereithalten werden. Wir sollten uns daher fragen, welche Veränderungen in der Welt wir möglicherweise ebenfalls unterschätzen, und überlegen, wie unsere Antworten aussehen müssen: Wie gehen wir mit anderen möglichen Risiken am außenpolitischen Horizont um? Wie können wir beispielsweise verhindern, dass uns in unseren Beziehungen zu China Ähnliches widerfährt? Was können wir dafür tun, dass die künftige Weltordnung auf den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basiert und nicht von den Vorstellungen der jeweiligen regionalen Hegemonialmacht abhängig ist? Wie müssen wir unsere außenpolitischen Entscheidungsstrukturen anpassen, um auf eine unübersichtlichere Welt reagieren zu können? Ist so etwas wie ein regelmäßiger außen- und sicherheitspolitischer Stresstest notwendig, mit dem verschiedene Szenarien durchgespielt werden?

Die Nationale Sicherheitsstrategie, die die Bundesregierung in einigen Monaten vorstellen möchte, bietet einen willkommenen Anlass, um einige dieser Fragen noch intensiver zu diskutieren – und zwar nicht nur innerhalb der Ministerien und Forschungsinstitutionen. Denn es reicht nicht aus, eine

weltpolitische „Zeitenwende“ zu verkünden. Wenn wir echte Konsequenzen aus ihr ziehen wollen – und das müssen wir –, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Bevölkerung die Gründe für diese grundlegende Anpassung versteht und ihre Konsequenzen mitträgt, auch wenn sie mit größeren Kosten einhergeht.

Nicht zuletzt aus diesem Grund wird sich die Münchner Sicherheitskonferenz in Zukunft auch stärker an ein breiteres Publikum in Deutschland richten. Im Rahmen des Projekts „Zeitenwende on Tour“ werden wir mit Bürgern in allen sechzehn Bundesländern über die Herausforderungen der „Zeitenwende“ diskutieren.³ „Zeitenwende“ geht schließlich alle an. Wenn der russische Angriffskrieg als Weckruf verstanden würde, der uns hilft, uns besser auf künftige Bedrohungen unserer Sicherheit vorzubereiten, hätte er wenigstens *eine* positive Konsequenz.

¹ Tobias Bunde / Sophie Eisentraut: Zeitenwende for the G7. Insights From the Munich Security Index Special G7 Edition, Munich Security Brief 3, Juni 2022, <https://doi.org/10.47342/JDIE4364> [letzter Zugriff: 04.08.2022].

² Siehe bereits Tobias Bunde / Laura Hartmann / Franziska Stärk / Randolph Carr / Christoph Erber / Julia Hammelehle / Juliane Kabus: Zeitenwende | Wendezeiten. Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, Münchner Sicherheitskonferenz 2020, <https://doi.org/10.47342/YSUC7634> [letzter Zugriff: 04.08.2022].

³ Jeweils aktuelle Informationen sind auf der Website der Münchner Sicherheitskonferenz abrufbar, <https://securityconference.org/zeitenwende/> [letzter Zugriff: 04.08.2022].

Nicht die Nerven verlieren

—
Deutschland und die nukleare Realität

MICHAEL RÜHLE

Geboren 1959 in Stuttgart, Leiter des Referats für Klima- und Energiesicherheit im Internationalen Stab der NATO, Brüssel.

Seit der russische Präsident Wladimir Putin seinen Überfall auf die Ukraine mit nuklearen Drohungen untermalte, vollzieht sich die Diskussion über Sinn und

Unsinn der militärischen Hilfe des Westens für die Ukraine im Schatten einer potenziellen nuklearen Eskalation. Entsprechend dramatisch fallen die öffentlichen Stellungnahmen aus. Bundeskanzler Olaf Scholz warnte vor den nuklearen Risiken, falls der Westen als Kriegspartei wahrgenommen werde. Manche deutschen Philosophen, Journalisten und Kabarettisten nahmen die Angst vor dem Nuklearkrieg

zum Anlass, der Ukraine so etwas wie eine moralische Pflicht zur Kapitulation aufzuerlegen.¹ Und wieder andere, vom Hochschulprofessor bis zum *Spiegel*-Redakteur, forderten sogar, Putins Drohungen durch die Anschaffung deutscher Atomwaffen zu neutralisieren.²

Die konfuse deutsche Debatte zeigt einmal mehr, dass es in Deutschland trotz der proklamierten „Zeitenwende“ nach wie vor an der intellektuellen Disziplin für einen aufgeklärten Diskurs über die Möglichkeiten und Grenzen nuklearer Abschreckung mangelt. Man denkt konventionell – im wahrsten Sinne des Wortes. Doch Deutschland kann sich keinen blinden Fleck mehr leisten. Die Diskussion um militärische Hilfe für die Ukraine, in der manche bereit waren, ihrer diffusen Angst vor einem nuklearen Inferno alles andere unterzuordnen und damit Präsident Putin in die Hände zu spielen, zeigt, dass zumindest die politische Klasse der Bundesrepublik zu nuklearen Fragen wieder sprechfähig werden muss. Die folgenden fünf Wegweiser sollen dazu beitragen.

Erstens: Kernwaffen bleiben ein wichtiger Faktor der internationalen Politik. Russlands fast schon religiöse Verehrung seiner Nuklearwaffen und die regelmäßige Drohung mit deren Einsatz, aber auch der Aufwuchs der nuklearen Arsenale Chinas und Nordkoreas machen deutlich, dass die Abschaffung von Kernwaffen auf lange Zeit hinaus keine plausible Option ist. Daran hat auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Nichtregierungsorganisation „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*, ICAN) für ihr erfolgreiches Werben für einen Atomwaffen-Verbotsvertrag nichts geändert.

Wie schon einige Jahre zuvor, als der amerikanische Präsident Barack Obama diesen Preis für seine nukleare Abrüstungsagenda ebenfalls entgegennehmen durfte, zeichnete man weniger eine konkrete Leistung aus als vielmehr eine als moralisch korrekt empfundene politische Haltung. Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt scheiterte rasch an den politischen Realitäten. Und auch die hochfliegenden Pläne der Biden-Administration, die Rolle nuklearer Waffen in der amerikanischen Sicherheitspolitik zu ver ringern, mussten wieder begraben werden. Das Ziel einer kernwaffenfreien Welt bleibt auf der internationalen Agenda; allerdings muss der Schwerpunkt auf der Frage liegen, unter welchen *Bedingungen* eine solche Welt möglich wäre. Dann wird sehr schnell klar, dass diese Bedingungen auf absehbare Zeit nicht existieren. Deutschland wird also auch weiterhin in einer von Nuklearwaffen geprägten politischen Wirklichkeit leben müssen.

KEINE „EUROPÄISCHE NUKLEARE OPTION“

Zweitens: Kernwaffen sind ein wichtiger Faktor der Kriegsverhinderung. Fragen nuklearer Abschreckung sind in gewisser Weise Glaubensfragen, weil es – glücklicherweise – kaum empirische Daten darüber gibt. Daraus jedoch zu schließen, das Fehlen empirischer Belege lasse jede beliebige Meinung zu, wäre grob fahrlässig. Zwar ist die Zahl der Studien, die den Nachweis erbringen wollen, dass es sich bei der nuklearen Abschreckung um einen Mythos handelt, in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen, doch heiligt

der politische Zweck oftmals die akademischen Mittel. Dies gilt für die aufgeführten Beispiele des „Versagens“ nuklearer Abschreckung ebenso wie für die zahlreichen angeblichen Atomkatastrophen, denen die Menschheit nur um Haaresbreite entgangen sei.³ Keine dieser Analysen hält einer strengen Prüfung stand.⁴ Vor allem aber vermögen sie nicht zu erklären, *weshalb* seit 1945 keine Nuklearwaffen mehr eingesetzt wurden.

Wie die zahlreichen konventionellen Kriege seit 1945 zeigen, verhindern Kernwaffen nicht jeden Konflikt. Aufgrund ihrer enormen Zerstörungswirkung sind sie nur in Fällen relevant, in denen es um existenzielle Interessen geht. Noch nie aber haben zwei nuklear bewaffnete Nationen oder Bündnisse Kernwaffen gegeneinander eingesetzt, was den Schluss erlaubt, dass der „Lange Frieden“ (John Lewis Gaddis) auch der Existenz von Atomwaffen zu verdanken ist.

Drittens: Es gibt auf absehbare Zeit keine „europäische nukleare Option“. Die Vorstellung, ein durch wirtschaftliche Krisen und populistische Versuchungen angeschlagenes Europa könne nun ausgerechnet die härteste Nuss einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik knacken, weil ein künftiger, isolationistisch geprägter amerikanischer Präsident seinen Verbündeten den nuklearen Schutz entziehen könnte oder die USA sich ganz auf China konzentrieren müssten, verkennt die aktuelle Lage mehrfach.

Zum einen gibt es in der Europäischen Union keinen nuklearen Konsens, sondern vielmehr einen massiven Dissens über die Legitimität nuklearer Abschreckung. Zum anderen steht das britische Atomwaffenarsenal seit dem „Brexit“ der Europäischen Union nicht mehr zur Ver-

fügung. Und schließlich erscheint auch die – gerade im deutschen konservativen Spektrum immer wieder aufkeimende – Vorstellung, man könne unter den französischen Atomschirm schlüpfen, in dem man die französischen Nuklearstreitkräfte mitfinanziert, weit hergeholt. Frankreichs Nuklearwaffen haben durch ihre bloße Existenz einen gewissen Abschreckungswert, weil sie das Risikokalkül eines Gegners mit beeinflussen, aber sie sind klassische „Sanktuariumswaffen“. Sie schützen zuerst und vor allem Frankreich – das einzige NATO-Mitglied, das sich explizit gegen eine Mitgliedschaft in der Nuklearen Planungsgruppe des Bündnisses ausgesprochen hat. Und Paris hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Entscheidung über den Einsatz französischer Kernwaffen eine rein nationale Entscheidung bleiben wird.

SCHUTZVERSprechen DER USA

Viertens: Die USA bleiben die einzige nukleare Schutzmacht für Deutschland. Dieser Schutz wird im Rahmen der NATO organisiert und nirgendwo sonst. Einen nuklearen Konsens, der sich auch in Strategie, militärischen Fähigkeiten und Übungspraxis niederschlägt, gibt es nur in der NATO. Natürlich entscheidet auch im Bündniskontext einzig der amerikanische Präsident über den Einsatz von Nuklearwaffen. Aber die USA – und nur sie – haben den politischen Willen, die finanziellen Mittel und die militärischen Fähigkeiten, ihre internationale Ordnungsrolle durch glaubwürdige nukleare Schutzversprechen zu untermauern. Diese

Schutzversprechen sind zugleich ein wichtiges Instrument der nuklearen Nichtverbreitung, denn sie dämpfen Anreize der Verbündeten, sich selbst nuklear zu bewaffnen.⁵ Genau deshalb aber wird Amerika diese Rolle auch nicht aufgeben – nicht in Asien und auch nicht in Europa. Wer daher glaubt, man könne gleichsam im Vorgriff auf die ohnehin zu erwartende Aufkündigung der transatlantischen Schutzgemeinschaft durch ein sich anti-europäisch gebärdendes Washington schon einmal selbst die Kündigung einreichen, riskiert, alles zu verlieren, aber nichts zu gewinnen.

NUTZNIESSER NUKLEARER MACHT

Fünftens: Es gibt für Deutschland keinen nuklearen Sonderweg. Deutschland ist seit über sechzig Jahren Nutznießer nuklearer Macht. Als Mitglied der NATO nimmt die Bundesrepublik den nuklearen Schutz durch die USA in Anspruch. Mehr noch: Durch seine Rolle in der sogenannten nuklearen Teilhabe – die USA stellen die nuklearen Waffen, Deutschland die Trägerflugzeuge und Besatzungen – bringt Berlin den Willen zum Ausdruck, nukleare Pflichten und Risiken auch materiell mitzutragen. Darüber hinaus erlaubt die Teilhabe auch anderen Verbündeten die Mitwirkung an der nuklearen Mission, beispielsweise durch die Unterdrückung der gegnerischen Luftabwehr. Eine engere nukleare Zusammenarbeit ist zwischen souveränen Nationalstaaten kaum vorstellbar. Vor diesem Hintergrund ist die im Kontext der „Zeitenwende“ getroffene Entscheidung, die amerikanischen Kampf-

jets F-35 zu kaufen, um damit die nukleare Teilhabe auf Jahrzehnte hinaus zu sichern, von kaum zu unterschätzender Bedeutung – für Deutschland ebenso wie für seine künftige Rolle im Nordatlantikpakt. Denn dieses Bündnis wird, solange es Nuklearwaffen gibt, ein nukleares Bündnis bleiben.

Alternativen, wie sie von beiden Seiten des politischen Spektrums propagiert werden, sind für ein Land wie die Bundesrepublik nicht nur ungeeignet, sondern gefährlich. So ist der internationale Kernwaffenverbotsvertrag zwar inzwischen in Kraft getreten, doch da die Nuklearmächte und ihre Verbündeten den Vertrag nicht unterzeichnet haben, bleibt er ein rechtlich und politisch unbedeutender Torso. Dies umso mehr, als manche Formulierungen des Vertrags den Eindruck erwecken, es gehe in erster Linie darum, die nukleare Zusammenarbeit innerhalb der NATO zu delegitimieren.⁶ Deutschland hat sich daher aus guten Gründen nicht an den Vertragsverhandlungen beteiligt und wird sich lediglich als Beobachter engagieren.

KEIN ALLEINGANG DEUTSCHLANDS

Die andere Alternative, ein deutscher nuklearer Alleingang, wäre dagegen der Super-GAU für Deutschlands Rolle im internationalen System. Auch wenn allenthalben gefordert wird, Deutschland möge mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen: Eine Nuklearmacht Deutschland ist damit definitiv nicht gemeint. Im Gegenteil: Deutschland würde sich international isolieren. Deshalb wird es diesen Alleingang auch nicht geben. Und deshalb

ist schon eine bloße Debatte darüber schädlich – ungeachtet des berechtigten Misstrauens gegenüber dem künftigen Kurs Russlands. Es ist kaum eine internationale politische Konstellation vorstellbar, in der eine Diskussion über eine nationale deutsche nukleare Option nicht mehr Probleme schafft, als sie löst.⁷

VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT

Der nukleare Schutz für die Bundesrepublik Deutschland erwächst weder aus dem Kernwaffenverbotsvertrag noch aus einer nationalen nuklearen Option. Ebenso wenig liegt er in der Beschwörung einer europäischen Nuklearmacht, die es noch auf Jahrzehnte hinaus nicht geben wird. Die Antwort auf die Frage, wie sich Deutschland nuklear positionieren sollte, liegt genau dort, wo sie schon seit über einem halben Jahrhundert liegt: in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, gestützt auf die nukleare Teilhabe, und in der Fortsetzung der Nichtverbreitungsbemühungen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags (*Nuclear Non-Proliferation Treaty*). Auch wenn der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist, gibt es für Deutschland keinen Grund, die Nerven zu verlieren.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

¹ „Der Offene Brief an Kanzler Olaf Scholz“, in: EMMA, 29.04.2022, www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463 [letzter Zugriff: 20.06.2022].

² René Pfister: „Die Brüsseler Bombe“, in: Der Spiegel, Nr. 13, 26.03.2011, S. 6.

³ Vgl. beispielhaft das Twitter-Statement von ICAN: „The Ukraine crisis demonstrates how disastrously nuclear deterrence has failed.“, 12.06.2022. Die Ukraine verfügte weder über eigene Nuklearwaffen noch über Schutzversprechen durch andere Kernwaffenstaaten. Nukleare Abschreckung spielte für den Ausbruch dieses Konflikts folglich keine Rolle und konnte daher auch nicht „versagen“, <https://twitter.com/nuclearban/status/1535988410925604867> [letzter Zugriff: 20.06.2022].

⁴ Vgl. Bruno Tertrais: „On The Brink‘ – Really? Revisiting Nuclear Close Calls Since 1945“, in: The Washington Quarterly, 40. Jg., Nr. 2, Sommer 2017, S. 51–66, www.frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/autres/2017/2017-tertrais-twq-on-the-brink.pdf [letzter Zugriff: 20.06.2022].

⁵ Vgl. Rebecca K. C. Hersman / Robert Peters: „Nuclear U-Turns: Learning from South Korean and Taiwanese Rollback“, in: Nonproliferation Review, 13. Jg., Nr. 3, November 2006, S. 539–553.

⁶ Vgl. Brad Roberts: Ban the Bomb? Or Bomb the Ban?, European Leadership Network, Global Security Policy Brief, 22.03.2018, www.europeanleadershipnetwork.org/wp-content/uploads/2018/03/180322-Brad-Roberts-Ban-Treaty.pdf [letzter Zugriff: 20.06.2022].

⁷ Hans Rühle / Michael Rühle: German Nukes: The Phantom Menace, National Institute for Public Policy Information Series, Nr. 419, 22.03.2017, https://nipp.org/information_series/ruhle-hans-and-michael-ruhle-german-nukes-the-phantom-menace-information-series-no-419/ [letzter Zugriff: 20.06.2022].

Entscheidende Wochen

Der Krieg gegen die Ukraine und das Krisenmanagement der Bundesregierung

RODERICH KIESEWETTER

Geboren 1963 in Pfullendorf, Oberst a. D., MdB direkt gewählt seit 2009, Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Sprecher für Krisenprävention der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Ursprünge der von Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede am 27. Februar 2022 angekündigten „Zeitenwende“ liegen in der systemischen ganzheitlichen Disruption, mit ausgelöst durch den lange geplanten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Russlands Krieg in Europa begann jedoch viel früher: 2007 mit dem Cyberangriff auf Estland, 2008 mit dem Angriff auf

Georgien, 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Besetzung der Ostukraine sowie mit dem einseitigen Bruch des Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrags (*Intermediate Range Nuclear Forces Treaty*)

zwischen 2008 und 2014. Es hätte deutlich früher ein Umdenken in der deutschen Politik stattfinden müssen! Ansätze dazu gab es. So forderte Bundespräsident Joachim Gauck 2014 zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz, „die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen“, und beschrieb damit den notwendigen Aufruf zur sicherheitspolitischen Zeitenwende.

Monate nach der Rede des Bundeskanzlers stellt sich die Frage, ob die Zeitenwende rechtzeitig, entschieden und substanziell umgesetzt wird oder lediglich Ankündigung bleibt. Bitter könnte Letzteres für die Ukraine werden, denn im Umgang mit dem Krieg und in der Frage der Glaubwürdigkeit der deutschen Unterstützung zeigt sich, ob die Umsetzung tatsächlich gelingt.

Lange Zeit war die deutsche Außenpolitik vom Narrativ bestimmt, Deutschland sei ausschließlich von *Freunden und Partnern* umgeben. Noch nach 2008 und 2014 hielt man daran mehr oder weniger fest, indem man ignorierte, dass unsere europäischen Nachbarländer von einem aggressiv und mit hybrider Kriegsführung auftretenden Russland bedrängt wurden. Mit Nord Stream 2 beförderte Deutschland stattdessen einen Sonderweg.

Das *Freunde-und-Partner-Narrativ* gab Deutschland die Möglichkeit, sich vorrangig um sich selbst zu kümmern und den Fokus unter Vernachlässigung anderer Sicherheitsdimensionen auf die *soziale Sicherheit* zu legen. Die Bundeswehr wurde faktisch demilitarisiert und als finanzieller Steinbruch für Projekte der sozialen Sicherheit genutzt. Damit gab Deutschland viele seiner Fähigkeiten im Bereich *Hard Power* auf.

Hinzu kam das Narrativ *Wandel durch Handel*. Außenpolitisches Handeln basierte auf rein diplomatischen Ansätzen, auf *Soft Power*. Verhaltensänderungen anderer Staaten sollten durch Werteüberzeugung, Abkommen, Beziehungen und Verflechtungen erreicht werden, ungeachtet dessen, dass dieses Narrativ von autoritären Staaten wie Russland und China geradezu ausgenutzt und befördert wurde.

Das führt zum vierten essenziellen Punkt: Unser Wohlstand fußt auf einem selbst gewählten *Abhängigkeitssystem*: billige Energie aus Russland, billige Rohstoffe und Wertschöpfungsketten aus China, billige Sicherheit durch die USA, das Abwälzen von Sicherheitsfragen auf Bündnissolidarität.

RÜCKKEHR VON „HARD POWER“ ALS MITTEL DER POLITIK

Mit dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine kehrt Gewalt, *Hard Power*, als Mittel der Politik zurück. Dazu gehört vorrangig das Militär, aber auch wirtschaftliche Stärke im Sinne gezielt geschaffener Abhängigkeiten, etwa in der Energiepolitik, die Sanktionsmaßnahmen erschweren. Begleitet ist die

militärische Kriegsführung Russlands von einem hybriden Krieg in ganz Europa: Propaganda, Cyberangriffe, systematische Kriegsvorbereitungen, gezielt geschaffene Abhängigkeitsbeziehungen und die Unterstützung populistischer Parteien und Interessengruppen in Europa.

FÜNF ERKENNTNISSE AUS RUSSLANDS KRIEG

Erstens: Nukleare Abschreckung wirkt. Durch atomare Erpressung und Bedrohung durch Russland, unter anderem mit der Stationierung von Nuklearraketen in Kaliningrad, der Aufgabe des nuklearwaffenfreien Status von Belarus und dem Bruch des Budapester Memorandums vom 5. Dezember 1994, das unter anderem der Ukraine Sicherheitsgarantien als Gegenleistung für die Beseitigung aller Nuklearwaffen auf ihrem Territorium gab, bleibt die internationale Unterstützung der Ukraine eingeschränkt, um eine von Russland angedrohte nukleare Eskalation zu vermeiden.

Zweitens: Verteidigungsbündnisse und militärische Bewaffnung wirken. Die Beitrittsgesuche von Schweden und Finnland zur NATO zeigen, wie wichtig dieses Verteidigungsbündnis und die Zunahme von *Hard Power*-Fähigkeiten sind. Der Krieg in der Ukraine wird militärisch entschieden. Der Faktor der Bewaffnung und des kontinuierlichen Waffen- und Munitionsnachschiebs ist gerade bei einem langwierigen Abnutzungskrieg, wie er von Russland geführt wird, lebensnotwendig.

Drittens: Autokratien und Diktaturen verwenden Hard und Smart Power. Im Vorfeld des 24. Februar 2022 versuchten westliche Staaten in vielfältigen diplomatischen Formaten, Russland von einem Angriff abzuhalten. All diese Versuche scheiterten, weil Russland kein Interesse an Diplomatie hat, sondern seine Ziele mit dem Einsatz von *Hard* und *Smart Power* umsetzt. Autokratien und Diktaturen verstehen nur die Sprache der Härte. Ähnliche Vorgehensweisen lassen sich bei China im Rahmen der *Belt and Road Initiative*, des Projekts „Neue Seidenstraße“, feststellen.

Viertens: Entgrenzung des Krieges. Russland verwendet Energie, Migration, Hunger und Desinformation als Waffe gegen die regelbasierte Ordnung. Sicherheit ist in allen Dimensionen betroffen: äußere Sicherheit der Ukraine und bedrohter Nachbarstaaten; innere Sicherheit durch Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, Migrationsdruck und Fluchtbewegungen; soziale Sicherheit durch Inflation, die von Russland beförderte Finanzkrise, Desinformation und die drohende globale Hungersnot; wirtschaftliche Sicherheit durch gestörte Lieferketten, Vergeltungsmaßnahmen bei Sanktionen, erhöhte Rohstoffpreise et cetera.

Fünftens: Rückkehr zur Geopolitik. Russland hat geopolitische Interessen – und zwar Expansionsinteressen – und will die Ukraine auslöschen, weshalb sich Angriffe gezielt gegen Bevölkerung, zivile Infrastruktur und Kultur

richten und unfassbare Kriegsverbrechen begangen werden. Weitere Staaten sind in Gefahr. Russland geht es nicht nur um die Ukraine, sondern es greift das europäische Lebensmodell von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Geltung der internationalen regelbasierten Ordnung an. Der Sieg der Ukraine im Sinne einer Wiederherstellung zumindest der Grenzen vom Januar 2022 muss deshalb für Europa und die Staaten der regelbasierten Ordnung das Ziel sein.

SCHOLZ' ZEITENWENDE: LESSONS NOT LEARNED

Die Substanz der Unterstützung der Ukraine wird zum Lackmustest für Deutschlands Rolle in der Europäischen Union und in der Welt. Will Bundeskanzler Scholz die angekündigte Zeitenwende umsetzen oder scheitert er an der eigenen Fraktion und dem fehlenden politischen Willen in der SPD?

Deutschlands Umgang mit dem Krieg müsste sich von einer naiven unstrategischen Haltung hin zu entschlossenem Handeln ändern, sonst bliebe die Zeitenwende ein Desiderat. Deshalb lohnt es sich, Worte und Taten zu analysieren und zu prüfen, ob die bereits erwähnten Erkenntnisse umgesetzt werden.

Die *nukleare Abschreckung* wirkt offensichtlich bei Bundeskanzler Scholz, der in Interviews immer wieder von einer nuklearen Eskalationsgefahr sprach, die eine stärkere Unterstützung der Ukraine, insbesondere mit deutschen Panzern, verhindere; eine seltsam naive Sichtweise auf das Konzept der nuklearen Abschreckung und zugleich wenig überzeugt vom Verteidigungsbündnis der NATO mit dem Konzept nuklearer Teilhabe, das für Deutschland den entscheidenden Nuklearschirm bietet.

Militärische Bewaffnung wirkt. Das Kanzleramt unterstellte zu Beginn eine relativ rasche Niederlage der Ukraine, die eine militärische Bewaffnung unnötig mache, und vertritt weiterhin auch innerhalb der NATO eine Position, die unverhältnismäßig geringe militärische Unterstützung leistet. Will Deutschland als wirtschaftlich stärkster Mitgliedstaat der Europäischen Union seiner Scharnierfunktion nachkommen, so muss es die Ukraine „früher, entschiedener und substanzieller“ unterstützen. Dazu gehört die Ermöglichung von Direktexporten der deutschen Industrie, wie etwa von Schützenpanzern „Marder“ und von Kampfpanzern „Leopard“, aber auch aus Bundeswehrbeständen. Beides bleibt bislang aus oder erfolgt in zu geringem Umfang. Zusätzlich erleben wir einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust Deutschlands gegenüber unseren Partnern USA, in Osteuropa und der Ukraine. Die USA leisten ungefähr 25-mal so viel militärische Unterstützung wie Deutschland; viele kleinere Länder – wie etwa die baltischen Staaten – leisten gemessen an ihrer Wirtschaftskraft ein Vielfaches von Deutschlands Hilfe.

Auch die angekündigten Ringtauschverfahren sind bisher nicht erfolgreich, die zögerliche Unterstützung der Ukraine grenzt an unterlassene Hilfeleistung.

Diplomatie muss militärisch unterfüttert sein, sonst ist sie nicht glaubhaft. Das vom Bundeskanzler angekündigte 100-Milliarden-Sondervermögen entspricht deshalb genau dem notwendigen Aufbau von *Smart Power*. Dennoch verkannte Deutschland dies im Fall der Ukraine. So gilt Deutschland eher als Bremser von härteren Sanktionen und als Appeasement-Anhänger, der Druck auf Litauen ausübte, die Sanktionsumsetzung in Bezug auf Kaliningrad zugunsten von Russland auslegte und der Waffenlieferungen mit vielfachen Ausreden und argumentativen Konstrukten verwarf. Andeutungen aus dem Kanzleramt, an einem Minsk-3-Abkommen zu arbeiten oder sich um künftige Beziehungen zu Russland mehr zu sorgen als um die Ukraine, weisen darauf hin, dass weiterhin der Fokus auf *Soft Power* gerichtet wird und die Narrative *Freunde-und-Partner* sowie *Wandel durch Handel* die Denkweise prägen.

Auch die *Entgrenzung des Krieges* ist nicht in dem gewünschten Sinne im Kanzleramt verstanden worden. Ein Diktatfrieden oder ein Waffenstillstand bei einer schwachen Position der Ukraine ist keine Lösung für einen dauerhaften Frieden – vielmehr wäre er zugleich eine Kapitulation der regelbasierten Ordnung. Putins Großmachtstreben und sein völkerrechtswidriges, barbarisches Vorgehen wären erfolgreich; künftig würde das Recht des Stärkeren gelten.

FEHLENDES EINDEUTIGES BEKENNTNIS

Geostrategisch ist ein Sieg der Ukraine mindestens in den Grenzen vom Januar 2022 unabdingbar und müsste als eigenes Ziel benannt werden. Es fehlt das eindeutige Bekenntnis Deutschlands, dass ein Sieg der Ukraine im eigenen Interesse liegt. Parallel dazu müssen eine Schwächung Russlands und die völkerrechtliche Ahndung seiner Kriegsverbrechen stehen. Blockfreie, autoritäre Staaten werden ohne Sicherheitsgarantien nuklearen Schutz anstreben. Die USA werden sich womöglich von Europa abwenden, wenn sie keine glaubhafte Lastenteilung spüren, wodurch europäische Opportunitätskosten steigen werden.

Ein Sieg Russlands würde dauerhafte Bedrohungs- und Kriegslagen in Europa schaffen. Europa würde erheblich unter zusätzlichen Kosten für Verteidigung und Sicherheit sowie wirtschaftlichen Belastungen leiden und zugleich seine Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Systemwettbewerb verlieren. Globale Herausforderungen, wie etwa Klimawandel und Nahrungsmittelkrisen, wären noch schwerer im Rahmen internationaler Abkommen lösbar.

Geostrategisch verliert Deutschland durch die bislang nicht erfolgte Zeitenwende massiv. Mittel- und Osteuropa, das Baltikum, aber auch Nord-europa können sich nicht mehr auf den deutsch-französischen Motor der

Europäischen Union verlassen; dies schadet ihr, sofern das Führungsvakuum nicht gefüllt wird. Das Vertrauen ist insbesondere in Osteuropa geschwächt, das sich Deutschland als starken Anlehnungspartner wünscht und nicht als angstgetriebenes Land, das sich durch kremlnahe Narrative auszeichnet. Die USA sind enttäuscht, da Deutschlands Zögerlichkeit nicht der erforderlichen transatlantischen Lastenteilung entspricht, sondern das Bündnis schwächt. Vielmehr ist Europa weiterhin auf eine starke USA angewiesen, was den USA weniger Kapazitäten für die Aufgaben im Indo-Pazifik lässt.

TRANSFORMATION BENÖTIG GANZHEITLICHE SICHERHEITSPOLITIK

Damit wird die geostrategische Position Europas im Systemwettbewerb mit China geschwächt. Die Europäische Union wird auf Jahre mit Russland beschäftigt sein, sollte die Ukraine den Krieg verlieren und eine dauerhafte Bedrohung sowie weitere Angriffe auf Nachbarländer befürchten müssen. Eine geschwächte Europäische Union ohne Führung ist noch abhängiger vom Wohlwollen der USA, das nicht so unumstößlich bleiben muss, wie es unter Präsident Joe Biden der Fall ist. Ein schwaches Europa kann zudem kein glaubhafter Partner afrikanischer Länder oder des Nahen und Mittleren Ostens sein. China beobachtet die Entwicklungen in der Ukraine, die Sanktionswirkungen und die Resilienz des regelbasierten internationalen Systems genau und könnte sich animiert fühlen, ebenfalls auf die Macht des Stärkeren und auf strategische Gleichzeitigkeit zu setzen. So würde die Kriegsgefahr auch im Indo-Pazifik steigen, unser Gesellschaftssystem käme noch stärker unter Druck.

In Deutschland ist eine Transformation notwendig, die eine Zeitenwende zur ganzheitlichen Sicherheitspolitik erfordert: äußere, innere, wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Dies betrifft *erstens* eine substanziell erstarkte und einsatzbereite Bundeswehr, *zweitens* eine strategische Kultur, in der Sicherheit umfassend betrachtet und vorausschauend agiert wird, *drittens* die Entwicklung von *Smart Power*-Fähigkeiten, darunter der Abbau bisheriger Abhängigkeiten, *viertens* Krisenprävention und Resilienzsteigerung in der Gesellschaft, unter anderem durch strategische Kommunikation und den Aufbau einer militärischen und zivilen Reserve.

Unser Gesellschaftssystem beruht auf einem System von Abhängigkeiten, das nun seinen Preis einfordert. Es gilt, unseren Wohlstand neu zu definieren, wenn wir bestehen wollen. Für den Bundeskanzler sind es entscheidende Wochen, ob er die Zeitenwende umsetzt oder ob Deutschlands Rolle in der Europäischen Union und in der Welt weiterhin abnimmt. Insofern kommt der Union als wesentlicher Oppositionskraft eine wichtige Bedeutung bei der konstruktiv-kritischen Begleitung und gesellschaftlichen Unterstützung der Zeitenwende zu.

Deutliche Botschaft

Das neue Strategische Konzept der NATO

ANNA CLARA ARNDT

Geboren 1996 in Selb, seit 2021 Forschungsassistentin, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Die Erwartungen an den NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022 waren hoch. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine beschloss die Verbündeten nicht nur eine nachhaltige Stärkung ihrer militärischen Aufstellung in Osteuropa und luden

Finnland und Schweden offiziell ein, der Allianz beizutreten. Das Bündnis gab sich auch, zum ersten Mal seit 2010, ein neues Strategisches Konzept. Das Dokument sendet die starke Botschaft einer geeinten Allianz mit klaren Zielen. Seine langfristige Relevanz muss sich nun in der praktischen Ausarbeitung und Umsetzung dieser Vorsätze zeigen.

Das Strategische Konzept ist nach dem NATO-Vertrag das wichtigste politische Rahmendokument der Allianz. In regelmäßigen Abständen erklärt es die Ziele und Aufgaben des Bündnisses vor dem Hintergrund des aktuellen

Sicherheitsumfelds. Seit Ende des Kalten Kriegs ist es zudem ein öffentliches Dokument und somit auch Gelegenheit, diese strategische Vision gegenüber der Weltöffentlichkeit zu kommunizieren.

Das neue Konzept stand dabei vor einer besonderen Herausforderung: Zwölf Jahre nach seinem Vorgängerdokument und in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg musste es eine längst überfällige politische Anpassung an ein radikal verändertes Sicherheitsumfeld vollziehen, ohne längerfristige strategische Entwicklungen aus dem Auge zu verlieren. Das Resultat ist ein Dokument, das sich auf die NATO-Gründungsaufgabe der Kollektiven Verteidigung der Verbündeten zurückbesinnt, zugleich aber die Auswirkungen neuer Herausforderungen mitdenken möchte. Letztlich wird der politische Wille der Bündnisstaaten entscheiden, inwieweit diese Vision implementiert werden kann.

GRUNDÜBERHOLUNG DES VORGÄNGERKONZEPTS

Bereits seit Moskaus Annexion der Krim 2014 hatte die Allianz auf militärischer Ebene eine Rückbesinnung auf ihre Gründungsaufgabe der Kollektiven Verteidigung begonnen, beispielsweise durch die Vornestationierung rotierender multinationaler Kampfverbände in den baltischen Staaten und Polen sowie die Ausarbeitung einer neuen Militärstrategie. In einem überfälligen Schritt schafft das Strategische Konzept nun den politischen Rahmen für diese militärische Anpassung. Dies zeigt sich bereits in der Beschreibung des strategischen Umfelds. „Im euro-atlantischen Raum herrscht kein Frieden“, konstatiert das Dokument. „Die Möglichkeit eines Angriffs auf die Souveränität und territoriale Unversehrtheit von Verbündeten“ könne „nicht ausgeschlossen“ werden. Damit grundüberholt es das Vorgängerkonzept von 2010, das noch von „Frieden“ und einer äußerst „geringen“ Bedrohung eines Angriffs auf das Bündnisgebiet ausging. Diese Neueinschätzung erschließt sich unmittelbar aus Moskaus aggressiver Politik seit 2014. Hoffte die Allianz 2010 noch auf „eine echte strategische Partnerschaft“, so beschreibt das neue Konzept Russland nun als „die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“.

Auf Grundlage dieser Analyse stellt das Strategische Konzept die NATO-Gründungsaufgabe der Kollektiven Verteidigung als „zentrale Aufgabe und wichtigste Funktion“ über die drei Kernaufgaben der Allianz: Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -management sowie kooperative Sicherheit, also die Zusammenarbeit mit Partnern. Dabei liegt der Fokus klar auf Abschreckung und Verteidigung. So soll das „Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv“ der Allianz „deutlich“ verstärkt werden. Zwar bleibe die NATO ein defensives Bündnis, doch solle niemand an

ihrer „Entschlossenheit zweifeln, jeden Zentimeter des Bündnisgebiets zu verteidigen“, betont das Dokument. Die Kapitel zu den Themen Krisenmanagement und kooperative Sicherheit – Aufgaben, die 2010 noch gleichwertig neben kollektiver Verteidigung standen – fallen hingegen wesentlich weniger umfangreich und ambitioniert aus. Mit Rüstungskontrolle und Abrüstung wird ein ganzer Themenbereich, der zuvor kooperativer Sicherheit zugeordnet war, dem Aufgabenbereich der Abschreckung und Verteidigung unterstellt.

Bestätigte der russische Angriffskrieg die Dringlichkeit dieser Rückbesinnung auf die Kollektive Verteidigung, so bestand die vermutlich größere Herausforderung darin, die Allianz trotz der aktuellen Sicherheitslage auch auf längerfristige strategische Trends einzustellen. Beispielsweise warnen Expertinnen und Experten davor, von China oder neuen Technologien ausgehende Risiken infolge Moskaus Invasion zu vernachlässigen.¹

Entgegen diesen Befürchtungen berücksichtigt das Strategische Konzept eine Reihe neuer Risiken und Bedrohungen. Bereits 2019 begann die NATO darüber nachzudenken, wie sie sich für die Herausforderungen der kommenden Dekade aufstellen sollte. Im Laufe dieses Prozesses wurde erstmals das Verhalten Chinas als „systemische Herausforderung“ für das Bündnis beschrieben und ein Aktionsplan für den Umgang der Allianz mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit verabschiedet.²

BEMERKENSWERT BREITE THEMENPALETTE

Das Strategische Konzept verankert nun viele dieser neuen Themen auf höchster strategischer Ebene. So beschreibt es Chinas „erklärte Ziele“ und „Politik des Zwangs“ als Herausforderung für die Interessen, die Sicherheit und die Werte der Allianz. Auch erklärt es, dass hybride, Cyber- oder Weltraumoperationen „so schwerwiegend wie ein bewaffneter Angriff“ sein und den NATO-Bündnisfall auslösen können. Der Klimawandel findet seinen Weg in das Dokument – als „prägende Herausforderung unserer Zeit“ mit „tiefgreifenden Auswirkungen auf die Sicherheit der Verbündeten“.

Bemerkenswert ist der Versuch, diese breite Themenpalette in die bestehenden NATO-Kernaufgaben zu integrieren. Beispielsweise forderten einige Expertinnen und Experten die Schaffung einer neuen NATO-Kernaufgabe zur Stärkung der Resilienz der Allianz gegen nicht-traditionelle Bedrohungen.³ Im neuen Strategischen Konzept verpflichten sich die Verbündeten nun zwar, ihre „individuelle und kollektive Resilienz [...] auszubauen“. Dies wird allerdings nicht als eigene Kernaufgabe, sondern als Querschnittsthema in die bestehenden NATO-Kernaufgaben eingebunden: „Die Gewährleistung unserer nationalen und kollektiven Resilienz [ist] für all unsere Kernaufgaben von entscheidender Bedeutung.“ Den gleichen Ansatz verfolgt die

Allianz bei anderen neuen Sicherheitsfragen. So versprechen die Verbündeten, „in technologische Innovation zu investieren und den Klimawandel, menschliche Sicherheit und die Agenda ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘ bei all [ihren] Aufgaben miteinzubeziehen“. Auf diese Weise berücksichtigt das neue Strategische Konzept wohl Warnungen vor einer zu breiten Aufstellung und „Verzettelung“ des Bündnisses,⁴ ohne die Auswirkungen neuer Herausforderungen auf die bestehenden Aufgaben der Allianz zu ignorieren.

EIN HISTORISCHER GIPFEL?

Bereits vor der Veröffentlichung des Strategischen Konzepts sprachen führende NATO-Vertreter von einem „historischen“ Gipfel in Madrid.⁵ Doch wie bedeutsam ist das Dokument tatsächlich? Aus Sicht der strategischen Kommunikation ist es ein Erfolg und sendet die deutliche Botschaft, dass die Bündnisstaaten auch unter Druck und konfrontiert mit einem komplexen Sicherheitsumfeld gemeinsam handlungsfähig sind. Im Kontext eines Angriffskriegs auf europäischem Boden, begleitet von Nukleardrohungen und steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen, konnten sich die Verbündeten auf ein ambitioniertes Dokument mit klaren Zielen einigen. In nur vier Monaten gelang es der Allianz, notwendige Anpassungen infolge des Kriegs im neuen Konzept zu verankern. Und: Trotz der auch daraus resultierenden Fokussierung auf Kollektive Verteidigung verloren die Bündnisstaaten neuere Risiken und Bedrohungen, etwa das Verhalten Chinas, die Auswirkungen des Klimawandels oder Resilienz, nicht aus den Augen.

Als politisches Rahmendokument kann das Strategische Konzept letztlich nur Impulse setzen. Inwieweit diese in der Folge ausgearbeitet und implementiert werden, wird vom politischen Willen der Bündnisstaaten abhängen. In diesem Zusammenhang kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Gerade von der wirtschaftsstärksten Nation Europas werden die Verbündeten substanzielle Beiträge zur Umsetzung der ambitionierten Ziele erwarten. Insbesondere mit Blick auf die Rückbesinnung der Allianz auf Kollektive Verteidigung wird genau beobachtet werden, wie Deutschland im Rahmen der von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten „Zeitenwende“ tatsächlich zur Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der Allianz beitragen wird. Im Strategischen Konzept verpflichten sich die Bündnispartner dazu, „alle [dafür erforderlichen] Ressourcen, Infrastruktur, Fähigkeiten und Kräfte“ bereitzustellen. Auch erneuern sie ihr Versprechen, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren.

Es wird sich zeigen, ob die Bereitschaft dazu auch bei zunehmenden wirtschaftlichen Verwerfungen infolge des Kriegs und der globalen Nachwirkungen der Pandemie Bestand haben wird. Das Handeln Berlins hat hier fraglos eine Signalwirkung für andere Bündnisstaaten.

Inwieweit Deutschland und die europäischen Verbündeten die Ziele des Strategischen Konzepts umsetzen können, ist ebenso wichtig für die längerfristige strategische Ausrichtung der Allianz. Die jetzige, aber auch künftige US-Regierungen werden sich zunehmend auf von China ausgehende Risiken und Bedrohungen konzentrieren. Daraus resultiert die Frage, welche Art der Lastenteilung zwischen den Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks langfristig funktionieren kann und welchen Beitrag Europa zu seiner eigenen Verteidigung leisten muss.⁶ Vor diesem Hintergrund ist es enttäuschend, dass die Idee einer neuen gemeinsamen politischen Erklärung der NATO mit der Europäischen Union im Vorfeld des Madrid-Gipfels im Sande verlief.⁷ Gerade mit Blick auf neue Herausforderungen wie die Stärkung von Resilienz, aber auch für die Gestaltung effizienter europäischer Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten ist die Kooperation zwischen diesen beiden Schlüsselorganisationen essenziell. Das neue Strategische Konzept erkennt die Rolle der Europäischen Union als „einzigartigen und unentbehrlichen Partner für die NATO“ an. Auch die Umsetzung dieser Ambition hängt letztlich am politischen Willen und an der Fähigkeit der Verbündeten, eine nachhaltige transatlantische und europäische Aufgabenteilung auszuhandeln.

¹ Siehe Jordan Becker / Douglas Lute / Simon Smith: „Don't let Russia Dominate the Strategic Concept“, in: War on the Rocks, Texas National Security Review, 28.06.2022, <https://warontherocks.com/2022/06/dont-let-russia-dominate-the-strategic-concept/> [letzter Zugriff: 26.07.2022].

² Siehe z. B. das Gipfelkommuniqué des Brüsseler NATO-Gipfels 2021, 14.06.2021, www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm, und den NATO-Aktionsplan Klimawandel und Sicherheit, 14.06.2021, www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_185174.htm [letzter Zugriff: 26.07.2022].

³ Siehe Daniel S. Hamilton: One Plus Four: what NATO's new Strategic Concept should say, and how to achieve it, Elcano Royal Institute, Madrid, 17.12.2021, www.realinstitutoelcano.org/en/analyses/one-plus-four-what-natos-new-strategic-concept-should-say-and-how-to-achieve-it/ [letzter Zugriff: 26.07.2022]; Jim Townsend / Anca Agachi: „Build resilience for an era of shocks“, in: Atlantic Council, NATO 20/2020, 14.10.2020, www.atlanticcouncil.org/content-series/nato20-2020/build-resilience-for-an-era-of-shocks/ [letzter Zugriff: 26.07.2022].

⁴ Siehe Sara Bjerg Moller / Sten Rynning: „Revitalizing Transatlantic Relations: NATO 2030 and Beyond“, in: The Washington Quarterly, 44. Jg., Nr. 1, 23.01.2021, S. 177–197, www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/0163660X.2021.1896133?needAccess=true [letzter Zugriff: 26.07.2022].

⁵ Siehe US-Präsident Joe Biden: Remarks by President Biden and NATO Secretary General Jens Stoltenberg, Press Briefings, Madrid, 29.06.2022, www.whitehouse.gov/briefing-room/press-briefings/2022/06/29/remarks-by-president-biden-and-nato-secretary-general-jens-stoltenberg-madrid-spain/; Joint press point, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Pedro Sánchez, Premierminister von Spanien, Madrid, 28.06.2022, www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197122.htm [letzter Zugriff: 26.07.2022].

⁶ Siehe Jordan Becker / Douglas Lute / Simon Smith, a. a. O., En. 1.

⁷ Siehe EU-Ratspräsident Charles Michel: European Council, Statements and remarks, 06.10.2021, www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/06/oral-conclusions-drawn-by-president-charles-michel-following-the-informal-meeting-of-the-members-of-the-european-council-in-brdo-pri-kranju-slovenia/ [letzter Zugriff: 26.07.2022].

Der Krieg in der Ukraine

Anmerkungen eines Militärhistorikers

SÖNKE NEITZEL

Geboren 1968 in Hamburg, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2015 Lehrstuhlinhaber für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Historisches Institut, Universität Potsdam.

„Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte. Wir haben die Lehre von Schmidt und Kohl vergessen, dass Verhandlungen immer den Vorrang haben, aber man militärisch so stark sein muss, dass Nichtverhandeln für die andere Seite

keine Option sein kann“, schrieb Annegret Kramp-Karrenbauer noch am Tage des Einmarsches der russischen Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 auf Twitter.

Dieses Eingeständnis des Scheiterns ist ein bemerkenswertes Dokument der Zeitgeschichte. Es offenbart, dass die politische Leitung Deutschlands nach 2014 nicht mit der Möglichkeit eines großen zwischenstaatlichen Krieges in Europa rechnete. Als Putin diesen Sprung ins Dunkle dennoch wagte, brachen die Eckpfeiler der deutschen Sicherheitspolitik über Nacht in sich zusammen. Der Ärger der ehemaligen Verteidigungsministerin über sich selbst wird in dem Tweet überdeutlich, und man darf vermuten, dass es anderen aktiven oder ehemaligen Kabinettsmitgliedern ähnlich ging, auch wenn diese ihren Gefühlen keinen so prominenten öffentlichen Ausdruck verliehen.

FALSCHER TOPOS DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Krieg als Mittel der Politik wurde über Jahrzehnte aus dem politischen Denken der Bundesregierung ausgeschlossen. Dies betraf nicht nur das eigene Handeln, sondern prägte offenbar auch die Wahrnehmung der internationalen Beziehungen. Der gebetsmühlenartig wiederholte Satz, dass mit militärischen Mitteln (allein) kaum ein Konflikt gelöst werden könne, ist dafür ein treffender Beleg. Die Formulierung avancierte zu einem Topos der politischen Kommunikation der letzten zwanzig Jahre. Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und viele andere Spitzenpolitiker äußerten sich in diesem Sinne.¹

In der historischen Rückschau ist diese Aussage schlicht falsch, denn viele Kriege und damit Konflikte wurden auf dem Schlachtfeld entschieden. Gewiss ist es eine Binsenweisheit, dass politische und wirtschaftliche Faktoren in Kriegen immer auch eine Rolle für den Ausgang spielen. Aber weder die beiden Weltkriege noch der Vietnamkrieg, der sowjetische Afghanistankrieg oder auch die meisten Bürgerkriege wurden durch Diplomaten, sondern durch die normative Kraft des militärischen Erfolges einer Seite entschieden. Die Taliban haben den Krieg in Afghanistan 2021 letztlich mit militärischen Mitteln gewonnen – nicht am Verhandlungstisch in Doha. Dasselbe gilt für den Diktator Baschar al-Assad in seinem blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Dass es durchaus Konflikte gibt, die langfristig nur durch Ausgleich und Diplomatie zu lösen sind – man denke nur an den israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt – widerspricht diesem Argument nicht.

Die Floskel diente der deutschen Politik vor allem dazu, die deutsche Zurückhaltung zu kaschieren. Und gemeint war stets, dass Konflikte ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden können. In Frank-Walter Steinmeiers Buch *Flugschreiber*, das am Ende seiner Amtszeit als Außenminister erschien,² ist dies der leitende Gedanke. Das große Versäumnis von Merkel, Steinmeier und anderen ist es indes nicht, die Hand nach Moskau ausgestreckt, sondern keinerlei Vorbereitungen für den Worst Case getroffen zu

haben. Militärische Mittel – und sei es zur Abschreckung – schieden prinzipiell als Mittel der Politik aus. Dummerweise sieht Wladimir Putin das anders.

Der technische Fortschritt hat das Kriegsbild dramatisch gewandelt. 1866 zog die österreichische Armee noch mit Vorderladergewehren in die Schlacht von Königgrätz. Keine achtzig Jahre später wurden die ersten Atombomben eingesetzt. Diese Dynamik hat die Phantasie der zeitgenössischen Beobachter beflügelt. Es gab stets Stimmen, die sich selbst übertrafen, den radikalen Wandel des Krieges vorauszusagen. So prognostizierten Publizisten um 1900, dass sich die Kriegführung durch das Aufkommen des Luftschiffes in kürzester Zeit vollkommen verändern würde.³ Und in den 1920er-Jahren waren führende Militärtheoretiker der Ansicht, dass der schwere Bomber in künftigen Kriegen so entscheidend sein würde, dass er sie schnell beenden könne. Beide Prognosen waren falsch. Das Luftschiff erfüllte die Erwartungen nicht, und der Bomber konnte den langen und verlustreichen Landkrieg nicht verhindern.⁴

VIREN, WÜRMER UND TROJANER

Auch in heutigen Tagen erliegen manche Beobachter solchen Denkfehlern. Neue Tendenzen können eben nicht nur unterschätzt – sondern auch überschätzt werden. Mit der Verbreitung des Internet in den 1990er-Jahren avancierte der Cyberraum zu einem neuen Konfliktfeld. Seit den frühen 2000er-Jahren gewann die Bedeutung hybrider Konfrontationen sowohl in der öffentlichen als auch in der militärinternen Debatte an Raum. Es lag auf der Hand, dass Kriege künftig nicht mehr nur in vier, sondern in fünf Dimensionen geführt werden würden (Land, See, Luft, Weltraum, Cyberraum). In der öffentlichen Debatte um den Krieg der Zukunft rückte der klassische Landkrieg hochgerüsteter Streitkräfte in den Hintergrund. Die „Alteisen-Armeen“ wurden vor allem in Europa radikal abgebaut. Viren, Würmer und Trojaner schienen zeitgemäßer und gefährlicher als Panzer und Artillerie.

Seit Februar 2022 zeigt sich, dass der Cyberraum viel weniger Einfluss auf die Kämpfe hat als gedacht. Die Erwartungen, dass russische Hacker in Kyiv den Strom abstellen und weite Teile der ukrainischen Verteidigung lahmlegen würden, erfüllte sich nicht. Zwar gab es sehr wohl Cyberattacken, allerdings blieben sie nach allem, was bekannt ist, quantitativ und qualitativ deutlich unter dem erwarteten Niveau.⁵ Überspitzt formuliert, sind die dominanten Waffen nicht Computer, sondern jahrzehntealte Geschütze. Ab Mai nahmen die Kämpfe die Form eines Artilleriekrieges an, der eher an Szenarien der Weltkriege erinnerte als an einen Hightechkampf des 21. Jahrhunderts. Selbst Drohnen spielten bei genauerer Betrachtung eine viel geringere Rolle als öffentlich wahrgenommen. Die allermeisten russischen Fahrzeuge wurden nicht von den vielgepriesenen Bayraktar-TB2-Drohnen vernichtet, sondern von klassischen Waffen wie Panzerfäusten und Artillerie.⁶

Die seit Langem geführte akademische Debatte um die *Revolution of Military Affairs* zeigt, dass sich militärische Konflikte trotz spektakulärer Entwicklungssprünge eher evolutionär als revolutionär verändern. Neue Technologien ergänzen alte, sie modifizieren Doktrinen und Taktiken, schaffen diese jedoch nicht ab. Der Ukraine-Krieg lehrt uns, dass man die fünfte Dimension der Kriegführung bei aller Relevanz auch nicht überbewerten darf und die Armeen der Zukunft nach wie vor das klassische militärische Handwerk beherrschen müssen. Ein Wissen, das in etlichen westeuropäischen Armeen in den letzten Jahrzehnten beinahe verloren gegangen sein dürfte.

WER GEWINNT, WER VERLIERT

Friedrich der Große gewann den Siebenjährigen Krieg, weil er ihn nicht verlor. Das Ringen Preußens mit Frankreich, Österreich und Russland in den Jahren 1757 bis 1763 endete mit der Bestätigung der Vorkriegsgrenzen. Italien war Siegermacht des Ersten Weltkriegs und gewann im Frieden von Saint-Germain 1919 Südtirol hinzu. Doch das war den meisten Italienern zu wenig, und sie fühlten sich angesichts großer Versprechungen und Hunderttausender Toter um die Früchte des Sieges betrogen. Der „verstümmelte“ Sieg war die entscheidende Voraussetzung zum Aufstieg des Faschismus und Benito Mussolinis Machtübernahme im Oktober 1922. Die Frage, wer einen Krieg gewinnt und wer ihn verliert, hängt also sehr vom Blickwinkel ab.

Von April bis Juni 2022 kochte in Teilen der deutschen Presse die Empörung hoch, dass Olaf Scholz die Forderung eines ukrainischen Sieges nicht in den Mund nehmen wollte. Manche Zeitung verlangte vom Bundeskanzler geradezu ein Bekenntnis zu einem ukrainischen Sieg.⁷ Jenseits der rechtlichen Dimension – wer den Friedensvertrag diktiert, gilt gemeinhin als Gewinner – ist diese Frage jedoch zu vielschichtig, um sie mit einem einfachen Schlagwort zu beantworten. Angesichts der russischen Übermacht wäre es schon ein Erfolg, wenn die Ukraine als überlebensfähiger Staat erhalten bliebe. Aktuelle Umfragen zufolge reicht dies einer großen Mehrheit von Ukrainern allerdings nicht aus: 64 Prozent sind der Ansicht, dass das Land alle Territorien der Grenzen von 1991 zurückerhalten werde. Vierzehn Prozent meinen, dass man zumindest den Status quo vom 24. Februar 2022 erreichen sollte. Nur sechs beziehungsweise fünf Prozent sind demnach gewillt, die Krim oder die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk an Russland abzutreten, um den Krieg zu beenden.⁸ Etliche deutsche Medien schienen ganz auf der Linie dieser Umfragen zu sein und glauben offenbar, dass es bei ausreichender Unterstützung möglich sein müsste, die russischen Streitkräfte bis zu ihrer Ausgangsstellung zurückzudrängen. Den Status quo ante zu erreichen, wäre dann ein Sieg à la Friedrich der Große.

Eine realistische Einschätzung der militärischen Lage ist das indes nicht. Ein grundlegendes Problem ist, dass der ukrainische Generalstab selbst der NATO und der Bundeswehr nur sehr spärliche Informationen zukommen lässt. Umso wirkungsmächtiger sind hierzulande die vielen Meldungen und Videos in den sozialen Medien, die freilich ein reichlich einseitiges Bild zeichnen. Und es ist wohl nicht zu anmaßend, zu argumentieren, dass auch viele Ukrainer angesichts der optimistischen offiziellen Kommunikation Kyivs ein zu positives Bild der Lage haben.

Die Forderung nach einem Sieg ist gewiss nachvollziehbar. Politische Entscheidungsträger und Journalisten sollten jedoch vermeiden, sich einer Semantik zu bedienen, die unrealistische Hoffnungen weckt. Insofern erscheint die zurückhaltende Kommunikation des Bundeskanzlers in diesem Fall gerechtfertigt. Auch hier hat die Geschichte manche Lehre anzubieten: Zuweilen verengt eine allzu unrealistische Kommunikation über die Kriegsziele die innenpolitischen Spielräume zur Beendigung des Kampfes.

¹ Etwa Angela Merkel in ihrer Rede auf der Tagung des zivilen und militärischen Spitzenpersonals der Bundeswehr am 22.10.2012 in Strausberg, am 13.03.2014 in ihrer Regierungserklärung; Sigmar Gabriel am 13.09.2017 im Interview mit der Nordwest-Zeitung; Frank-Walter Steinmeier am 02.12.2015 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag.

² Frank-Walter Steinmeier: Flugschreiber. Notizen aus der Außenpolitik in Krisenzeiten, 4. Auflage, Berlin 2016.

³ Guillaume de Syon: Zeppelin! Germany and the Airship, 1900–1939, Baltimore u. a. 2002, S. 76–78.

⁴ Dazu ausführlich Richard Overy: The Bombing War. Europe, 1939–1945, London 2013.

⁵ Vgl. z. B. James Andrew Lewis: Cyber War and Ukraine, Report, Center for Strategic & International Studies, 16. Juni 2022, www.csis.org/analysis/cyber-war-and-ukraine [letzter Zugriff: 15.08.2022].

⁶ Ulrich von Schwerin: „Bayraktar, Bayraktar‘: Haben sich die türkischen Drohnen in der Ukraine bewährt?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 07.06.2022, www.nzz.ch/international/ukraine-haben-sich-die-tuerkischen-drohnen-im-krieg-bewaehrt-ld.1687216 [letzter Zugriff: 15.08.2022].

⁷ Vgl. z. B. Christoph von Marschall: „Baerbock und Merz setzen auf Zuversicht, Scholz auf Risikoangst“, in: Der Tagesspiegel, 06.06.2022, www.tagesspiegel.de/politik/krieg-in-der-ukraine-siegen-oder-lediglich-nicht-verlieren-baerbock-und-merz-setzen-auf-zuversicht-scholz-auf-risikoangst/28402860.html [letzter Zugriff: 15.08.2022].

⁸ International Republican Institute: Public Survey of Residents of Ukraine, CISR, Juni 2022, S. 41, 44, www.iri.org/news/iri-ukraine-poll-shows-strong-confidence-in-victory-over-russia-overwhelming-approval-for-zelensky-little-desire-for-territorial-concessions-and-a-spike-for-nato-membership/ [letzter Zugriff: 15.08.2022].

Abkehr von der Neutralität

Militärische Spannungsfelder und NATO-Erweiterung im Norden Europas

GABRIELE BAUMANN

Geboren 1963 in Berlin, Leiterin des Regionalprogramms Nordische Länder, Konrad-Adenauer-Stiftung, mit Sitz in Stockholm (Schweden).

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende auch im Norden Europas ausgelöst. Durch den Krieg wurden Entwicklungen zur Ausrichtung der Sicherheitsstruktur beschleunigt, die sich bereits nach der Annexion

der Krim 2014 abgezeichnet hatten. Ebenso wurden jahrzehntelange Gewissheiten für Länder wie Schweden und Finnland außer Kraft gesetzt.

Die angekündigte Aufnahme der ehemals neutralen beziehungsweise bündnisfreien Länder Schweden und Finnland war einer der zentralen Beschlüsse auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022, nachdem beide Länder ihre Beitrittsanträge einen Monat zuvor gestellt hatten. Die Entscheidung dafür war durch eine

breite Unterstützung in der Bevölkerung und einen raschen parteiübergreifenden Konsens in den Parlamenten herbeigeführt worden. Finnland war in dem Prozess die treibende Kraft, Schweden verhielt sich aufgrund seiner 200 Jahre lang gepflegten Neutralität lange Zeit zurückhaltend.

Ohne weitere Blockaden wie die türkische, die am Vorabend des NATO-Gipfels mit einer Übereinkunft zwischen der Türkei, Schweden und Finnland zunächst ausgeräumt werden konnte, könnten beide Länder bereits in sechs Monaten aufgenommen werden. Die Chancen dafür stehen gut: Anfang August hatten bereits 23 von dreißig Staaten die Ratifizierung abgeschlossen. Als *Enhanced Opportunity Partners* (Mitglieder der Partnerschaft für erweiterte Möglichkeiten, EOP) arbeiteten Schweden und Finnland schon seit Anfang der 1990er-Jahre eng mit der NATO zusammen (im Fall von Schweden sogar deutlich länger). Ihr Beitritt zu dem Bündnis wird die sicherheitspolitische Lage in der Ostsee und der Arktis verändern und vereinfacht die Verteidigungsplanung insbesondere für das Baltikum. Geostrategisch wird Nordeuropa nun ein kohärenter Raum, der mit Ausnahme von Kaliningrad und Sankt Petersburg unter dem Schutz der NATO steht.

Dänemark, mit Grönland und den Färöer-Inseln ein langjähriger zuverlässiger Partner der NATO, hatte sich noch im Juni 2022 in einem Referendum für eine engere Verteidigungszusammenarbeit auch innerhalb der Europäischen Union ausgesprochen und somit seinen noch aus dem Jahr 1993 stammenden sicherheitspolitischen Vorbehalt aufgegeben.

Norwegen hatte als NATO-Staat stets eine Balance zwischen militärischer Ab-

schreckung und guter regionaler Nachbarschaft mit Russland befürwortet. Eine dauerhafte Präsenz von NATO-Einheiten im eigenen Land hatte es nie zugelassen. Für Norwegen steigt nun allerdings durch die geografische Nachbarschaft zur russischen Halbinsel Kola mit dem strategisch wichtigen Hafen Murmansk das Risiko einer Konfrontation mit Russland im Zuge der Aufrüstung der russischen Nordflotte. Putin erwähnte während einer Marineparade in Sankt Petersburg Ende Juli 2022 ausdrücklich Russlands Anspruch auf seine Seegrenzen in der Arktis.

In Moskau mehren sich zugleich Stimmen von Kreml-Politikern, die das 2010 mit Norwegen geschlossene Abkommen über die Seegrenze der Inselgruppe Svalbard (Spitzbergen) und die gegenseitige Zusammenarbeit bei der Fischerei im Nordmeer infrage stellen. Als Vorwand gilt die angeblich schlechte Versorgung der russischen Minenbetreiber auf Svalbard, ohne dabei zu erwähnen, dass die Mehrheit der Bergbauarbeiter aus dem Donbas stammende Ukrainer sind und eine Lebensmittelversorgung problemlos über Murmansk erfolgen könnte. Svalbard steht seit dem Spitzbergen-Vertrag von 1920 unter norwegischer Verwaltung, erlaubt aber Signatarstaaten wie Russland wirtschaftliche Tätigkeiten, in diesem Fall das Betreiben eines (wenn auch unwirtschaftlichen) Bergwerks.

Die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Nordischen Ländern mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO hatte sich bereits in den Jahren zuvor deutlich verstärkt. Alle fünf Nordischen Länder traten 2014 der von Großbritannien angeführten *Joint Expeditionary Force* (JEF) bei, einer multinationalen Expeditions- und

schnellen Eingreiftruppe, mit dem Ziel, die Interoperabilität zu verbessern und mehr Abschreckung zu erzielen. Aktiv beteiligt im Rahmen der EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation, PESCO*) waren seit 2017 Finnland, Schweden und Norwegen; Dänemark kann jetzt nach Rücknahme des Vorbehalts folgen. Auch die Nordische Verteidigungszusammenarbeit (*Nordic Defense Cooperation, NORDEFCO*) hat nach der Krim-Annexion 2014 starken Auftrieb erhalten und ihren Schwerpunkt auf den Ausbau der Territorialverteidigung sowie die Interoperabilität zwischen den nordischen Ländern gelegt.

Mit dem Beitritt Finnlands erhält das NATO-Gebiet eine über 1.300 Kilometer lange Grenze zu Russland. Als eines der flächenmäßig größten Länder Europas mit nur 5,5 Millionen Einwohnern verfügt Finnland über modern ausgestattete Streitkräfte, außergewöhnlich gute operative Kenntnisse über Russland und besondere Fähigkeiten zur Kriegsführung in klimatisch schwierigen Regionen wie der Arktis. Noch im Dezember 2021 hatte Finnland 64 moderne F-35-Kampfflugzeuge in Auftrag gegeben; dies lässt die Verteidigungsausgaben des Landes auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen.

Die schwedische Regierung hatte bereits Ende 2020 beschlossen, die Rüstungsausgaben bis 2025 um vierzig Prozent sowie die Personalstärke der Armee auf 90.000 zu erhöhen. Die Verteidigungsausgaben sollen nun, nach Beginn des russischen Angriffskriegs, weiter aufgestockt werden, sodass sie spätestens 2028 das Zwei-Prozent-Ziel erreichen werden.

Schweden verfügt über eine hochentwickelte Rüstungsindustrie sowie eine kompetente militärische Aufklärung, geprägt von langjähriger Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien. Die Entscheidung, die Verteidigung der Insel Gotland zu verbessern, war bereits vor dem russischen Angriffskrieg im Februar getroffen worden. Im Konfliktfall rechnet man aufgrund der besonderen Lage der Insel im südlichen Ostseeraum mit einer russischen Invasion.

Schweden und Finnland haben eine lange Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen mit dem Nachbarn. Vom Ende des 15. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts führte Schweden etliche Kriege gegen Russland, nicht zuletzt im Nordischen Krieg gegen das russische Zarenreich unter Peter dem Großen, der 1721 mit einer Niederlage endete und dazu führte, dass Schweden seinen Status als europäische Großmacht verlor. In diesem Zusammenhang ist eine Rede Putins Anfang Juni 2022 bemerkenswert, in der er sich in der Nachfolge von Peter dem Großen wähnte. Der Zar habe sich russische Gebiete aus Schweden damals lediglich zurückgeholt. Seitdem habe sich in der Weltpolitik nur wenig geändert, und Russland werde an seinem Vorgehen von damals weiter festhalten.

Finnland wurde 1917 mit seiner Befreiung von der Dominanz des russischen Zarenreiches unabhängig. Die Erfahrungen, die Finnland im Winterkrieg 1939/40 und nach 1941 gegen die Sowjetunion machte, prägten seitdem die nationale Sicherheitsagenda und Verteidigungsstrategie des Landes.

Moskaus Krieg gegen die Ukraine wirkt wie Sprengstoff auf die Balance im hohen Norden, denn bislang konnte der

Westen über den Arktischen Rat, gegründet 1991, in der Region gut mit Russland zusammenarbeiten. Es ging dabei um Umweltschutz, wissenschaftliche Kooperation, die Rechte der indigenen Bevölkerung sowie die friedliche und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen in der Arktis. Sicherheitsfragen waren dabei bewusst ausgeklammert.

Mit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde diese Zusammenarbeit

im Arktischen Rat, in dem Russland derzeit den Vorsitz hat, ausgesetzt. Auch wissenschaftliche Projekte zwischen den Universitäten und Forschungseinrichtungen wurden auf Eis gelegt. Der einst lebhafteste Grenzverkehr zwischen Nordnorwegen und der russischen Region von Murmansk ist stark zurückgegangen, auch wenn Einreisevisa für Bewohner des russischen Nordens trotz heftiger Kritik weiter ausgestellt werden.

Freiheit glaubhaft verteidigen

Europa muss unter der Führung Deutschlands, Frankreichs und Polens mehr Verantwortung übernehmen

WOLFGANG SCHÄUBLE

Geboren 1942 in Freiburg im Breisgau, 1989 bis 2021 Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands, 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1989 bis 1991 und 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen, 2017 bis 2021 Präsident des Deutschen Bundestages.

Die Geschichte Europas und der europäischen Einigung ist keine Geschichte der Institutionen. Europa, die Europäische Union (EU) in ihrer heutigen Form, wurde geprägt von Machern und Pragmatikern, die politische Führung übernommen haben. Wenn also die heutige Politik Putins Krieg als das anerkennt, was er ist (nämlich im schlechtesten Sinne historisch), und daraus eine Zeitenwende

ableitet, dann muss sie sich der langen Linien der europäischen Geschichte – dem Erbe der Französischen Revolution, den Lehren aus den Katastrophen zweier Weltkriege, aber eben auch den enormen Integrationsleistungen unseres Kontinents – bewusst werden, daraus die erforderlichen Schlüsse ziehen und zügig handeln. Deshalb haben wir auch nicht die Zeit, einen Konvent abzuhalten. Außenministerin Annalena Baerbock hatte recht, als sie diesen Forderungen eine Absage erteilte – auch wenn sie diese seither nicht mehr wiederholt hat. Vielmehr braucht es jetzt – um dabei zu bleiben – eine Allianz von Pragmatikern und Machern, es braucht politische Führung, damit die deutsche Zeitenwende auch in Europa nachhaltig wirkt.

Putins Krieg ist beileibe nicht unsere einzige Sorge. Um sich all den riesigen Herausforderungen – Systemrivalität, Klimaschutz, Digitalisierung, um nur die größten zu nennen – zu stellen, braucht es starke europäische Institutionen. Daher ist es – im Sinne der Subsidiarität ebenso wie der finanziellen Möglichkeiten – richtig, die Pandemie, den Klimawandel und die demokratiezersetzenden Ausuferungen der Digitalisierung durch die europäischen Institutionen zu bekämpfen.

Bei der Verteidigung geht es so nicht, weil viel zu langsam. Und deswegen werden wir auf diesem Gebiet zu dem Prinzip einer variablen Geometrie in Europa kommen müssen, ausgehend von Polen, Frankreich und Deutschland. Sie bilden den Nukleus der Europäischen Union und tragen die Verantwortung für ein schnelles Vorankommen in Europa – immer abgestimmt mit der NATO, niemals gegen sie. Flexible Integration ist zudem im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Eu-

ropäischen Union unumgänglich und auf anderen Gebieten bereits gelebte und erfolgreiche Praxis.

Aus Frankreich gab es dazu – nicht erst in jüngerer Vergangenheit – immer wieder Angebote, eine konkrete Debatte über dessen nukleare Kapazität zu führen. In diesem Punkt bin ich einer Meinung mit Friedrich Merz, der fordert, diesen Gedanken ernsthaft aufzunehmen und zu einem Ergebnis zu führen. Und ich füge noch an: rasch. Polen zeigt sich offen für die Stationierung amerikanischer Atomwaffen, um das Abschreckungspotenzial zu erhöhen. Wir dürfen in diesem Kontext die Chance nicht verstreichen lassen, endlich die Anliegen unserer osteuropäischen Partner ernst zu nehmen und Polen als gleichwertiges und gleichwertiges Mitglied in die europäische Führung zu integrieren.

EUROPÄISCHE NUKLEARSTRATEGIE

Allerdings liegt der Schlüssel einer glaubhaften Abschreckung meines Erachtens auch im Aufbau einer gemeinsamen – und das bedeutet gemeinsam finanzierten – europäischen nuklearen Kapazität. Diese kommt auf absehbare Zeit jedoch nicht ohne das amerikanische Potenzial aus. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung entschieden hat, die amerikanischen F-35-Kampffjets anzuschaffen, um die bereits bestehenden nuklearen Kapazitäten weiterhin glaubhaft in die Lage zu versetzen, eingesetzt werden zu können.

Ferner muss es innerhalb der NATO eine abgestimmte europäische Nuklearstrategie geben, die sowohl der europäischen

Autonomie als auch den geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika Rechnung trägt. Ein entsprechendes Gremium sieht die NATO dafür bereits vor. Deutschland könnte im Rahmen von Gesprächen über die Finanzierung gemeinsamer Nuklearkapazitäten auf einen Beitritt Frankreichs zur Planungsgruppe hinwirken – und darauf, das bestehende Zwei-Schlüssel-Prinzip analog zur amerikanischen Kapazität ebenfalls auf Frankreichs Komponente auszuweiten. Zudem sollte sich Großbritannien in ein europäisches Konzept unterschiedlicher Integration mit einbringen. Dafür sieht die Europäische Union zum Beispiel die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor, im Rahmen derer Deutschland, Frankreich, Polen und die USA bereits engagiert sind. Ein entsprechendes Vorhaben kann der Europäische Rat schon jetzt mit qualifizierter Mehrheit entscheiden – und mit EU-Geldern vernünftig ausstatten. Es wäre also möglich, im Rahmen bestehender Strukturen nukleare EU- und NATO-Strategien komplementär zu entwickeln. Über diese Fragen sollte man nun rasch mit den Partnern sprechen – zum Beispiel bei einem Gipfeltreffen in Warschau.

Darüber hinaus müssen wir in Deutschland zu einem Modus Operandi finden, der es uns erlaubt, integrierte Streitkräfte einzusetzen, die dafür entsprechend parlamentarisch legitimiert sind. Ich hätte mir zum Beispiel im Rahmen der Aachener Verträge, die die deutsch-französische Zusammenarbeit aufbauend auf dem Élysée-Vertrag von 1963 weiterentwickeln, gut vorstellen können, dass Abgeordnete der gemeinsamen Kammer der Französischen Natio-

nalversammlung und des Deutschen Bundestages über einen Einsatz entscheiden, wenn die beiden Regierungen ihn für richtig halten. Würden wir das erreichen, könnte endlich auch die Deutsch-Französische Brigade aus ihrem Dämmerenschlaf geweckt werden. Das wäre zudem ein erster konkreter Schritt in Richtung einer Reform des Parlamentsvorbehalts, der unter den heutigen Bedingungen dringend an die sicherheitspolitische Lage angepasst werden muss.

PROBLEMATISCHE ABHÄNGIGKEITEN

Die langen Linien der deutsch-französischen ebenso wie der deutsch-polnischen Geschichte und die Errungenschaften unserer freiheitlichen europäischen Ordnung lassen keinen anderen Schluss zu, als sich eng aneinander zu binden und gemeinsam Verantwortung zu tragen für die Sicherheit und den Frieden in Europa – immer offen für den Beitrag der anderen EU-Mitgliedstaaten und in enger Kooperation innerhalb der NATO. Dass Putins Feldzug – als Ausdruck eines hinkenden Comebacks eines Imperiums aus dem 20. Jahrhundert im Kontext der eigentlichen Systemrivalität zwischen den USA und China, wie Herfried Münkler es beschreibt – den Fokus auch auf unsere noch viel größere Abhängigkeit von China richtet, ist richtig und ein nicht minder großes Problem zugleich. Schon während der Pandemie mussten wir feststellen, dass empfindliche Bereiche unserer Versorgung entscheidend vom Wohlwollen konkurrierender Systeme und anfälligen globalen Lieferketten abhängen.

Deshalb ist eine starke und handlungsfähige Europäische Union infolge unterschiedlicher Formen der Kooperation ohne Alternative!

„SI VIS PACEM ...“

Diejenigen, die unter Verweis auf unsere historische Verantwortung weiterhin den Pazifismus beschwören, irren. Denn gerade die Lehren aus den Schrecken zweier Weltkriege verpflichten uns, die Freiheit glaubhaft zu verteidigen.

Als stabile und gefestigte Demokratie – blicken wir auf den fließenden Übergang nach sechzehn Jahren CDU-Regierung, auf den wir, bei allem Verdruss über die Niederlage, auch stolz sein können – auf dem Fundament westlicher Werte müssen wir Verantwortung übernehmen. Auf verantwortliches Handeln und stabile politische Verhältnisse bei unseren Verbündeten und Partnern zu bauen, erwies

sich in der Vergangenheit nicht selten als Trugschluss.

Schon die alten Römer wussten: *Si vis pacem para bellum* – „wenn du (den) Frieden willst, bereite (den) Krieg vor“. Das ist wahr, und wir haben das zu lange nicht beherzigt. Der erste Schritt muss nun sein, die ausgestreckte Hand Emmanuel Macrons zu ergreifen, was wir nach seiner Sorbonne-Rede im September 2017 versäumten. Und zugleich müssen wir die große Solidarität unserer Partner im Osten mit der Ukraine und gegen Putins Vernichtungskrieg, der uns alle bedroht, anerkennen und dazu nutzen, dass alle Partner in der Europäischen Union nicht nur gleiche Pflichten, sondern auch gleiche Rechte haben. Polen kommt dabei eine Führungsrolle zu – und Viktor Orbán wird so lernen, dass er ziemlich allein sein wird. So kann Europa diese schreckliche Bedrohung nutzen, um endlich zu tun, was längst nötig gewesen wäre, aber ohne den dafür notwendigen Veränderungsdruck leider bisher nicht gelang.

„Diktatoren nicht vertrauen“

—
Litauen und der Ukraine-Krieg

DALIA GRYBAUSKAITĖ

Geboren 1956 in Vilnius, bis Mai 2009 Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Union, Mai 2009 bis Juli 2019 als erste Frau Staatspräsidentin der Republik Litauen.

Sie sind eine der beliebtesten Politikerinnen in Ihrem Land. Was bewegt und besorgt die Litauerinnen und Litauer mehr als fünf Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine? Inwiefern glauben

Sie, dass sich die Sorgen und Nöte der Menschen etwa in Deutschland oder Frankreich davon unterscheiden? Und wenn ja, welche Gründe gibt es dafür?

Dalia Grybauskaitė: Es gibt keinen Unterschied zwischen der litauischen und der deutschen Einstellung zum Krieg. Er ist schrecklich und niemand will ihn.

Man könnte sagen, dass wir unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Es ist von Bedeutung, dass wir in Litauen uns in unmittelbarer Nähe zu Russland

befinden, in der Nähe des vollständig militarisierten Kaliningrader Gebiets und in der Nähe von Belarus – zweier diktatorischer Regime, die uns jeden Tag im Nacken sitzen. Wir müssen also ständig bereit sein, uns zu verteidigen.

Als damalige Staatspräsidentin sagten Sie mit Blick auf die Ukraine bereits 2014, Putin werde sich kaum zurückhalten, wenn er nicht mit einer entschiedenen Haltung politischer Führer Europas und der Welt konfrontiert werde. Warum hat es dann doch offensichtlich an einer entschiedenen Haltung gefehlt?

Dalia Grybauskaitė: Es wurde viel geredet, und die Energieversorgung in Europa gestaltete sich immer schwieriger. Putin hat die Schwäche des Westens und die Käuflichkeit einzelner westlicher Politiker erkannt. Was der Westen nicht verstand, war, dass Putin so oder so einen Krieg brauchen würde – das ist ein zivilisatorischer Unterschied.

„Ich vertraue der Arbeit von Angela Merkel“, beteuerten Sie 2015. Woraus erwuchs Ihr Vertrauen?

Dalia Grybauskaitė: Bundeskanzlerin Angela Merkel glaubte fest an die Macht von Verhandlungen. Allerdings wurden zum einen im Energiebereich strategische Fehler begangen. Die ehemalige Bundeskanzlerin äußerte sich im Juni 2022 zu ihrer derzeitigen Position. Zum anderen hat Russland in den letzten zwei Jahrzehnten stetig seine Kräfte ausgebaut, den Propagandadruck auf die eigene Bevölkerung und den Westen erhöht und sich auf einen Krieg vorbereitet.

Mit dem russischen Kaliningrad im Westen und einer langen Grenze zu Weißrussland im Osten ist Litauen besonders bedroht; manche sprechen von Frontstaat. Zahlreiche Provokationen hat es bereits über sich ergehen lassen müssen – selbst „Warnungen“ vor Atomschlägen. Müsste Ihr Land da nicht besonders an einer Deeskalation interessiert sein?

Dalia Grybauskaitė: Langfristige Deeskalation ist für Litauen wichtig. Diese ist allerdings nur möglich, wenn Russland militärisch geschwächt wird, da internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen nicht respektiert werden. Es ist zu hoffen, dass Russland nach dem Krieg gegen die Ukraine seine militärische Stärke verloren haben wird und sich die Situation für eine Weile von selbst entschärft.

Der in den vergangenen Monaten in der Ukraine verübte Völkermord und Terror sollte nicht nur unsere Ohren geschult haben, um alle russischen Drohungen deutlich zu hören, sondern auch unseren Verstand und unseren Willen. Unsere Reaktion sollte nicht von Angst geprägt sein, sondern von der Bereitschaft, den Gegner aufzuhalten und uns zu wehren. Jeden Tag lehren die Ukrainer die ganze Welt, wie wichtig es ist, den Mut zu bewahren, zu kämpfen und nicht aufzugeben.

Staatspräsident Gitanas Nausėda hat sich zufrieden mit den Ergebnissen des NATO-Gipfels in Madrid gezeigt. Inwieweit stimmen Sie mit seiner Einschätzung überein?

Dalia Grybauskaitė: Die NATO ist entschlossen, jeden Zentimeter des Bündnisgebiets zu verteidigen, und demonstriert



Foto: © IMAGO / ZUMA Wire

dies auch. Das zeigt sich sowohl bei der Verteidigungsbereitschaft als auch in der Absicht, den NATO-Gipfel 2023 in Litauen stattfinden zu lassen. Das Bündnis stellt sich bereits militärisch stärker auf, aber das braucht leider Zeit. Ich hoffe, all das ist ausreichend, um standzuhalten.

Die deutsche Bundeswehr wird sich in erheblichem Umfang an der Aufstockung der schnellen Eingreiftruppe an der NATO-Ostflanke beteiligen: mit rund 15.000 Soldatinnen und Soldaten sowie mit rund 65 Flugzeugen und zwanzig Schiffen. Wie beurteilen Sie den militärischen Beitrag Deutschlands zur Verteidigung des Bündnisgebiets?

Dalia Grybauskaitė: Die Deutschen haben bereits die äußerst schwierige Ent-

scheidung getroffen, in Litauen präsent zu sein. Ich erinnere mich sehr gut an den Moment dieser Entscheidung. Jetzt wird die Truppe gestärkt, das braucht Zeit, aber der deutsche Beitrag wird nur zunehmen.

Mit Ihrer Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine sind Sie – zumindest in Deutschland – mehrheitlich auf großes Unverständnis gestoßen. Warum halten Sie es für gerechtfertigt, größte Risiken in Kauf zu nehmen, um der Ukraine beizustehen?

Dalia Grybauskaitė: Hätte Winston Churchill im Mai 1940 nicht die existenzielle Entscheidung getroffen, dass Großbritannien die von allen Seiten forcierten „Verhandlungen“ ablehnt und den Kampf gegen Hitler aufnimmt, weiß ich nicht, in was für einer Welt wir heute leben würden.

Natürlich verfügte Hitler nicht über ein Atomwaffenarsenal. Aber ich habe schon oft gesagt, dass der Kreml und sein Herr nur die Sprache der Gewalt verstehen. Hätte der Westen den Mut gehabt, eine Flugverbotszone auszurufen, wären Tausende ukrainischer Menschenleben gerettet und viele Städte, Schulen und Krankenhäuser nicht in Schutt und Asche gelegt worden.

Es ist nur der Ukraine zu verdanken, dass im restlichen Europa noch Frieden herrscht. Wir müssen alle notwendigen Waffen liefern, um den Aggressor abzuwehren und zu vertreiben.

Litauen setzt seit Langem darauf, sich in Energiefragen von Russland unabhängig zu machen. Wie weit ist dieser Prozess gediehen, und was kann Deutschland von Ihrem Land lernen, wenn es jetzt von heute auf morgen die selbst verursachte Abhängigkeit vor allem von russischem Gas verringern will?

Dalia Grybauskaitė: Leider kann man „über Nacht“ nicht viel tun. Zu lange hat

sich der Westen entspannt und in die katastrophale Energieabhängigkeit von Russland hineinziehen lassen. Es bedurfte einer harten politischen Entscheidung, damit Litauen diese Nabelschnur kappte, obwohl es damals an Kritik daran, ein Terminal für Flüssiggas [*Liquid Natural Gas*, LNG] zu bauen, nicht mangelte. Aber jetzt ist Litauen nicht nur Selbstversorger, sondern kann auch anderen Ländern helfen.

Deutschland musste durch einen Schock aus seinen Fehlern lernen. Angesichts des nahenden Winters und der wirtschaftlichen Rezession stehen die Politiker unter unmenschlichem Druck. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Deutschland es schaffen wird, aber gleichzeitig wird es eine Lehre für die Zukunft sein, Diktatoren nicht zu vertrauen und sich nicht von ihnen manipulieren zu lassen.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann schriftlich am 1. August 2022.

Übersetzung aus dem Litauischen: Rimas Čuplinskas, umlautmedia, Heidelberg

„Change of Mindset“

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die Verteidigung der NATO-Ostflanke

KAY BRINKMANN

Geboren 1961 in Korbach, Brigadegeneral der Bundeswehr, derzeit „Deputy Chief of Staff Plans“, zuständig für Planung, Übungen und Zivil-Militärische Zusammenarbeit im „Multinational Corps North-East“ der NATO in Stettin (Polen).

Eine persönliche Bemerkung zu Beginn: Der neuerliche Krieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine „Zeitenwende“. Mit Blick auf meine vierzigjährige Dienstzeit trifft diese Bezeichnung ebenfalls auf das Ende des Kalten Krieges mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, auf den militärischen Einmarsch im Kosovo wie auch auf den 11. September 2001

und die erstmalige Anwendung des NATO-Artikels V gegen den internationalen Terrorismus zu.

Die aktuelle „Zeitenwende“ beschäftigt mich allerdings mehr als die vorangegangenen, weil sie einen Rückfall in längst überwunden geglaubte Konfrontationsmuster bedeutet. Wir benötigen einen *change of mindset*, einen Mentalitätswechsel, der die Bedingungen für die „kollektive Verteidigung“ des NATO-Bündnisses wieder ins Bewusstsein rückt.

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist für die Staaten an der Nordostflanke des NATO-Bündnisses das eingetreten, wogegen sie sich mit

ihrem Eintritt in die NATO schützen wollten und was sie nicht erst seit 2014 – dem Jahr der Krim-Annexion – als Bedrohung wahrnehmen. Die Beitrittsanträge von Schweden und Finnland zeugen von der Bedeutung, die der Allianz für die gemeinsame Verteidigung beigemessen wird. Auf dem NATO-Gipfel 2022 in Madrid bestand Einigkeit: Russland hat die Absicht, den ehemaligen Einflussbereich der Sowjetunion wiederzugewinnen, und scheut vor dem Einsatz militärischer Mittel nicht zurück. Diese Intention bleibt allen Erkenntnissen nach auch unabhängig vom Ausgang des russischen Krieges gegen die Ukraine bestehen.

Das Multinationale Korps Nordost (*Multinational Corps Northeast*, MNC NE), im Rahmen der NATO-Osterweiterung 1999 zur Förderung der Integration der neuen NATO-Staaten durch Dänemark, Polen und Deutschland in Stettin aufgestellt, ist heute das einzige NATO-Landstreitkräftekommando mit einem klar umrissenen Auftrag, nämlich dem Schutz der Nordostflanke des Bündnisses. Der geografische Verantwortungsbereich des Korps grenzt unmittelbar an Russland – unter Einschluss Weißrusslands erstreckt sich diese Grenze über etwa 1.800 Kilometer. Dem MNC NE unterstehen der NATO zugewiesene multinationale und nationale Truppenteile der baltischen Staaten und Polens, darunter auch die Landanteile der *Enhanced Forward Presence* (deutsch etwa: „Verstärkte Vornepräsenz“). Es schafft in dieser Region damit eine einheitliche NATO-Führungs- und Kräftestruktur und bildet das Rückgrat für die Integration von NATO-Verstärkungskräften.

KOHÄRENTE ANSÄTZE DER VERTEIDIGUNG

Das neue *2022 Strategic Concept* der NATO stellt fest, dass sich der euro-atlantische Raum nicht mehr im Frieden befindet, und bezeichnet Russland als die signifikante und unmittelbare Bedrohung für das Bündnis. Das Strategiekonzept zielt klar auf einen robusten, kohärenten Ansatz der kollektiven Verteidigung. Dieser wiederum findet seine militärische Umsetzung im *Concept for the Deterrence and Defense of the Euro-Atlantic Area* („Konzept für die Abschreckung und Verteidigung des euro-atlantischen Raums“).

Drei Aspekte stehen im Vordergrund meiner Überlegungen.

Erstens: Kollektive Verteidigung gründet auf ein gemeinsames Verständnis der Bedrohung. Es ist mehr als die Summe nationaler Verteidigungsüberlegungen, unterstützt durch Bündnispartner. Sie beruht gleichermaßen auf dem Vertrauen in die gemeinsame Anstrengung (*unity of effort*) und die Bereitschaft, die militärische Führung in die Hände der NATO zu legen.

Zweitens: Verteidigungsplanung muss vom „Ende her gedacht“ werden, gerade weil die Bündnispartner an der Grenze zu Russland auf Kräfteverstärkungen angewiesen sind. Kohärenz in den Plänen schließt auch ihre

Hinterlegung mit militärischen Kräften und Fähigkeiten ein. Das erfordert ein nachhaltiges *commitment* – Bekenntnis – aller Bündnispartner.

Drittens: Die transatlantische Partnerschaft bleibt unabdingbar, und die US-Streitkräfte sind für die Verteidigung des euro-atlantischen Raumes aufgrund ihrer Fähigkeiten und ihres Umfangs unverzichtbar. Doch ist auch festzuhalten, dass es europäische Kräfte und Fähigkeiten sein werden, die die unmittelbare konventionelle Verteidigung Europas schultern müssen.

BEGRENZTES ZEITFENSTER NUTZEN

Mit der russischen Invasion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine 2014 zeigte sich der Wille der russischen Regierung, militärische Mittel zur Erweiterung ihrer Einflusszone einzusetzen. Mit diesem *land grab* („Landraub“) wurden die traumatischen Erfahrungen der sowjetischen Okkupation der baltischen Staaten und Polens im Zweiten Weltkrieg neuerlich belebt.

Mit den Entscheidungen der NATO-Gipfel von Wales (2014), Warschau (2016) und Brüssel (2018) reagierte das Bündnis auf die gestiegene Bedrohung ihrer Nordostflanke: unter anderem mit der Entwicklung abgestufter Reaktionspläne, einer erhöhten rotierenden NATO-Kräftepräsenz – der *Enhanced Forward Presence* – und mit der Anpassung der Einsatzbereitschaft von NATO-Krisenreaktionskräften. Der Ruf der estnischen Premierministerin Kaja Kallas im Vorlauf zum NATO-Gipfel in Madrid über verschiedene Medien nach mehr NATO-Truppen in den baltischen Staaten zeigt exemplarisch, dass insbesondere den drei baltischen Verbündeten diese Anstrengungen noch nicht weit genug reichen. Während sich die NATO eher auf einen langwierigen Prozess zur Bereitstellung militärischer Kräfte stützt, wären die russischen Streitkräfte ihren eigenen Bewertungen zufolge zu Angriffen mit kurzer Vorwarnzeit – zum Beispiel zum Abriegeln des Suwalki-Korridors, des Gebiets um die Grenze zwischen Litauen und Polen, das die einzige Landverbindung der baltischen Staaten mit den übrigen NATO-Partnern darstellt und das Territorium der russischen Exklave Kaliningrad von Belarus trennt – in der Lage.

Derzeit muss Russland insbesondere seine Landstreitkräfte auf den Krieg gegen die Ukraine konzentrieren. Bis Russland seine Kräfte regenerieren und gegen die baltischen Staaten und Polen ausrichten kann, wird es dauern – wie lange, muss hier offenbleiben, auch weil die Ukraine weiterhin in bemerkenswerter Weise Widerstand leistet. Umso wichtiger ist es, nun ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Zeit durch die NATO und die einzelnen Alliierten genutzt werden muss, um eine entsprechende Sicherheitsvorsorge zu leisten. Nur wenn in diesem *window of opportunity* konkrete Anstrengungen zum Fähigkeitsaufwuchs, Ausbau der erforderlichen Infrastruktur und damit insgesamt zur Bündnisverteidigung umgesetzt werden, wird eine glaubhafte Abschreckung auf Grundlage sichtbarer Verteidigungsfähigkeit gelingen.

Noch entscheidender ist jedoch, sich bewusst zu machen, dass ein Zögern oder Abwarten in der Planung und Entscheidung einem russischen Regime in die Hände spielt, das rücksichtslos und gezielt die Schwächen innerhalb der NATO ausnutzen wird.

Über die vergangenen drei Jahrzehnte war der Fokus des Bündnisses und seiner Mitglieder primär auf das Krisenmanagement außerhalb des Bündnisgebietes gerichtet. Dieser *expeditionary mindset* war von individuellen nationalen Entscheidungen und dadurch de facto von „Koalitionsbildungen“ in den Einsätzen geprägt (siehe Afghanistan). Die Konfrontation mit Russland und die damit einhergehende unmittelbare Bedrohung des NATO-Bündnisgebiets erfordert nun zwingend die Rückkehr zu einem Bewusstsein für kollektive Verteidigung. Insbesondere die Bündnispartner an der Grenze zu Russland dürfen über den Willen und die Fähigkeit der NATO zur gemeinsamen und geschlossenen Reaktion auf eine Krisenentwicklung bis hin zu einem Konflikt nicht im Zweifel gelassen werden. Grundprinzip des Bündnisses ist und bleibt die „Kollektive Verteidigung“.

BALANCE ZWISCHEN KRISENREAKTION UND ESKALATIONEFFEKTEN

Dies bedeutet mit Blick auf die erforderlichen Voraussetzungen, dicke Bretter zu bohren, um die verzugslose Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Nationale Interessenlagen, Kostenimplikationen sowie die Frage nach der Balance zwischen zeitgerechter Krisenreaktion und Eskalationseffekten sind hier miteinander zu vereinbaren.

Bislang haben die Nationen vorrangig auf ihre nationalen Verteidigungsplanungen gesetzt. Diese waren in ihrer Ausplanung konkreter als die übergeordneten NATO-Pläne. Ein primärer Blick auf Verteidigung aus einer nationalen Perspektive schränkt allerdings die Sicht auf die Vorzüge des alliierten Verbundes ein. Wer sich zudem von der Planung mit einzelnen ausgewählten Bündnispartnern noch einen Vorteil verspricht, verliert nicht nur den Blick für den übergreifenden Schutzbedarf der Region, sondern unterläuft auch die Grundlagen für eine kollektive Verteidigung.

Collective Defense bedingt eine gemeinsame Anstrengung (*unity of effort*), die nationale Grenzen und Vorbehalte möglichst weitgehend auflöst. Kollektive Verteidigungsplanung muss sich im Kern an Erfordernissen der Operationsführung und notwendiger Bewegungsfreiheit in einer Region orientieren, die in Krise und Konflikt zum NATO-Operationsgebiet wird, und hat so konkret und verlässlich zu sein wie die nationalen Gesamtverteidigungspläne. Beide müssen sich komplementieren und ergänzen. Doch die Führung militärischer Operationen muss nach dem Prinzip der *unity of command* („Einheit der Befehlsgewalt“) erfolgen. Diese kann durch die entsprechende Führung durch

das Bündnis gewährleistet werden. Vertrauen ist hierbei die entscheidende Voraussetzung.

Der NATO-Gipfel in Madrid hat gezeigt, dass Putins Absichten und Handeln den Entscheidungsprozess und die Reaktion des Bündnisses bestimmen. Um entsprechend reaktionsfähig sein zu können, greift in der Planung das Motto, „vom Ende her zu denken“. Nur so ist es möglich, die erforderlichen Kräfte und Mittel zeitgerecht und einsatzbereit am richtigen Ort zur Wirkung bringen zu können. Es kommt hierbei darauf an, dass über allen Entscheidungsebenen – von der politischen bis herunter auf die taktische Ebene – ein gemeinsames Verständnis über die Zeitlinien und Entscheidungsprozesse besteht. Derzeit strebt die NATO eine kohärente Planung von der strategischen bis zur taktischen Ebene an. Für das MNC NE bedeutet es das Prinzip „One Team – One Mission – One Area of Operation – One Plan“, namentlich die Gewährleistung gemeinsamer Handlungsfähigkeit unter Führung des Bündnisses.

Ist eine einfache, klare Führungsstruktur das eine, so ist für die Ausführbarkeit eines Plans die konkrete, auftragsgerechte Hinterlegung mit Kräften und Mitteln das andere. Hierbei geht es nicht allein um Zahlen, sondern vor allem um den Verbund von Fähigkeiten, die für eine militärische Operationsführung erforderlich sind. Diesbezüglich ist die NATO derzeit auf einem guten Weg, Anspruch und Wirklichkeit, Bedarf und eingemeldete Fähigkeiten zu vereinen.

Fakt ist und wird auf absehbare Zeit bleiben: Die amerikanischen Streitkräfte sind für eine Verteidigung des NATO-Gebiets derzeit unerlässlich. Und sie investieren zumindest temporär erheblich in ihre Präsenz in Europa, auch wenn die primäre Ausrichtung der USA – auch militärisch – auf dem Pazifik und China liegen dürfte. Es muss daher nachdrücklicher ins europäische Bewusstsein rücken, dass es die Streitkräfte europäischer Staaten sind, die als Kräfte der „ersten Stunde“ werden verteidigen müssen. Und das bedeutet auch die nachhaltige und durchhaltefähige Ausrüstung mit einem breiten Fähigkeitsspektrum. Auch deshalb kommt mit Blick auf Deutschland, aber eben auch auf die NATO als Ganzes, die eingangs angesprochene „Zeitenwende“ zum richtigen Zeitpunkt.

Wir werden durch die russische Bedrohung viel unmittelbarer als bisher gefordert. Wir brauchen daher einen *change of mindset*, der die Vorteile des gemeinsamen Planens und Handelns wieder in den Vordergrund rücken lässt.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

Russlands Faustpfand?

Die sicherheitspolitische Lage in der Republik Moldau

KATJA CHRISTINA PLATE

Geboren 1978 in Nürnberg, Leiterin der Auslandsbüros Rumänien und Republik Moldau der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bukarest.

Russland ausgesetzt. Lange Zeit hat Russland seine Interessen in der Republik Moldau mittels der in der abtrünnigen moldauischen Region Transnistrien stationierten Truppen – man geht von schätzungsweise 1.500 bis 3.000 russischen Soldaten aus –, über den Gaspreis für das energieabhängige Land und durch gekaufte oder kompromittierte Politiker ausgeübt. In der Vergangenheit lavierten die

Die im Süden Osteuropas gelegene Republik Moldau teilt eine 1.222 Kilometer lange Grenze mit der Ukraine. Sie sieht sich ebenfalls einer Bedrohung durch

moldauischen Regierungen zwischen der Europäischen Union und Russland hin und her. Hier Vorteile herausverhandeln, dort keine Nachteile in Kauf nehmen, Geld aus dem Staatshaushalt abzweigen oder aus der Zentralbank stehlen: Kleptokratische Machthaber kultivierten Außenpolitik nach dem Tanzmuster von einem Schritt vorwärts, einem zurück und vielen zur Seite. Dies sorgte dafür, dass immer mehr Moldauerinnen und Moldauer ihre Zukunft nicht mehr in ihrem Land sahen und auswanderten. Diese Diaspora verhalf 2020 der pro-europäischen Staatspräsidentin Maia Sandu ins Amt und stimmte 2021 mit absoluter Mehrheit für die Reformregierung der liberalen *Partidul Acțiune și Solidaritate* („Partei der Aktion und Solidarität“, PAS) um Premierministerin Natalia Gavrilița.

Trotz der Befürwortung einer Annäherung an die Europäische Union und des Bekenntnisses zu einem tiefgreifenden Reformprozess betonten Präsidentin und Premierministerin zunächst stets die Neutralität der Republik Moldau. Man strebe keinen NATO-Beitritt an und lege Wert auf konstruktive Beziehungen zu Moskau. Letzteres war immer mit der Bestrebung verbunden, den Konflikt um die abtrünnige moldauische Region Transnistrien künftig friedlich beilegen zu können. Mit dem 24. Februar 2022 änderten sich die sicherheitspolitischen Parameter für die Republik Moldau vollständig.

Moldau sieht sich seit mehr als zwanzig Jahren mit einer russischen Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert, die der sogenannten Primakow-Doktrin folgt. Der frühere russische Außenminister und ehemalige Ministerpräsident Jewgeni Primakow sah Russland als unverzichtbaren weltpolitischen Akteur an, der eine unab-

hängige Außenpolitik verfolgen müsse. Russland solle eine multipolare Weltordnung anstreben, die von einem Konzert der Großmächte „verwaltet“ werde; insbesondere solle Russland eine Vormachtstellung in der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre anstreben und die eurasische Integration vorantreiben; zudem solle sich Russland einer NATO-Erweiterung widersetzen und eine Partnerschaft mit China anstreben.

Nach der Invasion russischer Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt Moskau nun die Souveränität der Republik Moldau und deren territoriale Integrität offen infrage: Mehrfach wurde die Errichtung einer Landverbindung zur Schwarzmeerhalbinsel Krim und in weiterer Folge nach Transnistrien zum russischen Kriegsziel erklärt. Der Republik Moldau wurde von einem russischen Abgeordneten gedroht, man könne sie „auf den Müllhaufen der Geschichte“ befördern.

Im Kreml hält man die Republik Moldau für einen instabilen, politisch und militärisch schwachen Staat. Und damit für ein mögliches Faustpfand, mit dem man die strategische Position der Ukraine weiter schwächen kann. Eine militärische Kontrolle über das Territorium der Republik Moldau würde die südliche Ukraine und vor allem Odessa isolieren und Russland den Zugang in die West- und Zentralukraine erleichtern. Auch sind Im- und Exporte, insbesondere Agrarexporte, durch die Republik Moldau für die ukrainische Wirtschaft sehr wichtig.

Ein militärischer Vorstoß russischer Truppen in westliche Richtung (entlang der Frontlinie Mykolaiv–Tiraspol–Odessa) erscheint derzeit angesichts der fortwährenden Kämpfe in der Ostukraine unwahrscheinlich. Entsprechend dürfte sich

Moskau in näherer Zukunft nicht auf eine militärische Kontrolle der Republik Moldau fokussieren, sondern eher versuchen, einen Wechsel ihrer pro-europäischen Reformregierung zu erreichen oder zumindest vorzubereiten. Die grundsätzliche russische Strategie, die Ukraine durch die Übernahme der politischen Kontrolle über die Republik Moldau verwundbar zu machen, wird auch dann bestehen bleiben, wenn die Kriegsintensität in der Ukraine nachlässt. Die Bedrohungslage für Moldau würde sich erst dann grundlegend verändern, wenn die Russische Föderation in der Ukraine eine militärische Niederlage erleidet und ihre Truppen aus dem Dnjepr-Becken zurückziehen muss.

Insoweit geht aktuell die stärkste unmittelbare Bedrohung der Republik Moldau von ihren internen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwachstellen aus, die Moskau nach Kräften auszunutzen und zu forcieren sucht, um ein gefügiges Regime an der Spitze der Republik Moldau durchzusetzen. Diese Schwachstellen sind zunächst die lokalen moldauischen oligarchischen und kleptokratischen Akteure, die gemeinsame Interessen mit Moskau haben, jedoch auch verschiedene politische und zivilgesellschaftliche Kräfte, die von der Russischen Föderation in der Republik Moldau kontrolliert, finanziert und unterstützt werden.

Weitere Schwachpunkte sind die durch den Ukraine-Krieg verursachte Flüchtlingskrise und die durch den sprunghaften Anstieg der Energiepreise ausgelöste

Wirtschaftskrise mit einer massiven Inflation. Auch das Finanz- und Bankensystem weist Fragilitäten auf. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist zentral für die Frage, ob die pro-europäischen Reformkräfte der PAS-Regierung weiter von der Bevölkerung unterstützt werden. Aber auch Korruption, die Schwäche des Rechtsstaats, unzureichende Verwaltungskapazitäten auf der Ebene staatlicher Institutionen, mangelnde Grenzsicherheit und Resilienz gegen die organisierte Kriminalität sind Angriffspunkte für russische Destabilisierungsmaßnahmen. Hinzu kommt der fehlende Zusammenhalt in der moldauischen Gesellschaft, insbesondere die Nicht-Integration ethnischer Minderheiten. Dabei nimmt der Konflikt um die Region Transnistrien einen besonderen Stellenwert ein.

An den dargelegten Problemen arbeitet die pro-europäische und reformorientierte Regierung seit ihrer Machtübernahme im August 2021. Nach Jahren der Misswirtschaft muss die PAS-Regierung nun allerdings einen Kampf unter denkbar schlechten Rahmenbedingungen führen. Sie benötigt Hilfe, um resilient gegen russische Einflussnahme und Destabilisierung zu werden. Der Republik Moldau diese Hilfe zu gewähren, liegt im sicherheitspolitischen Interesse der Europäischen Union. Denn niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass sich Russlands Aggression allein gegen die Ukraine oder die Republik Moldau wendet. Sie richtet sich gegen das demokratische, freie Leben in Europa insgesamt.

Enorm viel aufzuholen

Zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr

PATRICK KELLER

Geboren 1978 in Bonn, promovierter Politikwissenschaftler, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, zuvor Chefredenschreiber der Bundesverteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer, 2008 bis 2018 Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das Sondervermögen für die Bundeswehr ist das Herzstück der „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Olaf Scholz in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgerufen hat. Es ergänzt die übrigen Maßnahmen der Regierung nicht nur – die Sanktionspakete gegen Putins Russland, die neue deutsche Energiepolitik, die Waffenlieferungen an die Ukraine –, sondern schafft Voraussetzungen für eine neue Rolle Deutschlands in der internationalen Politik. Wenn Streitkräfte

der Ausdruck des Selbstbehauptungswillens eines Staates sind, dann ist das Sondervermögen das deutsche Bekenntnis, in einer unruhigen Welt für Stabilität und die eigenen Überzeugungen eintreten zu wollen – und zu können.

Konkret stellt der Bund 100 Milliarden Euro zur Verfügung, die unmittelbar der Bundeswehr zugutekommen. (Um genau zu sein, erhält die Bundeswehr 81 Milliarden Euro, da auf das Sondervermögen 19 Prozent Mehrwertsteuer angerechnet werden.) Dieses Geld versteht sich zusätzlich zum jährlichen Etat für Verteidigung (Einzelplan 14), der bei circa fünfzig Milliarden Euro liegt und für die verbleibenden Jahre der Legislaturperiode leicht sinken soll. Damit wird die seit 2014 bestehende Tendenz des Anstiegs des regulären Verteidigungshaushaltes gebrochen; dies wird allerdings durch das Sondervermögen mehr als kompensiert. Rechnet man das Sondervermögen auf die jährlichen Haushalte um, erfüllt Deutschland heute und voraussichtlich bis 2024 die in der NATO getroffene Vereinbarung, mindestens zwei Prozent der nationalen Wirtschaftskraft für Verteidigung auszugeben. Das ist ein Sprung (von zuletzt circa 1,3 Prozent), den verschiedene Verteidigungsministerinnen und ihre militärischen Planer zwar seit Langem empfohlen, aber wohl kaum noch erwartet hatten.

Dieses viele Geld hat die Bundeswehr bitter nötig, weil sie in den 25 Jahren seit der Wiedervereinigung kaputtgespart wurde. Berücksichtigt man die Inflation, wurde der Etat der Bundeswehr zwischen 1991 und 2013 halbiert. Eine sogenannte „Friedensdividende“ sollte nach dem Ende des Kalten Krieges anfallen, obwohl in diese Zeit die anspruchsvollsten Missionen in der Geschichte der Bundeswehr fielen, zum Beispiel in Afghanistan. Das ging vor allem auf Kosten der Modernisierung; so wurden Hubschrauber und Flugzeuge weit über ihr eigentliches Haltbarkeitsdatum hinaus genutzt. Erst mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 setzte eine Trendwende ein – die aber weit hinter den Erfordernissen zurückblieb. Auch zeigte sich, dass großes und kompliziertes Gerät nicht über Nacht gebaut und beschafft werden konnte, insbesondere nicht von einer weitgehend abgewickelten deutschen Rüstungsindustrie.

NATIONALE VERTEIDIGUNGSPLANUNG

Auch wenn es am Geld noch fehlte, planerisch hat die Bundeswehr in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet, auf die jetzt aufgebaut werden kann. Grundsätzlich orientiert sich Deutschland an den Planungszielen der NATO. Das heißt, innerhalb des Bündnisses wird analysiert, welche Bedrohungen für die Sicherheit der Mitgliedstaaten bestehen und welche Fähigkeiten alle gemeinsam benötigen, um sich gegen diese Bedrohungen zu wappnen. Seit 2014 steht dabei Russland zu Recht wieder im Fokus, wie die NATO bei ihrem Gipfel in Madrid im Juni 2022 erneut bekräftigt hat – nicht zuletzt im neuen Strategischen Konzept. Aus dieser Bedrohungsanalyse hat das Bündnis eine Streitkräfteplanung abgeleitet, deren aktueller Zyklus bis Ende 2031 reicht. In der Streitkräfteplanung ist festgelegt, wie viele Panzer, Soldaten et cetera die

Verbündeten benötigen; das wird gemeinsam entschieden und gemäß der Leistungskraft auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt. Das ist der Kern der Zwei-Prozent-Vereinbarung: Nur wenn in diesem Maße investiert wird, kann jeder seinen fairen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung leisten.

In Deutschland wurde diese NATO-Planung in nationale Verteidigungsplanung übersetzt, namentlich die Konzeption der Bundeswehr und das Fähigkeitsprofil, das seit 2018 fortgeschrieben wird. Im Einklang mit dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung von 2016 benennen diese Papiere im Einzelnen, was die Bundeswehr benötigt – und wozu. Diese strategischen Dokumente und Umsetzungspläne hat die Ampelkoalition von ihren Vorgängern geerbt und entwickelt sie derzeit weiter, angepasst an die neue europäische Sicherheitslage.

SCHLÜSSELFÄHIGKEITEN OPTIMIEREN

Daher fällt das Sondervermögen auf ein wohlbestelltes Feld. Die Planer der Bundeswehr können genau begründen, welche Fähigkeiten beschafft werden müssen und warum. Dabei bleibt es eine politische Entscheidung, wie die Prioritäten zu setzen sind – denn angesichts der Größe der militärischen Defizite und der Enormität des Bedarfs bis 2031 reichen selbst die 100 Milliarden nicht aus, alle Planungsziele zu erreichen.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht ist dieser Verantwortung nachgekommen und hat dem Bundestag vorgelegt, wofür das Sondervermögen konkret ausgegeben werden soll. Besondere Bedeutung kommt dabei aufwendigen Waffensystemen zu, die Schlüsselfähigkeiten in der Abschreckung und Verteidigung bereitstellen und deren überfällige Finanzierung nun ein sicheres Fundament erhält. Ein Beispiel dafür sind hochmoderne amerikanische F-35-Kampfflugzeuge, die den veralteten Tornado ersetzen werden. Sie erfüllen nicht zuletzt eine Funktion in der nuklearen Teilhabe, also beim Versprechen Deutschlands, im Verteidigungsfall amerikanische Atombomben ins Ziel zu bringen. Auf die Fortsetzung dieses bündnispolitisch hoch bedeutsamen Arrangements hatten sich die Ampelparteien bereits im Koalitionsvertrag verständigt – nun haben sie auch die Mittel für die dafür benötigten Fähigkeiten freigegeben. Ähnliche Beispiele finden sich bei den Land- und Seestreitkräften, etwa die Beschaffung des Nachfolgemodells des Schützenpanzers „Marder“ oder die weitere Nachrüstung des Schützenpanzers „Puma“ sowie die Beschaffung weiterer Fregatten, Korvetten und des mit Norwegen weiterentwickelten U-Boots „212 CD“.

Ebenfalls von höchster Priorität ist die Verbesserung der Führungsfähigkeit der Bundeswehr. Dafür sollen mehr als zwanzig Milliarden des Sondervermögens investiert werden. Dahinter verbirgt sich ein komplexes Programm zur Digitalisierung der Kommunikation und Kampffähigkeit der

Bundeswehr: neue Funkgeräte, ein neuer Rechenzentrumsverbund, Investitionen in Satellitenkommunikation und dergleichen. Nachdem die Bundeswehr zuletzt in Übungen mit NATO-Verbündeten aufgrund ihrer nur analogen Kommunikationswege nicht richtig eingebunden werden konnte, erfolgt damit ein dringend erforderlicher Modernisierungsschub.

Allerdings wurde auch Kritik am „Einkaufszettel“ der Bundeswehr laut. So bemängelten manche Beobachter, dass die „Dimension Luft“ mit mehr als vierzig Milliarden gegenüber den Dimensionen „See“ (circa neunzehn Milliarden) und „Land“ (circa siebzehn Milliarden) überproportional berücksichtigt werde. Diese Betrachtung lässt jedoch außer Acht, dass bestimmte unter „Luft“ verbuchte Elemente in erster Linie den anderen Dimensionen zugutekommen – zum Beispiel die Seefernaufklärer (Marine) oder der von der Truppe seit Jahren herbeigesehnte neue Schwere Transporthubschrauber (Heer). Bei allem Verständnis für den internen Wettbewerb der Teilstreitkräfte darf der bundeswehrgemeinsame Ansatz nicht aus dem Blick geraten, der im Sondervermögen deutlich abgebildet ist. So wird die Digitalisierung der Führungsfähigkeit letztlich allen nützen, auch wenn sie vermutlich besonders im Heer zu Buche schlägt.

LANGFRISTIGE VERBESSERUNGEN?

Triftiger erscheint da schon die Kritik, wie sie von der Wehrbeauftragten Eva Högl vorgebracht wurde: Sie verweist auf den enormen Bedarf bei der Wiederauffüllung der Munitionslager, deren Kosten auf zwanzig Milliarden Euro geschätzt werden. Entgegen ursprünglichen Überlegungen findet sich das nicht im Sondervermögen. Auch wünscht sie sich eine bessere Ausstattung zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten, vor allem bei Investitionen in die Sanität. Das Ministerium verweist demgegenüber auf den regulären Etat, in dem beides berücksichtigt werde – und auf die zwei Milliarden des Sondervermögens, die in persönliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten fließen sollen: Stiefel, Nachtsichtgeräte, verbesserte Helme.

Hinter dieser Debatte steckt eine größere Sorge: Wird die Bundeswehr auch langfristig durch die Investitionen des Sondervermögens verbessert? Neues Gerät zu beschaffen, ist das eine, das andere aber ist, dieses Gerät auch dauerhaft nutzen zu können. Deswegen sind die Hinweise auf Munition, Personal und all das, was die Bundeswehr „Nutzung“ nennt, so wichtig. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre die Verstetigung des Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes über das Sondervermögen dieser Legislaturperiode hinaus – eine politische Herkulesaufgabe.

Über Details der Prioritätensetzung oder der Vorzüge bestimmter Produkte gegenüber anderen wird man immer streiten können. Aber im Grundsatz ist eindeutig: Die Bundeswehr hat einen guten Plan, wofür sie das

zusätzliche Geld verwenden will. Wird er umgesetzt, wird Deutschland einen fairen und notwendigen Beitrag zur Sicherheit unseres Kontinents leisten. Schon jetzt ist absehbar, dass die USA die konventionelle (also: nicht-nukleare) Abschreckung und Verteidigung in Europa stärker in europäische Hände legen wollen, um die eigene Kraft stärker auf den Indopazifik und die Herausforderung durch China konzentrieren zu können. Das ist auch aus europäischer Perspektive sinnvoll und legitim, bedeutet aber, dass neben dem großen, wohlhabenden Deutschland kaum ein Staat infrage kommt, das Rückgrat konventioneller Verteidigung in Europa zu bilden. Das Sondervermögen flankiert die ersten Schritte in diese neue Rolle, in der uns auch die Verbündeten sehen.

OPAKE STRUKTUREN AUFBRECHEN

Damit das zusätzliche Geld nicht verpufft, braucht es effektive Prozesse der Beschaffung. Dort besteht enormer Handlungsbedarf, weil die opaken Strukturen der Bundeswehr-Beschaffungsprozesse eine unheilige Allianz mit der überbürokratisierten Selbstfesselung durch die Vergaberichtlinien der öffentlichen Verwaltung eingegangen sind – freundlich assistiert von den Geschäftsinteressen der Industrie und den machtpolitischen Erwägungen in den Haushalts- und Verteidigungsausschüssen des Bundestages. Auf diesem Gebiet etwas zu ändern, ist die wahre Bewährungsprobe der Ministerin Lambrecht. Dabei hat sie erkannt, dass es keine große, einfache Lösung gibt, sondern an vielen kleinen Schrauben gleichzeitig gedreht werden muss. Sie hat damit begonnen, etwa indem sie das zentrale Beschaffungsamt von allen Vorgängen unter 5.000 Euro Wertstellung entlastet und diese Befugnis in die Truppe selbst zurückgegeben hat. Oder indem sie ihr Beschaffungs-Beschleunigungsgesetz durch den Bundestag gebracht hat. Das sind erste Erfolge auf einem Weg, der noch lang und steinig sein wird.

Um auf ihm zu bestehen, muss die gesamte Regierung ihren neuen Dreiklang aufrechterhalten: *erstens* den politischen Willen zur „Zeitenwende“ weiter verdeutlichen, etwa in der derzeit entstehenden Nationalen Sicherheitsstrategie. *Zweitens* die Bundeswehr so finanzieren, dass verlässlich geplant, verhandelt und geliefert werden kann – auch über 2025 hinaus. Und *drittens* nicht nachlassen, die Beschaffungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Denn auch wenn die NATO gern in langen Zyklen plant, benötigt das freie Europa bereits jetzt eine Bundeswehr, die ihren Auftrag erfüllen kann.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Selbstbehauptung der Demokratien

Keine Angst vor einer neuen Bundeswehrreform!

HANS-PETER BARTELS

Geboren 1961 in Düsseldorf, promovierter Politologe, 2015 bis 2020 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, seit Mai 2022 Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Berlin.

Evaluieren geht immer. Die Bundeswehr erstickt gerade an der Herausforderung, sich neu für die Verteidigung der NATO-Ostflanke aufzustellen – aber möglichst ohne wesentliche strukturelle Änderun-

gen. In einem *Sachstandsbericht zur Bestandsaufnahme* des Bundesverteidigungsministeriums aus dem Juli 2022 kündigen die ministeriellen Bestandsaufnehmer an, „die Fähigkeiten und Strukturen sowie die Organisation der Bundeswehr kritisch zu hinterfragen und weiterzuentwickeln, um ihre Einsatzbereitschaft zu stärken“.

Ende Januar 2022, vor dem Beginn des zweiten Ukraine-Krieges, hatte die Parole im Verteidigungsministerium sogar noch gelautet, strukturelle Veränderungen „nur dort“ vorzunehmen, wo „zwingende

Nachbesserungen geboten“ seien. Mit der Zeitenwende scheint es nun allerdings doch weitere „dringliche Handlungsbedarfe“ zu geben. Frühere Pläne, etwa aus dem „Eckpunkte“-Papier des amtierenden Generalinspektors Eberhard Zorn, sollen dabei „einfließen“.

Bestandsaufnahme, kritische Bewertung – das kostet wertvolle Zeit und klingt so, als stünde man im Jahr acht nach dem ersten Ukraine-Krieg 2014 und den verteidigungspolitischen NATO-Beschlüssen von Wales erst am Anfang eines möglicherweise (aber nicht sicher) notwendigen Veränderungsprozesses der Bundeswehr.

Dabei wurden wichtige Richtungsentscheidungen längst getroffen: Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung von 2016, die Konzeption und das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr von 2018, der Koalitionsvertrag 2021, die Zeitenwende-Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 27. Februar 2022, das neue Strategische Konzept der NATO („Im euro-atlantischen Raum herrscht kein Frieden.“) – all dies erfordert tatsächlich „zwingend“ eine wieder zur Verteidigungsarmee umgegliederte Bundeswehr: weg vom „Afghanistan“-Szenario der letzten Bundeswehr-Sparreform von 2011, hin zur Hauptaufgabe der *Collective Defense*, zur Kollektiven Verteidigung! Weg vom Einsatz überschaubar großer Kontingente in multinationalen Krisenmissionen weltweit, hin zum Einsatz der gesamten Bundeswehr zur Verteidigung des Bündnisgebiets!

„Viele Mängelanalysen und Reformvorschläge liegen auf dem Tisch“, schrieben Generalleutnant a. D. Rainer L. Glatz und ich 2020 in einem *Policy Paper* der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Aktuell Nr. 84, Oktober 2020). Wir for-

dern darin keine neuen Untersuchungen oder Reformkommissionen (wie es in der Friedensdividende-Zeit im Jahr 2000 die Weizsäcker- beziehungsweise 2010 die Weise-Kommission waren), sondern Entscheidungen, die auf der Hand liegen.

In unserem Denkanstoß „Welche Reform die Bundeswehr heute braucht“ stellen wir fest: In den Jahren der Umfangsreduzierungen hat sich die Zahl der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche weiter vergrößert. Zu Heer, Luftwaffe und Marine sind eigenständig Streitkräftebasis, Sanitätsdienst und der Bereich Cyber- und Informationsraum hinzugetreten, alimentiert aus den jeweils zuvor bereits bestehenden Strukturen. Dies erleichtert die Zusammenarbeit der Truppe zwischen den unterschiedlichen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen nicht. Erhöht hat sich mit der Zergliederung jedoch die Zahl der Kommandostäbe.

GEWÄHRLEISTUNG HOHER EINSATZBEREITSCHAFT

Deshalb sollte geprüft werden, ob die Zahl der Organisationsbereiche verringert werden kann und verbleibende Strukturen sich flacher und schmaler gestalten lassen. Die Teilstreitkräfte und gegebenenfalls verbleibende Organisationsbereiche sollten jeweils über eine Kommandobehörde für ihren gesamten Verantwortungsbereich und falls notwendig über ein Amt für unterstützende Aufgaben wie Ausbildung, Planung, Materialerhaltung und Weiterentwicklung verfügen.

Die künftige Bundeswehrstruktur sollte die Personalstärke der Truppe (zulas- tend redundanter Stabsstrukturen) wieder

erhöhen und durchhaltefähige organische Großverbände schaffen. Die für den anspruchsvollsten Hauptauftrag – Bündnis- und Landesverteidigung – ausgebildeten Kräfte müssen zusätzlich in der Lage sein, weltweite Einsätze zur Krisenintervention wahrzunehmen. Dieser Doppelauftrag verlangt die Vollaussattung mit Material, um eine jederzeit hohe Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Im Falle der Kollektiven Verteidigung unterstehen alle einzusetzenden deutschen Verbände von Heer, Luftwaffe und Marine den dafür eingerichteten NATO-Hauptquartieren.

Der Grundsatz, Verantwortung, Kräfte und Mittel in *eine* Hand zu geben, ist oberstes Gebot, das auch angesichts der heutigen Komplexität von Streitkräften nicht durchbrochen werden darf. Um das zu vermeiden, müssen die entsprechenden Fachleute, auch vonseiten der zivilen Wehrverwaltung, zur Beratung der Befehlshaber und Kommandeure organisch Teil der Truppenstrukturen sein. Divisionen, Brigaden und Kampfverbände müssen über Nachschub-, Transport- und Instandsetzungseinheiten beziehungsweise Teileinheiten verfügen, die ihnen strukturell eine gewisse Unabhängigkeit sichern.

Wenn aber die Einsatzbereitschaft von Waffensystemen und Großgerät in der Verantwortung der jeweiligen Kommandeure liegt, dann kann die gesamte Materialverantwortung während der Nutzungsphase nicht einem völlig anderen Organisationsbereich übertragen sein. Durch das Nadelöhr des Koblenzer Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr sind Instandsetzung und Ersatzteilversorgung auf dem Gefechtsfeld nicht zu gewährleisten. Die Gesamtverantwortung

für das Material gehört in die Hand derjenigen, die für die Einsatzbereitschaft ihrer Teilstreitkraft insgesamt die Verantwortung tragen: in die Hand der Inspektoren.

Heute gibt es keine aus dem Stand verlege- und operationsfähigen Großverbände des deutschen Heeres mehr. Fest zugesagt sind der NATO inzwischen drei kampfstärke Divisionen (je etwa 20.000 Soldatinnen und Soldaten) mit acht bis zehn voll einsatzfähigen Brigaden; die erste Division 2025. Zurzeit ist jedoch keine einzige Brigade strukturell voll ausgestattet und autark.

KONZEPTIONELLE WAHRHEITEN

Pläne zur Umgliederung existieren längst. Das Motto, das General Zorn im Interview mit der Zeitschrift des Deutschen Bundeswehrverbandes *Die Bundeswehr* im April 2022 ausgegeben hat, ist zweifellos richtig: Heute gilt mehr denn je „Train as you fight!“. Die ganze konzeptionelle Wahrheit muss dann allerdings auch heißen „Organize as you fight!“. Ein möglicher Bündnisfall oder eine schnelle abschreckende Krisenreaktion an der NATO-Ostflanke darf nicht mit zähen Bundeswehr-internen „Truppenstellerkonferenzen“ beginnen.

Deutschland ist nach den USA, China und Japan die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, die zweitgrößte NATO-Nation, zweitwichtigster Beitragszahler der Vereinten Nationen und das bevölkerungsstärkste und reichste Land Europas. Jährlich zwei Prozent des deutschen Sozialprodukts für die Verteidigung auszugeben, würde unser Land in keinsten

Weise überfordern; auch drei oder vier Prozent nicht (wie in den USA), wenn es denn unbedingt sein müsste.

Schon der Koalitionsvertrag der Ampelparteien vom November 2021 gab, etwas verklausuliert, der neuen Regierung grünes Licht für das Erreichen der im atlantischen Bündnis vereinbarten Zwei-Prozent-Quote. Das Koalitionsziel lautet, drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für „internationales Handeln“ auszugeben. Damit ließen sich Entwicklungshilfe (erforderlich: 0,7 Prozent) und Diplomatie auskömmlich finanzieren und gleichzeitig die NATO-Verpflichtung (bis 2024: zwei Prozent) erfüllen.

Mit den geplanten Zuflüssen aus dem nun errichteten 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ sollten die zwei Prozent schnell zu realisieren sein: eine solide Basis für die längst durchgeplante Vollausstattung und Modernisierung der Bundeswehr.

Gleichzeitig muss im Bundeshaushalt der reguläre Einzelplan 14 (Verteidigung) kontinuierlich aufwachsen, um auch nach Ausschöpfung des „Sondervermögens“ in einigen Jahren die Zwei-Prozent-Linie zu halten. Denn es werden ja weiterhin Kostensteigerungen bei Personal und Betrieb (unter den Bedingungen erheblicher Inflation) und natürlich die Materialerhaltung der dann neu zugelaufenen Waffen und Geräte zu finanzieren sein. Ein Einfrieren des Verteidigungsetats auf fünfzig Milliarden Euro, wie es der Haushaltsentwurf 2023 und die Mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung jetzt vorsehen, um die Schuldenbremse einzuhalten, ist keine gute Idee.

Grundlage für das zusätzliche Sondervermögen von 100 Milliarden ist und bleibt das fortgeschriebene, 2018 erlas-

sene „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“, das damals Rüstungsinvestitionen in Höhe von insgesamt 200 Milliarden Euro bis 2031 vorsah, militärisch sauber abgeleitet aus den deutschen Kräftezusagen an die NATO nach dem ersten Ukraine-Krieg. Nur finanzierbar schien dieser Plan damals nicht.

Was den politischen Überbau angeht, liefert bemerkenswerterweise der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio in einem Artikel für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21. März 2022) die perfekte Verbindung zwischen dem rotgrün-liberalen Streben nach einer regelbasierten Weltordnung auf der einen Seite und der Wiederherstellung militärischer Stärke auf der anderen. Ein wertebasierter Außenpolitik-Ansatz allein reiche nicht. Di Fabio schreibt von der „Notwendigkeit der machtpolitischen Deckung diplomatischer Verhandlungsmacht“. Es gehe um die „geopolitische Selbstbehauptung der Demokratien“: „Wenn die westlichen Demokratien sich angesichts offener militärischer Aggressionen behaupten wollen, müssen sie das Konzept der Nachhaltigkeit von der ökologischen Thematik, in der es eminent wichtig bleibt, auf machtpolitische Zusammenhänge ausdehnen.“

Deutschland tut dies nun. *Hard Power* zählt. Dreimal benutzte Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung den Begriff „Zeitenwende“. Nicht alles, was bisher außen- und sicherheitspolitisch gedacht wurde, ist falsch. Etwa weiter an den politischen Grundlagen europäischer Souveränität zu arbeiten, bleibt richtig. Aber vieles muss sich ändern, unsere Demokratie muss wehrhafter werden, wenn wir unsere Freiheit auf Dauer erhalten wollen. Dazu gehört auch, keine Angst vor einer neuen Bundeswehrreform zu haben.

Sicherheit in neuen Zeiten

Positionen der CDU

JOHANN WADEPHUL

Geboren 1963 in Husum, promovierter Jurist, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Auswärtiges, Verteidigung, Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Europarat.

Politik und Weltgeschichte erleben immer wieder Zäsuren: Revolutionen, Kriege, soziale oder technologische Umbrüche. Auch wenn sich Hintergründe und Genese dieser Zäsuren im Rückblick meist länger abzeichneten, markiert ein Ereignis, ein Datum die allgemeine Wahrnehmung von Vorher und Nachher. So ist es mit der aktuellen sicherheitspolitischen Zäsur, die als „Zeitenwende“ die Diskussionen und das Handeln des ersten Halbjahres 2022 dominiert hat: der völkerrechtswidrigen und unprovokierten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am

24. Februar 2022. Es herrscht wieder Krieg in Europa, und Deutschland und seine Verbündeten werden durch Ultimaten direkt bedroht.

Dennoch hat diese Zeitenwende eine Vorgeschichte, wird sie strenggenommen zeitlich falsch verortet. Sie liegt nicht im Februar 2022, sondern im Februar 2014 mit dem Beginn der Besetzung und später Annexion der Krim durch Russland und seiner Beteiligung an den Kämpfen in der Ostukraine. Das war der Bruch der europäischen Friedensordnung, war offene Aggression und Einsatz militärischer Gewaltmittel. Dieses Warnsignal fand international vielfachen Widerhall: 2014, auf dem NATO-Gipfel von Wales, wurde das Zwei-Prozent-Ziel prominent beschlossen; es begannen die Unterstützungsmaßnahmen für die NATO-Ostflanke, die in die Kräfte der *Enhanced Forward Presence* (EFP, deutsch etwa: „Verstärkte Vorpräsenz“) und die als NATO-Speerspitze bekannte *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) mündeten. In der Europäischen Union (EU) nahm darüber hinaus die Frage einer Europäischen Verteidigungsunion Fahrt auf; Ende 2017 wurde mit der EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation*, PESCO) ein neues Instrument begründet.

Doch standen in Deutschland CDU und CSU meist mit ihren Forderungen nach einem Mehr für Verteidigung und einem neuen Stellenwert für eine robuste Sicherheitspolitik allein. Vertreter der Grünen und der SPD redeten die Entwicklung immer wieder klein oder negierten sie sogar bewusst. Dennoch ist der Verteidigungshaushalt seit 2014 stark angestiegen – von rund 32 Milliarden auf heute über fünfzig Milliarden Euro. Von den Grünen und Teilen der SPD wurde dies immer kritisiert, das Zwei-Prozent-Ziel sogar in Bausch und Bogen abgelehnt. Eine langfristig verlässliche Perspektive für den Verteidigungshaushalt lehnte der damalige Finanzminister Olaf Scholz in der vergangenen Wahlperiode strikt ab.

SICHERHEITSPOLITISCHE NOTWENDIGKEITEN

Das *Weißbuch der Bundesregierung* von 2016 beschrieb die Zeitenwende bereits damals mit aus heutiger Sicht erschreckend klarer Analyse, wichtige Rückschlüsse für die Bundeswehr wurden gezogen. Doch der parteiübergreifende Wille, die notwendigen Konsequenzen umzusetzen, war außerhalb von CDU und CSU nicht ausgeprägt. Vielmehr wurden deutsche Manöver an der NATO-Ostflanke von SPD-Politikern als „Säbelrasseln“ (der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier) und die Entsendung deutscher Marineschiffe nach Ostasien als „Kanonenboot-Politik“ (der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich) diskreditiert. Die immer wieder künstlich durch die SPD verlängerte Diskussion um die Bewaffnung der fünf (!) Aufklärungsdrohnen des Typs Heron TP schließlich war Realitätsverweigerung auf Kosten der Soldatinnen und Soldaten.

Nun sitzt der Schock umso tiefer, der Handlungsdruck ist immens. Die Bundeswehr ist gefordert wie nie: Landes- und Bündnisverteidigung stehen

jetzt im Mittelpunkt aller Überlegungen. Die Schlagworte lauten „Kaltstartfähigkeit“ und „kriegsfähig“. Gleichzeitig agiert die Bundeswehr immer noch in komplexen Auslandseinsätzen, deren Intensität aufgrund der Krisenlagen weltweit eher zunehmen als abnehmen wird. Jetzt geht es darum, schnell zu investieren und Strukturen anzupassen mit dem Ziel der Wiederherstellung voll einsatzbereiter Streitkräfte und einer Gesamtverteidigung, die auch einen wirksamen Zivil- und Katastrophenschutz umfasst.

Für die CDU ergibt sich daraus eine Reihe sicherheitspolitischer Notwendigkeiten. **Erstens** muss sich Deutschland mehr für und in unseren Bündnissen engagieren: für die NATO und für den sicherheitspolitischen Teil der Europäischen Union. Das erfordert unsere Sicherheit, entspricht unseren Interessen und den Erwartungen unserer Partner. Auch ist dies historisch folgerichtig, denn die Bundeswehr ist mehr als jede andere Streitmacht eine Bündnisarmee, wurde sie doch erst nach dem NATO-Beitritt Deutschlands gegründet und ist heute im Grunde vollständig in die NATO-Strukturen integriert. Praktisch heißt das: Deutschland sollte seine Funktion als Rahmennation ausbauen und den Weg bilateraler Kooperationen und Affiliationen intensiver fortsetzen. Denn nur so kann die beabsichtigte Stärkung der NATO-Ostflanke umgesetzt und können die vielen Partner unterstützt werden, die weder eine vergleichbar große strukturelle Basis noch das finanzielle Gewicht Deutschlands in die Waagschale werfen können. So wird letztendlich die faire Lastenteilung in der NATO gestärkt und einer Spaltung des Bündnisses in eine Mehrklassengesellschaft aus „großen“ und „kleinen“ Mitgliedstaaten entgegengewirkt.

Zweitens muss in der Bundeswehr zügig die Vollausrüstung und Modernisierung vorangebracht werden. Deutschland hat den Standortvorteil, nicht nur umfangreiche finanzielle Mittel in seine Streitkräfte investieren zu können, sondern es besitzt auch eine breite rüstungsindustrielle Basis mit Unternehmen, die mit einigen Produkten an der Weltspitze stehen. Das muss genutzt werden, um dem Bündnis breit aufgestellte hochmoderne Streitkräfte und einige wichtige *Enabler* zur Verfügung stellen zu können. Dies setzt allerdings voraus, dass diese Unternehmen nicht ständig moralisch diskreditiert werden dürfen, sondern wir uns Gedanken machen müssen, wie wir sie stärken, denn ohne sie hat unsere Verteidigung keine adäquate Basis.

Dafür sind in erster Linie stetig umfangreiche Investitionen in die Bundeswehr unerlässlich – die **dritte** Forderung der CDU, die deswegen gemeinsam mit der CSU dem „Sondervermögen Bundeswehr“ zugestimmt, zugleich jedoch einige wichtige Punkte zur Bedingung gemacht hat und diese erfolgreich festschreiben konnte – etwa, dass es ausschließlich der Bundeswehr zugutekommt, dass die Mittelvergabe parlamentarisch von einem Sondergremium überwacht wird und dass die Schulden des Sondervermögens getilgt werden. Zentral aber ist, dass sich der Bundestag auf Initiative der Unionsfraktion im Errichtungsgesetz erstmalig selbst verpflichtet hat, der

Bundeswehr dauerhaft – das heißt auch nach dem Sondervermögen – die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Folgerichtig heißt das Gesetz „Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz“. Wie notwendig diese Festlegung ist, zeigt die Finanzplanung der Ampelregierung für 2023 und die darauffolgende Mittelfristige Finanzplanung, nach der die Verteidigungsausgaben absehbar unter zwei Prozent bleiben werden. Damit bricht Bundeskanzler Olaf Scholz bereits jetzt seine Zusage aus seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022, „ab jetzt jährlich über zwei Prozent“ für Verteidigung auszugeben. Hier stehen harte politische Auseinandersetzungen bevor, denn das wird die CDU nicht akzeptieren.

Viertens ist der CDU die Wahrnehmung und Wertschätzung unserer Soldatinnen und Soldaten wichtig. Deswegen haben wir in den vergangenen Jahren unserer Regierungszeit unter anderem das kostenlose Bahnfahren für Soldatinnen und Soldaten in Uniform umgesetzt, und es waren die CDU-Ministerinnen Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer, die vehement für mehr Sichtbarkeit unserer Bundeswehr in Form von Öffentlichen Gelöbnissen außerhalb der Kasernen und für mehr Veranstaltungen mit und für die Bundeswehr gekämpft haben.

DAS LETZTE ALARMZEICHEN?

Dieser Weg muss weiter beschritten werden, um zu verdeutlichen, wie wichtig, aber auch wie einzigartig der Dienst der „Staatsbürger in Uniform“ für unser Gemeinwesen ist. Zugleich geht es um eine Förderung der Reserve, denn angesichts der sicherheitspolitischen Lage kommt es wieder mehr darauf an, dass diese „Staatsbürger mit Uniform“ bereitstehen, ihren Anteil an der Verteidigung zu übernehmen.

In diesen Rahmen kann man auch die Diskussion um eine allgemeine Dienstpflicht verorten, die seit einigen Monaten erfreulicherweise wieder Fahrt aufgenommen hat. Denn vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung scheint es schwer vorstellbar, wie die vielen Personalbedarfe aller Organisationen der Verteidigung, des Zivil- und Katastrophenschutzes – und des Sozial-, Kranken- und Pflegebereiches – in Zukunft abgedeckt werden können. Der Staat sollte auf den Dienst seiner Bürgerinnen und Bürger zurückgreifen können, um unsere Gesellschaft in Krisen- und Gefahrenlagen funktionsfähig zu halten.

Neben diesen inhaltlichen Positionen der CDU steht die Forderung nach nachhaltigem und energischem Handeln an übergeordneter Stelle. Die Bedrohungen werden weiterhin bestehen. Darum ist es existenziell, dass wir jetzt dieses Alarmzeichen endlich beherzigen. Denn im immer deutlicher werdenden Systemkonflikt demokratischer und autokratischer Staaten könnte es das letzte sein.

Territoriale Konflikte

Der Südkaukasus und die destruktive Politik Russlands

STEPHAN MALERIUS

Geboren 1968 in Itzehoe, Leiter Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tbilisi (Georgien).

Der Südkaukasus umfasst die Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien und ist sicherheitspolitisch eine seit jeher ausgesprochen instabile Region, was nicht zuletzt an den angrenzenden Groß-

mächten Russland, Türkei und Iran und deren aggressiver Außenpolitik liegt. Seit dem Zerfall der Sowjetunion gab es im Südkaukasus immer wieder militärische Konflikte: zwei Kriege zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach (1991–1994 und 2020), einen Bürgerkrieg zwischen Georgien und Abchasen (1992–1993) sowie den „Fünf-Tage-Krieg“ Russlands gegen Georgien (2008). Russlands Strategie des *divide et impera* (Armenien,

Aserbaidschan) beziehungsweise der offenen oder verdeckten Aggression (Georgien) hat die Entwicklung der Region dreißig Jahre lang negativ beeinflusst.

Georgien teilt im Norden eine lange Grenze mit Russland, war seit Anfang der 1990er-Jahre immer wieder Zielscheibe russischer Angriffe und muss es hinnehmen, dass auf dem eigenen Territorium in zwei abtrünnigen Gebieten (Abchasien und Südossetien) seit Jahrzehnten russische Besatzungstruppen stationiert sind. Nicht zuletzt deshalb orientiert sich das Land seit der Rosenrevolution 2003, die zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse führte und die Opposition an die Macht brachte, unerschütterlich in Richtung Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Georgien hatte gemeinsam mit der Ukraine bereits 2008 einen NATO-Beitritt angestrebt, der ihm jedoch auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im gleichen Jahr zunächst verwehrt blieb. Den nach wie vor bestehenden Ambitionen Georgiens wurde nun auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 Rechnung getragen: „Wir werden die Entwicklung unserer Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Ukraine fortsetzen im Sinne unseres gemeinsamen Interesses an Frieden, Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum“, heißt es in der Gipfel-Erklärung. Seit 2008 nahm Georgien an zahlreichen NATO-Einsätzen teil, unter anderem im Kosovo und in Afghanistan, wo das Land zeitweise das größte Kontingent eines Nicht-NATO-Mitglieds stellte. Im Gegenzug sind seit 2014 mehrere *Substantial NATO-Georgia Packages* umgesetzt worden – Initiativen, in deren Zuge Reformen im Verteidigungssektor unterstützt, die Kompatibilität der

georgischen mit NATO-Streitkräften gestärkt und so das Land näher an die Allianz herangeführt wurde. Eines der größten Hindernisse für einen NATO-Beitritt sind die ungelösten territorialen Konflikte, deren Entwicklung – wie die gesamte Sicherheitsarchitektur im Südkaukasus – entscheidend vom Ausgang des Krieges in der Ukraine abhängen wird.

Auf den ersten Blick erscheint die sicherheitspolitische Ausrichtung von Georgiens südlichem Nachbarn Armenien als genaues Gegenteil: Armenien ist Teil der russisch dominierten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, in Gyumri ist eines der größten Kontingente russischer Truppen außerhalb der Russischen Föderation stationiert, und es gibt Gerüchte, dass eine weitere russische Militärbasis im Süden des Landes eingerichtet werden soll, was die umfassende sicherheitspolitische Abhängigkeit Armeniens von Russland unterstreicht. Das Land befindet sich zudem in einer extrem isolierten Position: Die südliche Grenze zur Türkei ist seit den 1990er-Jahren geschlossen, gegen den östlichen Nachbarn Aserbaidschan wurde im Oktober 2020 ein Krieg verloren, und die schmale Grenze zum Iran (in dessen Norden eine große aserbaidschanische Minderheit lebt) ist allenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung. Einzig mit Georgien gibt es trotz geopolitisch diametral unterschiedlicher Ausrichtung keine sicherheitspolitisch relevanten Spannungen.

Angesichts zweier aggressiver Nachbarn (Türkei und Aserbaidschan), denen Armenien wirtschaftlich und militärisch hoffnungslos unterlegen ist, sowie des Umstandes, dass die Europäische Union weit weg ist, bleibt dem Land nichts anderes übrig, als sich an Russland zu binden.

Sicherheitspolitisch besitzt Armenien somit keinen Spielraum, sich transatlantisch zu orientieren; gleichwohl ist es an engen Beziehungen zu Europa interessiert: Ab 2009 hatte das Land lange mit der Europäischen Union über ein Assoziierungsabkommen verhandelt, bevor es 2013 von Russland gezwungen wurde, der Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass Russland Armenien im Krieg mit Aserbaidschan nicht zur Hilfe gekommen ist, was das Vertrauen in die vermeintliche Schutzmacht im Land nachhaltig erschüttert hat.

Aserbaidschan schließlich gehört keinem der beiden genannten Militärblöcke an und strebt auch nicht nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen oder der Eurasischen Wirtschaftsunion. Das Land ist dagegen kulturell, politisch und militärisch der Türkei eng verbunden. Die Türkei war es auch, die durch jahrelange Ausbildung des aserbaidschanischen Militärs und die Lieferung moderner Kampfdrohnen maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Aserbaidschan den zweiten Bergkarabach-Krieg gegen Armenien gewinnen konnte. In der sogenannten Shusha-Erklärung vom Juni 2021 vereinbarten die beiden Staaten unter anderem gegenseitigen militärischen Beistand, eine noch engere Kooperation der Rüstungsindustrien und regelmäßige Treffen der Sicherheitsräte.

Seit der von Russland vermittelten Waffenruhe im Krieg um Bergkarabach im Oktober 2020 stehen russische Friedenstruppen auf aserbaidschanischem Territorium, was dem Land zwar ein Dorn

im Auge ist; gleichzeitig vermeidet es aber offene Kritik an Russland, wie es auch – ähnlich wie die Türkei – im Krieg Russlands gegen die Ukraine bemüht ist, sich nicht offen gegen Russland zu stellen. Das öl- und gasreiche Land hat seit Jahren seine Militärausgaben kontinuierlich gesteigert. Insbesondere Armenien befürchtet, dass Aserbaidschan die globale Aufmerksamkeit auf den Krieg in der Ukraine dazu nutzen könnte, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Bergkarabach wieder aufzunehmen. Im März und im August 2022 hat es Verletzungen der Waffenruhe gegeben, die diese Befürchtungen schürten.

Armenien und Aserbaidschan wenden signifikante Teile ihres Staatshaushalts für Militärausgaben auf und gehören zu den am stärksten militarisierten Ländern der Welt. Russland hat den Konflikt um Bergkarabach über Jahrzehnte genutzt, um beide Länder hochzurüsten. In den laufenden Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan hat nun aber seit Mai 2022 die Europäische Union, die beide Staatschefs nach Brüssel eingeladen hatte, eine erfolgreiche Vermittlungsinitiative ergriffen. Zudem hatte Georgien im letzten Jahr einen Austausch von Kriegsgefangenen und Minenkarten zwischen den Parteien vermittelt. Eine Schwächung der destruktiven russischen Position im Südkaukasus angesichts der Konzentration Russlands auf den Krieg in der Ukraine könnte für beide Akteure, Georgien und die Europäische Union, eine Chance bilden, Frieden und Stabilität in der Region nachhaltig zu festigen.

Zeitenwende für die Truppe?

Resilienz durch Ausrüstung und Entlastung

SERAP GÜLER

Geboren 1980 in Marl, 2017 bis 2021 Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses.

Seit dem 24. Februar ist die Welt nicht mehr die, die sie war. Es herrscht Krieg in Europa, und Bundeskanzler Olaf Scholz hat eine Zeitenwende ausgerufen. Sie erreicht auch die Bundeswehr, für die der Deutsche Bundestag ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen hat, um die dringendsten materiellen Fähigkeitslücken zu schließen, die sich in den vergangenen Jahren aufgetan haben. Neben der materiellen Ausstattung mit

modernen und einsatzbereiten Waffensystemen müssen wir auch die Soldatinnen und Soldaten, die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit die personelle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in den Blick nehmen.

Denn modernste Waffensysteme nutzen den Streitkräften wenig, wenn kein erstklassig ausgebildetes Personal zur Verfügung steht, das die Waffen auch bedienen kann. In den kommenden Jahren soll die Bundeswehr auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen, die als Kernauftrag die Landes- und Bündnisverteidigung sicherstellen sollen. Damit die 203.000 Männer und Frauen diesem Auftrag gerecht werden können, müssen kurz- und mittelfristig mehrere Voraussetzungen geschaffen werden: Die Kaltstartfähigkeit – die Fähigkeit, schnell verlege- und einsatzbereit zu sein – auch des Personals muss ausgeweitet werden, wir benötigen noch mehr Kontakt zur Gesellschaft und gesellschaftliche Anerkennung für die Soldatinnen, Soldaten und Veteranen – last, but not least muss auch die Gesellschaft insgesamt resilienter werden.

Eine dieser Voraussetzungen kann die Bundeswehr selbst erfüllen: Die Kaltstartfähigkeit muss künftig auf noch mehr Truppenteile zutreffen – sowohl auf die Brigade, die fest zur Verteidigung Litauens im Rahmen der aufgestockten *Enhanced Forward Presence* (deutsch etwa: „Verstärkte Vorpräsenz“) der NATO eingeplant wird, als auch auf die voraussichtlich mehreren Zehntausend Soldaten, die Deutschland für die NATO im Rahmen des Aufwuchses der schnellen Eingreiftruppe bereitstellen wird. Um den Soldatinnen und Soldaten zu ermöglichen, kurzfristig im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt zu werden, müssen wir den Sozialdienst der Bundeswehr auch mit Blick auf die Familien ausbauen. Es muss sichergestellt werden, dass ihre Kinder betreut und pflegebedürftige Angehörige versorgt werden. Nur wenn man weiß, dass die Familie versorgt ist und auch im Ernstfall jemand bereitsteht, der sich um sie kümmert, kann man sich auf den anspruchsvollen militärischen Auftrag konzentrieren. Das sind wir den Männern und Frauen schuldig, die ihr Leben riskieren, um Deutschland und uns zu schützen.

WERBUNG FÜR DEN DIENST

Die anderen Voraussetzungen zu erfüllen, ist dagegen Aufgabe der Politik und der Gesellschaft. Die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr steht vor mehreren Herausforderungen, die zu lösen nur mithilfe der Politik möglich ist. Einerseits passt der zunehmende Individualismus der Menschen in Deutschland auf den ersten Blick nicht zum Dienst als Soldatin oder Soldat. Die Deutschen verbinden mit ihm in der Regel unflexible Strukturen, Befehlsketten und Uniform. Die über 1.000 unterschiedlichen Berufe, die es in der Truppe gibt, werden dagegen selten wahrgenommen. Daneben besteht immer weniger Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, weil keine Wehrpflichtigen mehr als Multiplikatoren in die Gesellschaft hineinwirken. Traten früher bis zu 150.000 junge Männer pro Jahr ihren Wehrdienst an, die danach überwiegend positiv davon berichteten, sind es heute ausschließlich

Freiwillige, die in die Bundeswehr eintreten. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr könnte dabei helfen, das Bild der Bundeswehr in der Gesellschaft auszu-differenzieren und Werbung für den erfüllenden und sinnvollen Dienst zu machen, den die Soldatinnen und Soldaten tagtäglich leisten. Wenn sich ein bestimmter Anteil junger Menschen aussuchen würde, den Dienst bei der Bundeswehr zu absolvieren, würden wieder mehr Personen mit der Truppe in Kontakt kommen und Positives zu berichten wissen. Denn die Verzahnung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft ist wichtig und folgerichtig – die Soldatinnen und Soldaten sind schließlich Staatsbürger in Uniform, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung notfalls mit ihrem Leben verteidigen und auch außerhalb des Dienstes für sie eintreten. Die Anerkennung hierfür gibt es allerdings nur, wenn die Bundeswehr in der öffentlichen Debatte vorkommt, viele auch im privaten Raum von ihren Erfahrungen berichten und den Kontakt zu Kameradinnen und Kameraden halten.

Außerdem sollten zur Förderung des Austauschs zwischen Gesellschaft und Bundeswehr Jugendoffiziere offener an Schulen empfangen werden. Dass sich Schulleiterinnen und -leiter dagegen sperren, ihre Schülerinnen und Schüler sicherheitspolitisch weiterzubilden – gerade in der aktuellen geopolitischen Situation – verhindert, die Jugend für diesen Politikbereich zu begeistern und sie auf die Zukunft vorzubereiten. Passend dazu sollte es der Bundeswehr erlaubt sein, sich und ihre vielfältigen Möglichkeiten bei Berufsmessen oder Berufsorientierungstagen und -wochen an Schulen vorzustellen. Soldat zu sein, ist kein Beruf wie jeder andere, aber wir brauchen Staatsbürger in Uniform, die Soldatinnen und Soldaten sind integraler Bestandteil der Gesellschaft. Sie schaffen unter Einsatz ihres Lebens die Voraussetzung dafür, dass wir in Frieden leben und unsere Gesellschaft weiterentwickeln können. Darüber sollte man auch in der Oberstufe informiert werden können.

WÜRDIGUNG DER OPFER

Daneben sollten wir als Politik noch mehr Ideen und Projekte zur Würdigung von Soldatinnen und Soldaten unterstützen und umsetzen, um die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr zu steigern. Ich denke beispielsweise an die *Invictus Games*, bei denen kriegsversehrte Soldatinnen und Soldaten in verschiedenen sportlichen Wettkämpfen antreten. Diesen Spielen sollten wir mehr Aufmerksamkeit widmen, um das Opfer zu würdigen, das die Teilnehmenden im Dienst für ihre Länder gebracht haben. Wir sollten nicht verdrängen, dass Menschen im Gefecht verletzt werden und leider auch Gefallene zu beklagen sind. Diese Opfer zu würdigen, ist Aufgabe der Politik. Es gibt zahlreiche Ehrenmale der Bundeswehr in Deutschland, etwa das zentrale am Bendlerblock in Berlin oder die Ehrenmale der Teilstreitkräfte in Koblenz,

Laboe und Fürstenfeldbruck. Auch diese Ehrenmale und den Wald der Erinnerung am Einsatzführungskommando in Schwielowsee instand zu halten und regelmäßige Veranstaltungen auszurichten, um der Gefallenen zu gedenken und den Versehrten Dank für ihren Einsatz zu zollen, gehört zur Anerkennung für die Bundeswehr.

Auch die gewandelte Bedrohungsperzeption in der Bevölkerung und in der Politik kann dazu beitragen, das Bild der Bundeswehr in der Gesellschaft zu optimieren. Die Menschen in Deutschland und auch die Politik haben erkannt, dass Russland eine ernsthafte Bedrohung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa darstellt. Die Notwendigkeit, einsatzbereite und gut ausgerüstete Streitkräfte zu haben, die gemeinsam mit den Verbündeten in der NATO und der Europäischen Union Deutschland und Europa verteidigen, ist den Bürgerinnen und Bürgern dadurch weitaus bewusster geworden. Und auch bei vielen Politikern hat ein Umdenken stattgefunden. Dies darf jedoch kein Strohfeuer sein, wir müssen im Gegenteil gerade als CDU weiterhin dafür eintreten, dass die Bundeswehr dauerhaft entsprechend ihren Zielen und Aufgaben finanziert wird und ihr dauerhaft die Anerkennung zuteil wird, die sie verdient.

INSPIRATION GESELLSCHAFTSJAHR

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Bundeswehr im Inland immer da ist, wenn sie gebraucht wird, und dass die Soldatinnen und Soldaten gern helfen, um Krisen und Katastrophen zu bewältigen. Ob als Amtshilfe im Kampf gegen die Pandemie oder bei der Unterstützung in besonders von der Flut im Sommer 2021 betroffenen Orten: Die Hilfe kommt an, und die Menschen vor Ort sind dankbar. So zeigt die Bundeswehr Präsenz und wird als Helfer in der Not wahrgenommen, wenn die zivilen Behörden an ihre Grenzen kommen. Aber auch hier muss ein Umdenken stattfinden. Die Bundeswehr ist kein Technisches Hilfswerk in Fleckotarn. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich – gerade in der aktuellen sicherheitspolitischen Situation – auf ihre Kernaufgabe, die Landes- und Bündnisverteidigung, konzentrieren können. Denn auch wenn die Bundeswehr gern hilft: Die eigentliche Aufgabe der Streitkräfte ist es, kriegstauglich zu sein und das Land und seine Bürgerinnen und Bürger verteidigen zu können. Gerade durch die Amtshilfe in Gesundheitsämtern, Pflegeeinrichtungen und Impfzentren, die über zwei Jahre massiv Personal gebunden hat, musste die Ausbildung und Inübnung der Truppe vernachlässigt werden. Dies gilt es nun nachzuholen und die Soldatinnen und Soldaten wieder entsprechend ihrem Auftrag auszubilden und auszurüsten.

Damit sich die Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren kann, muss die Gesellschaft insgesamt resilienter werden.

Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Blaulichtorganisationen und Katastrophenschutz müssen in die Lage versetzt werden, mit eigenen Kapazitäten größere Krisen zu bewältigen. Auf dem Weg zum Ziel gesamtgesellschaftlicher Resilienz kann ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr helfen. Wenn jeder, der in Deutschland seinen Schulabschluss macht, danach ein Jahr in die Gesellschaft investiert, könnten diejenigen Einrichtungen, die personell schon im Grundbetrieb an ihre Grenzen geraten, entlastet werden. Natürlich sind diese Dienstpflichtigen kein Ersatz für dringend benötigte Fachkräfte; sie können die vorhandenen Fachkräfte jedoch entlasten, sodass sie sich mehr auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.

Zudem würden einige junge Menschen das Gesellschaftsjahr sicherlich inspirierend finden, sodass sie sich für einen beruflichen Weg in diesem Bereich entscheiden. So kann langfristig dem Personalmangel entgegen gewirkt werden. Gerade bei der Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk besteht die Möglichkeit, dass die jungen Menschen Teil einer zivilen Reserve werden, die ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Krisenfall effektiv einbringen kann. Damit könnte die Bundeswehr entlastet werden und gleichzeitig größeren Nachwuchs generieren, wenn man sich im Rahmen des Gesellschaftsjahrs auch um einen Dienst in der Bundeswehr bewerben könnte – ähnlich dem bestehenden Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz, bei dem man nach der Grund- und Spezialausbildung für einige Jahre als Reservist zur Verfügung steht.

Die Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr dürfen wir nicht außer Acht lassen, wenn wir über das Personal der Bundeswehr sprechen. Sie nehmen freiwillig an Reservistendienstleistungen teil und ergänzen oder entlasten damit die aktive Truppe. Außerdem kommt ihnen in der Landes- und Bündnisverteidigung eine zentrale Rolle zu. Ohne die Aufwuchsfähigkeit durch eine materiell und personell gut ausgestattete, entsprechend ihren Aufgaben ausgebildete Reserve wäre es im Verteidigungsfall nicht weit her mit der Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr.

Dies sind nur einige Aspekte, die das Personal der Bundeswehr der Zukunft betreffen. Aber aus meiner Sicht ist es zentral, den Soldatinnen und Soldaten sowohl innerhalb der Bundeswehr die Möglichkeit zu geben, einsatzbereit zu sein und zu wissen, dass die Familie versorgt ist, als auch ihnen die bestmögliche Ausrüstung und Ausstattung zukommen zu lassen. Daneben muss es ein Umdenken in der Gesellschaft geben, um mittelfristig gesamtgesellschaftlich resilient und damit unabhängiger von Hilfeleistungen der Bundeswehr im Inland zu werden. Denn wenn wir eins aus der aktuellen Sicherheitslage Europas lernen, so ist es, dass wir eine einsatzbereite, siegfähige Bundeswehr benötigen.

Verstärktes Engagement

Europas sicherheitspolitische Interessen im Indo-Pazifik

MANISHA REUTER

Geboren 1993 in Berlin, Expertin für Indo-Pazifik-Strategie, Programmkoordinatorin Asien, European Council on Foreign Relations (ECFR), Berlin.

Lange Zeit fehlte es der europäischen Asienpolitik an strategischer Ausrichtung. Geprägt von der Aussicht auf lukrative Märkte im Fernen Osten, konzentrierte sich die Brüsseler Asienpolitik primär auf Handel und Investitionen. Politischen Entscheidungsträgern fiel die

Vorstellung schwer, eine (sicherheits)politische Rolle Europas in einer geografisch so weit entfernten Region einzunehmen, insbesondere, weil innerhalb der Europäischen Union (EU) große Probleme unmittelbare Aufmerksamkeit verlangten: Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, die Klimakrise, aber auch der Umgang mit der Flüchtlingskrise und das Erstarken

rechtsnationaler Tendenzen in einigen ihrer Mitgliedstaaten belasteten den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union. Gleichzeitig veränderten sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine die geopolitischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bisher agierten.

KONZEPT DER MARITIMEN SICHERHEIT

In einem globalen Kontext, der nicht nur durch den erneuten Wettbewerb der Großmächte, sondern auch durch die zunehmende Verflechtung von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gekennzeichnet ist, werden viele traditionelle, auf den Binnenmarkt bezogene EU-Politikbereiche wie Handel, Investitionen, Wettbewerb, Technologie oder Finanzen, de facto immer strategischer und sicherheitsbezogener. Diesen Veränderungen Rechnung zu tragen und global mehr Verantwortung zu übernehmen, ist das erklärte Ziel der „geopolitischen Kommission“, die Ursula von der Leyen bereits 2019 ausgerufen hat. Ein besonderer geografischer Fokus liegt dabei auf dem indopazifischen Raum – definiert als geografischer Bereich von der Ostküste Afrikas bis hin zu den Inselstaaten im Pazifik. Im indopazifischen Raum liegen nicht nur die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt, auf die 62 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entfallen – er ist auch das zweitgrößte Ziel von EU-Exporten und umfasst vier der zehn wichtigsten EU-Handelspartner.¹ Allein der Handel mit China belief sich im Jahr 2021 auf 696 Milliarden Euro (Importe plus Exporte) und macht die Volksrepublik zum wichtigsten Handelspartner Europas.²

Doch inmitten dieser strategischen Neuausrichtung fordert der Krieg in der Ukraine seit Anfang dieses Jahres nicht nur die politische Aufmerksamkeit Brüssels, sondern auch eine kurzfristige Umstrukturierung der ohnehin schon begrenzten Ressourcen und Verteidigungsbudgets der europäischen Mitgliedstaaten. Dennoch könnten der Krieg und Chinas Unterstützung für Moskau der Indo-Pazifik-Debatte in Europa unverhofft neue Impulse geben und der Europäischen Union verdeutlichen, dass ein aktiver Beitrag zur Sicherheitsarchitektur der Region wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen Ansatzes für den indopazifischen Raum ist.

Mit der Veröffentlichung der *EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific*⁴ am 16. September 2021 hat die Europäische Union erstmals ihre eigenen Interessen in der Region klar formuliert. Für die Handelsmacht Europa, deren Handel zu beinahe neunzig Prozent über den Seeweg abgewickelt wird,⁴ entwickeln sich die wichtigsten Sicherheitsdynamiken im Indo-Pazifik im maritimen Bereich. Daher ist es naheliegend, dass sich das Thema „Sicherheit und Verteidigung“, einer der insgesamt sieben Teilbereiche des Strategiepapiers, primär auf maritime Sicherheitsinteressen fokussiert.

Wenn von maritimer Sicherheit die Rede ist, konzentrieren sich die EU-Länder oftmals auf die Sicherheit der Seeverbindungen, insbesondere deren Schutz vor Piraterie. Doch auch regionale Instabilitäten und maritime Grenzkonflikte durch die wachsende maritime Präsenz und Anspruchshaltung Chinas, beispielsweise im Südchinesischen Meer, bedrohen die Seewege zunehmend. Eine Blockade des Südchinesischen Meeres oder der Straße von Malakka hätte verheerende wirtschaftliche Konsequenzen für Europa.

Hinzu kommen die Auswirkungen des Klimawandels auf Winde und Strömungen, die nicht nur essenziell für die Schifffahrt sind, sondern auch für die Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere, die für viele Menschen in der Region die Lebensgrundlage bildet. Das Konzept der maritimen Sicherheit geht daher weit über die Gewährleistung einer sicheren Durchfahrt für Handelsschiffe hinaus. Europa darf sich nicht nur auf den Schutz der Seewege konzentrieren, sondern muss vieles im Blick haben: den im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen als umfassend und weltweit geltenden Rechtsrahmen für alle Aktivitäten in den Ozeanen und Meeren, insbesondere für die dort verankerte Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs über internationale Gewässer sowie das Recht auf friedliche Durchfahrt durch Küstengewässer, die Gewährleistung der staatlichen Souveränität über die ausschließlichen Wirtschaftszonen seiner Partnerländer, den sicheren globalen Datenverkehr über Unterseekabel sowie den nachhaltigen Umgang mit den Meeren als Ressource.

BEGRENZTE RESSOURCEN

Diesen enormen Ambitionen und der damit einhergehenden Erwartungshaltung regionaler Partnerländer stehen jedoch begrenzte Ressourcen und teils ein fehlender politischer Wille vonseiten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten entgegen: So verfügt die Europäische Union weder über eine eigene Armee noch über Marineeinheiten oder eigene Schiffe und ist daher allein auf die militärischen Mittel und den politischen Willen ihrer Mitgliedstaaten angewiesen. Umfragen belegen zwar, dass ein verstärktes europäisches Engagement für die maritime Sicherheit im indopazifischen Raum von den meisten EU-Mitgliedstaaten befürwortet wird; allerdings sind nur wenige bereit, in dieser Region militärische Kapazitäten für den Schutz europäischer Interessen einzusetzen.⁵

Mit Ausnahme Frankreichs, das sich aufgrund seiner Überseegebiete als Regionalmacht im Indo-Pazifik versteht und eigene Sicherheitsinteressen verfolgt, gibt es eine klare Präferenz für die Beschränkung des Engagements auf nichtmilitärische Aktivitäten. Einzelne Initiativen, wie die Entsendung der Fregatte „Bayern“ durch die deutsche Marine oder die jüngst angekündigte Entsendung deutscher Militärflugzeuge, senden zwar wichtige

Signale an Partnerländer in der Region, werden jedoch nur begrenzt dazu beitragen können, die Europäische Union zu einem glaubwürdigen Sicherheitsakteur im Indo-Pazifik zu machen, wenn sie nicht in eine nachhaltige, ganzheitliche EU-Strategie eingebettet werden.

Ein allgemein wenig beachtetes Positivbeispiel ist die sogenannte „koordinierte maritime Präsenz“ der Europäischen Union im Golf von Guinea,⁶ die nun auf den Indischen Ozean ausgeweitet werden soll. Im Bestreben, als Europäische Union mehr Präsenz zu zeigen, bietet die „koordinierte maritime Präsenz“ einen flexiblen Rahmen für mehr Kooperation zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und ermöglicht der Europäischen Union, trotz ihrer begrenzten Ressourcen einen sichtbaren Beitrag zur maritimen Sicherheit zu leisten.

DIE BEDROHUNG TAIWANS ALS SICHERHEITSRISIKO EUROPAS

Spätestens mit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine war klar, dass die kriegerischen Handlungen Russlands an der europäischen Ostflanke Europa vor ein massives Problem hinsichtlich der Zuteilung eigener militärischer Ressourcen stellen. Zudem zeigte die massive Bedrohung auf, wie viel militärisches Gerät beispielsweise in Deutschland veraltet oder nicht einsatzbereit ist. So hat der Krieg in der Ukraine die Europäer davon überzeugt, generell mehr in Verteidigung und *Hard Power*-Kapazitäten zu investieren.

Deutschland, das erstmals anstrebt, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu erreichen, und 100 Milliarden Euro zusätzlich in die Bundeswehr investieren will, ist diesbezüglich das vielleicht spektakulärste Beispiel. Wie und wofür die neuen Gelder konkret eingesetzt werden, ist zum Teil noch offen. Doch ein strategisch agierendes Deutschland, das seine eigenen Sicherheitsinteressen schützt, wird nicht umhinkommen, einen Teil der Ressourcen mit Blick auf künftige Konfliktszenarien im Indo-Pazifik einzusetzen. Spätestens Pekings Unterstützung für Moskaus Angriffskrieg verdeutlicht, was viele Staaten im Indo-Pazifik bereits wissen: China ist kein verlässlicher Partner für Europa und könnte – im Gegenteil – mittelfristig zu einem sicherheitspolitischen Problem werden. Die lange Zeit nicht hinterfragten chinesischen Investitionen in kritische europäische Infrastruktur – insbesondere in Schifffahrts-terminals, Versorgungseinrichtungen und Telekommunikationsnetze – bieten eine hervorragende Plattform für das Sammeln vertraulicher Informationen und machen Europa anfällig für Cyberangriffe, wie Beispiele aus Australien zeigen.⁷

Neben diesen direkten sicherheitspolitischen Risiken in Europa bestehen im Indo-Pazifik indirekte Gefahren für europäische Sicherheitsinteressen. In diesem Kontext wird sich Europa künftig eingehender mit dem

Schicksal Taiwans beschäftigen müssen. Offiziell verfolgt Europa eine Ein-China-Politik und betrachtet Taiwan nicht als unabhängigen Staat. Daher ist es wenig verwunderlich, dass sich viele europäische Politiker zu dem umstrittenen Besuch Nancy Pelosi auf der Insel zurückhaltend geäußert haben, denn die Krise um Taiwan wird bisweilen als rein „amerikanisches Problem“ wahrgenommen.

Der Ausfall globaler Lieferketten als Folge einer militärischen Eskalation in der Straße von Taiwan würde jedoch zu einem echten Sicherheitsrisiko für Europa, das in hohem Maße von der taiwanesischen Produktion von Computerchips abhängig ist. Eine Unterbrechung der Zulieferungen hätte fatale Folgen für alle Bereiche der europäischen Wirtschaft und ist damit sehr wohl ein „europäisches Problem“. Insbesondere nach den Erfahrungen der pandemiebedingten globalen Lieferengpässe investiert die Europäische Union deshalb in die Resilienz ihrer Lieferketten. Dies beinhaltet sowohl den Ausbau eigener Kapazitäten und Produktionsstätten als auch die Diversifikation von Handelspartnern zur Reduktion übermäßiger Abhängigkeiten. Zu diesem Zweck hat die Europäische Union ihre Zusammenarbeit mit den USA verstärkt und strebt im Rahmen der Indo-Pazifik-Strategie den Ausbau ihrer Kooperationen mit Australien, Indien, Japan und dem Verband Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN) an.

WERTEORIENTIERTE SICHERHEITSPOLITIK

Der Krieg in der Ukraine hat viele Europäer aus ihrer sicherheitspolitischen Komfortzone gelockt: Um ihre Grundwerte zu verteidigen, waren die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Union bereit, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Unterstützung für ein Land zu leisten, das nicht Teil ihres formellen Bündnissystems ist. Die Kombination aus der Bereitstellung tödlicher Waffen und dem Einsatz umfangreicher Sanktionen als außenpolitischem Instrument könnte sich bei Bedarf auch in anderen Krisenregionen bewähren.

Dass dieses Vorgehen möglicherweise nicht exklusiv auf die Ukraine begrenzt ist, hat Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock deutlich gemacht: „Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China.“⁸ Dies bedeutet nicht, dass die Europäische Union künftig systematisch in militärische Konflikte intervenieren oder ihre Mitgliedstaaten gar militärische Großmächte im Indo-Pazifik sein werden; allerdings ist es ein Hinweis darauf, dass die neue, geopolitisch engagierte Europäische Union in der Lage und willens ist, zu reagieren, wenn sie ihre sicherheitspolitischen Interessen bedroht sieht.

- ¹ Josep Borell: „The EU needs a strategic approach for the Indo-Pacific“, in: EEAS Online Blog, 12.03.2021, www.eeas.europa.eu/eeas/eu-needs-strategic-approach-indo-pacific_en [letzter Zugriff: 10.08.2022].
- ² Statistisches Bundesamt: „EU-Außenhandel: China wird immer wichtiger“, www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Aussenhandel/EU-Handelspartner.html#:~:text=China%20ist%20der%20wichtigste%20Handelspartner,%25%20des%20gesamten%20EU%20Warenverkehrs [letzter Zugriff: 08.08.2022].
- ³ European Commission: „The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific“, 16.09.2021, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/jointcommunication_indo_pacific_en.pdf [letzter Zugriff: 08.08.2022].
- ⁴ Josep Borell: „The EU needs a strategic approach for the Indo-Pacific“, in: EEAS Online Blog, 12.03.2021, www.eeas.europa.eu/eeas/eu-needs-strategic-approach-indo-pacific_en [letzter Zugriff: 10.08.2022].
- ⁵ Frédéric Grare / Manisha Reuter: „Moving closer: European Views of the Indo-Pacific“, in: European Council on Foreign Relations, 13.09.2021, <https://ecfr.eu/special/moving-closer-european-views-of-the-indo-pacific/> [letzter Zugriff: 08.08.2022].
- ⁶ European External Action Service (EEAS): „The EU launches its Coordinated Maritime Presences concept in the Gulf of Guinea“, 25.01.2021, www.eeas.europa.eu/eeas/eu-launches-its-coordinated-maritime-presences-concept-gulf-guinea_en#:~:text=The%20EU%20launches%20its%20Coordinated%20Maritime%20Presences%20concept%20in%20the%20Gulf%20of%20Guinea,-25.01.2021&text=The%20Coordinated%20Maritime%20Presences%20tool,partner%20and%20maritime%20security%20provider [letzter Zugriff: 08.08.2022].
- ⁷ Samuel Stolten: „Von der Leyen: Chinese cyberattacks on EU hospitals ‚can’t be tolerated‘“, in: Euractiv, 23.06.2020, www.euractiv.com/section/digital/news/von-der-leyen-chinese-cyberattacks-on-eu-hospitals-cant-be-tolerated/ [letzter Zugriff: 12.08.2022].
- ⁸ „Baerbock sagt Taiwan Unterstützung bei möglichem Überfall zu“, in: Der Spiegel, 02.08.2022, www.spiegel.de/ausland/annalena-baerbock-verspricht-taiwan-unterstuetzung-bei-moeglichem-ueberfall-durch-china-a-bd14bf74-dddd-4eab-9c09-f7c6d4bc2c4a [letzter Zugriff: 08.08.2022].

Ukraine today – East Asia tomorrow?

Japans eigene „Zeitenwende“ und das Ende
der militärischen Zurückhaltung

RABEA BRAUER

Geboren 1974 in Nordhausen,
Leiterin des Länderprogramms Japan
und des Regionalprogramms Soziale
Ordnungspolitik in Asien (SOPAS) der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Japans Premierminister Fumio Kishida
(*Liberal Democratic Party, LDP*) war der
wohl prominenteste Gast des diesjähri-
gen Shangri-La-Dialogs in Singapur, der

wichtigsten Sicherheitskonferenz in der
Region Asien-Pazifik. In seiner vielzitie-
ren Grundsatzrede stellte Kishida seine
„Vision für Frieden“ vor, eine Art Vertei-
digungsplan, denn Japan fürchtet um
die regelbasierte Ordnung in der Region.
Nicht allein die intensive militärische Ko-
operation zwischen Russland und China
ist eine für den freien und offenen Indo-
pazifik unheilvolle Beziehung, auch die
potenziellen militärischen Konflikte im

Ost- und Südchinesischen Meer verlangen Japans Wehrfähigkeit viel ab. Dennoch will Kishida die internationale Ordnung durch Dialog, nicht durch Konfrontation erhalten. Zugleich fürchtet er, dass sich die Situation in der Ukraine jederzeit in Ostasien wiederholen könnte. In seiner Rede in Singapur prägte er den fast ikonischen Satz „Ukraine today may be East Asia tomorrow“.

Auf diese sich verschärfende Sicherheitslage will Japan vorbereitet sein – mit seiner Fünf-Säulen-Friedensvision. Sie umfasst *erstens* die Verteidigung des freien und offenen Indopazifiks, *zweitens* Stärkung der Streitkräfte und Anhebung des Verteidigungsetats, *drittens* nukleare Abrüstung sowie *viertens* die Reform der Vereinten Nationen inklusive ihres Sicherheitsrats. Die *fünfte* Säule „*Economic Security*“ möchte Kishida als neue Initiative verstanden wissen und verbindet die Notwendigkeit, Volkswirtschaften resilient zu gestalten, mit den Lehren aus den Wirtschaftssanktionen gegen Russland und steigenden Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen wie Behörden und Banken. Der Sicherheitsgipfel in Singapur verdeutlichte, dass es Japan außerdem um Führungsanspruch geht. Die Epoche der historisch bedingten Zurückhaltung ist vorbei. Von Quad (*Quadrilateral Security Dialogue*) bis NATO, von G7 bis G20: Japan demonstriert Stärke und positioniert sich in der Post-Abe-Ära weiterhin als verlässlicher Wertepartner. Dass Japan so wahrgenommen wird, zeigte auch die Teilnahme Kishidas am NATO-Gipfel in Madrid. Dort warb er für intensivere Beziehungen zwischen NATO und dessen „*global partner*“ Japan und plädierte erstmalig für beobachtende Einsätze japanischer Streitkräfte bei NATO-Manövern.

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine im Februar 2022 hat die liberaldemokratische Regierungspartei LDP ihr Konzept für eine umfassendere nationale Sicherheitsstrategie vorgestellt, die darauf abzielt, die drei Schlüsseldokumente – die *National Security Strategy*, die *National Defense Program Guidelines* und das *Medium-Term Defense Force Buildup Program* – grundlegend zu revidieren und den aktuellen Bedrohungsszenarien anzupassen. Der Verteidigungsetat soll innerhalb der nächsten fünf Jahre von einem auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Das würde eine jährliche Aufwendung von elf Trillionen Yen (86 Milliarden US-Dollar) bedeuten – rund ein Fünftel der entsprechenden Ausgaben Chinas.

Obwohl der Verteidigungsetat in den letzten zehn Jahren anstieg, blieben Themen wie die Verfassungsänderung zugunsten der Reform der Streitkräfte, das Konzept der nuklearen Teilhabe als Verteidigungsmöglichkeit oder auch das Zwei-Prozent-Ziel für erhöhte Wehrausgaben Gift für die Werbung um Wählerstimmen. Das pazifistisch gesinnte Japan wollte lange Zeit glauben, dass ihm ohne eigene Mobilisierung niemand zur Bedrohung werden kann. Der Krieg in der Ukraine hat diese Komforthaltung binnen kürzester Zeit zerstört. Vor den Oberhauswahlen im Juli 2022 rückte die Verteidigungsfähigkeit des Landes sogar in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Das deutliche Wahlergebnis zugunsten der LDP hat bewiesen, was Umfragen vermuten ließen: Die Zustimmung in der Bevölkerung etwa zu einem höheren Wehretat wächst, genährt aus dem Gefühl der Sorge und Unsicherheit.

Zum einen rüttelt der Ukraine-Krieg am Selbstverständnis Japans, denn das

Land sieht die Grundlagen der internationalen Ordnung nicht allein in Europa, sondern auch in Asien erschüttert. Das Verteidigungsministerium analysiert Putins Kriegsführung deshalb sehr genau. Seine Taktik und das eingesetzte Material sollen Japan über mögliche Angriffsszenarien im Indopazifik Aufschluss geben. Die Regierung ist in ihrem jahrzehntelangen Territorialstreit mit Russland folgerichtig zu einer harten Haltung zurückgekehrt und hat in ihrem jährlichen außenpolitischen Bericht ausdrücklich festgeschrieben, dass vier nördliche Inseln – als inhärenter Bestandteil japanischen Territoriums – von Russland illegal besetzt sind. Seit 2011 hat es diesen Wortlaut im *Diplomatic Bluebook*, dem vom japanischen Außenministerium veröffentlichten Jahresbericht über Japans Außenpolitik und Aktivitäten, nicht mehr gegeben.

Zum anderen sieht sich Japan an seinen Grenzlinien massiv bedroht. In regelmäßigen Abständen umfahren russische und chinesische Kriegsflotten den japanischen Archipel oder halten sich in der Taiwanstraße auf, die ebenfalls an japanisches Territorium grenzt. Im Juni 2022 präsentierte Peking keine 500 Kilometer von Tokio entfernt seinen Lenkwaffenzerstörer „Lhasa“, Chinas stärkstes Kriegsschiff. Nordkorea führte unterdessen insgesamt 31 Mittelstreckenraketenstarts in den vergangenen Monaten durch (im Vergleich zu acht Tests im Vorjahr). Den siebten Kernwaffentest erwarten Expertinnen und Experten noch in diesem Jahr.

Die einst ambivalente Haltung gegenüber Russland und China hat Premierminister Kishida trotz der Abhängigkeit von Russlands Gas und der umfangreichen

Handelsbeziehungen zur Volksrepublik aufgegeben und so Japans eigene „Zeitenwende“ eingeläutet, die auch Taiwan umfasst. Im *Weißbuch der Verteidigung* (Juli 2022) nehmen Taiwans Verteidigungskapazitäten erstmals ein eigenes Kapitel ein. Freie Wege in der Taiwanstraße sowie ein stabiles Taiwan sind für Japans eigene Sicherheit essenziell – aus militärischer und aus ökonomischer Sicht. Starke Proteste aus Peking folgten auf dem Fuße. Die Reaktionen darauf in Taipeh und Tokio sind erstaunlicherweise deutlich entspannt – Zeitenwende einmal anders.

Mit der Ermordung des ehemaligen Premierministers Shinzo Abe im Juli 2022 wird auch sein Vermächtnis der über Jahre forcierten Verfassungsänderung unter anderen Vorzeichen diskutiert. Durch das komfortable Wahlergebnis der LDP im Juli 2022 hat die Erweiterung des umstrittenen Artikel 9 (Mandatserweiterung und Neupositionierung der Selbstverteidigungskräfte) erstmals genügend Rückhalt im Parlament. Abe hatte bereits vor Jahren auf die Bedrohungslagen im Indopazifik aufmerksam gemacht und die Vision des *Free and Open Indo-Pacific* (FOIP) entworfen.

FOIP ist heute viel mehr als die robuste Antwort auf Chinas machtpolitische Ambitionen im Indopazifik. Das strategische Konzept ist eine Einladung an gleichgesinnte Staaten, inklusiv für Sicherheit, Freihandel und Prosperität in der Region einzustehen. Auch Deutschland hat sich dieser Einstellung mit seiner „Strategie für den Indo-Pazifik“ von 2019 angeschlossen. Und so ist Kishidas *Vision for Peace* die konkrete und notwendige Weiterentwicklung, um Japan durch die eigene „Zeitenwende“ zu navigieren.

Aufbruchstimmung

Über die Einsatzbereitschaft der Truppe, ihre Modernisierung und das Engagement im Indo-Pazifik

EBERHARD ZORN

Geboren 1960 in Saarbrücken, General des Heeres der Bundeswehr, seit 2018 16. Generalinspekteur der Bundeswehr.

Herr General, Sie sind seit 2018 Generalinspekteur der Bundeswehr. Als ranghöchster Soldat sind Sie truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldatinnen und Soldaten. Wie ist die Stimmung in der Truppe?

Eberhard Zorn: Ich versuche, so häufig wie möglich bei der Truppe zu sein. Gerne

auch unangekündigt, damit ich einen unverfälschten Einblick bekomme. Dies ist wesentlich für meine Arbeit, ich muss wissen, wo bei unseren Soldatinnen und Soldaten der Schuh drückt. Grundsätzlich ist die Stimmung in der Truppe gut. Die Entscheidung zum Sondervermögen sowie der steigende Haushalt in den vergangenen Jahren haben unsere Frauen und Männer positiv aufgenommen. Es herrscht Aufbruchstimmung! Dabei bedrückt uns alle der Krieg in der Ukraine. Wichtig ist, dass nun weitere Verbesserungen schnell



Foto: © Bundeswehr / Sebastian Wilke

bei der Truppe ankommen. Stichwort: persönliche Ausrüstung. Aber sicherlich gibt es auch Herausforderungen. Viele unserer Liegenschaften sind in die Jahre gekommen. Häufig hängen wir dem ursprünglichen Renovierungsplan deutlich hinterher. Hier müssen wir die Prozesse weiter straffen und bürokratische Hürden abbauen.

Sie haben Ihre militärische Laufbahn noch im Kalten Krieg im Juli 1978 an der Artillerieschule in Idar-Oberstein begonnen. Wie hat sich Ihre Arbeit seither verändert?

Eberhard Zorn: Niemand kontrolliert morgens mehr, ob ich mein Bett auch ordentlich gemacht habe. Nein, Spaß beiseite. Ich habe natürlich während meiner Dienstzeit miterlebt und auch mitgestaltet, wie sich die Aufträge, die unser Par-

lament der Bundeswehr gegeben hat, gewandelt und erweitert haben. Die erste Dekade meiner Dienstzeit fand im Kalten Krieg statt. Vieles, was ich damals als junger Offizier gelernt habe, ist jetzt wieder das Tagesgeschäft unserer Frauen und Männer. Ich habe die Wiedervereinigung erlebt und die Integration der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr. Ab den 1990er-Jahren kamen dann die Auslandseinsätze hinzu und in der Folge des 11. Septembers 2001 der Afghanistan-Einsatz. Gerade Afghanistan hat unsere Frauen und Männer geprägt. Es ist daher wichtig, dass wir diesen Einsatz in seiner Gesamtheit im Bundes-tag aufarbeiten werden.

Seit der Annexion der Krim 2014 fokussieren wir uns wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung, wenngleich die Front jetzt 1.000 Kilometer weiter östlich liegen würde. Bei all den Dingen, die sich

in unserer täglichen Arbeit geändert haben, ist eines gleich geblieben. Das sind die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten dürfen. Seit jeher war mir ein wertschätzender Umgang mit den Frauen und Männern, die ich führen durfte, sehr wichtig. Egal, wo Sie in einer Hierarchie stehen, man sollte nie vergessen, wo man herkommt!

Als Generalinspekteur sind Sie auch für die Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung zuständig. Inwieweit ist die Truppe einsatzbereit?

Eberhard Zorn: Die Bundeswehr hat stets die an sie gestellten Aufgaben erfüllt. Dies wird sich auch nicht ändern. Allein bis Ende 2024 stellen wir jedes Jahr circa 15.000 Soldatinnen und Soldaten für die schnelle Eingreiftruppe der NATO bereit. Wir verstärken gerade unsere Kräfte in Litauen um eine Kampftruppenbrigade. Truppenteile der Brigade werden abwechselnd nach Litauen verlegt, um dort gemeinsam mit den litauischen Streitkräften sowie unseren Partnern zu trainieren. Hinzu kommt unser dauerhaft stationierter Gefechtsverband. Wir haben Patriots und Infanteriekräfte in die Slowakei verlegt. In Estland und Polen schützen unsere Eurofighter den Luftraum. Die Marine hat zusätzliche Schiffe in die Ost- und Nordsee entsandt. Zudem haben unsere Frauen und Männer während der Pandemie, nach den furchtbaren Überschwemmungen letztes Jahr im Ahrtal oder dieses Jahr bei den zahlreichen Waldbränden geholfen. Deutschland kann sich auf seine Bundeswehr verlassen.

Die Bundesregierung stellt ein schuldenfinanziertes Sondervermögen von

100 Milliarden Euro bereit. Ist das ausreichend für eine nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr?

Eberhard Zorn: Das Sondervermögen ermöglicht es uns, Beschaffungsprojekte gleichzeitig zu realisieren, die wir sonst aufgrund des Haushaltszwanges zeitlich gestaffelt hintereinander hätten angehen müssen. Die Bundeswehr braucht eine inflationsbereinigte nachhaltige Finanzausstattung, die sich am Zwei-Prozent-Ziel der NATO ausrichtet. Das Sondervermögen muss daher immer mit dem Verteidigungshaushalt gemeinsam betrachtet werden. Ich gehe davon aus, dass dies auch der Fall sein wird, wenn die Mittel aus dem Sondervermögen aufgebraucht sind. Die Politik hat uns mit dem Sondervermögen und den verbesserten Rahmenbedingungen bei der Beschaffung den notwendigen Rahmen für eine Modernisierung der Truppe geschaffen.

Die Bundeswehr soll sich nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine nun wieder auf die Bündnis- und Landesverteidigung konzentrieren. Seit längerem schon haben Sie eine sogenannte Kaltstartfähigkeit der Bundeswehr gefordert. Was ist damit gemeint?

Eberhard Zorn: Seit den 1990er-Jahren war die Bundeswehr vornehmlich in Stabilisierungseinsätzen eingesetzt. Unsere Strukturen hatten wir dahingehend angepasst. Dies war einerseits dem durch das Parlament gegebenen Auftrag geschuldet, andererseits zwangen uns die beschränkten haushälterischen Mittel dazu. Wir waren planbar einsatzbereit. Ein Truppenteil hat sich gezielt auf seinen vorgeplanten Einsatz vorbereitet. Eine ad hoc auftretende

Bedrohung war wenig wahrscheinlich – spricht ein Angriff auf das Bündnisgebiet der NATO. Dies hat sich seit der Krim-Annexion und vor allem seit dem 24. Februar 2022 geändert. Wir brauchen wieder voll ausgestattete und komplett ausgebildete Großverbände, die wir ohne lange Vorbereitungszeit an die Front verlegen können. Sie müssen kaltstartfähig sein.

Den größten Anteil des Sondervermögens erhält die Luftwaffe mit 33,4 Milliarden Euro, das Heer hingegen nur 16,6 Milliarden Euro. Der Modernisierungsbedarf beim Heer ist wesentlich größer. Wann und wie soll dort nachgesteuert werden?

Eberhard Zorn: Da muss ich kurz einhaken. Die einzelnen Titel des Sondervermögens sind Dimensionen zugeordnet und nicht den Teilstreitkräften. Es geht ein Gros an die Dimension Luft und nicht an die Luftwaffe. In der Dimension Luft sind zum Beispiel auch neue Seefernaufklärer für die Marine subsumiert. Die Investitionen für die Digitalisierung des Heeres sind wiederum in der Dimension Führungsfähigkeit des Sondervermögens abgebildet. Richtig ist aber auch, dass neue Flugzeuge, Hubschrauber oder Schiffe meistens deutlich teurer sind als ein Schützenpanzer.

Die einzelnen Projekte des Sondervermögens sind mit allen Inspektoren abgestimmt, und das Heer kommt gewiss nicht zu kurz. General Mais wird ab diesem Herbst beginnen, das Heer umzugliedern. Ähnlich den US-amerikanischen Stryker-Brigaden plant er, Teile des Heeres auf die Räder zu bringen. Er schafft damit eigenbewegliche Kräfte, die sich bei einer Alarmierung schnell selbst beispiels-

weise ins Baltikum oder nach Polen verlegen können. Mais will dazu einige Marder-Verbände zukünftig mit Boxern und nicht mit dem Schützenpanzer Puma ausstatten.

Die Bundeswehr hat derzeit 178.000 Soldatinnen und Soldaten. Ist dieser Umfang für die bevorstehenden Aufgaben ausreichend?

Eberhard Zorn: Derzeit dienen etwa 183.000 Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr. Unser Ziel ist es, dass wir in den kommenden Jahren auf 203.000 Frauen und Männer aufwachsen. Die demografische Entwicklung müssen wir dabei im Auge behalten.

Die Landesverteidigung stützt sich auch auf Panzerverbände. Von einst sechs Panzerdivisionen im Kalten Krieg sind nur noch zwei übrig geblieben. Wird sich dies mittelfristig ändern?

Eberhard Zorn: Die Landes- und Bündnisverteidigung fordert die Bundeswehr in allen Dimensionen. Luft-, See- und Landstreitkräfte ergänzen sich. Hinzu kommt die Bedrohung durch Cyberangriffe. Eine reine Fokussierung auf das Heer ist zu kurz gesprungen. Auch während des Kalten Krieges war die Bundeswehr nicht in der Lage, das Territorium der Bundesrepublik Deutschland allein zu verteidigen. Dies hätten wir immer gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten getan.

Wie sehen Sie in Zukunft das Engagement der Bundeswehr im Ausland? Derzeit sind 2.000 bis 2.500 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen gebunden.

Eberhard Zorn: Wir haben stets unsere Einsatzverpflichtungen erfüllt, egal ob im NATO-, EU- oder UN-Rahmen. Solange unser Parlament uns in die Einsätze schickt, werden wir dort abgestimmt mit unseren Partnern unseren Auftrag erfüllen. In vielen Einsätzen bringen wir ja nicht nur Personal ein, sondern auch Hochwertfähigkeiten, die wesentlich sind für den Missionsauftrag. Bei MINUSMA stellen wir beispielsweise mit unseren Transporthubschraubern eine solche Komponente.

Russland bedroht Europa mit in Kaliningrad stationierten Iskander-Raketen, die auch nuklear bestückt werden können. Brauchen wir einen Raketen-schutzschirm?

Eberhard Zorn: Ich hoffe nicht, dass wir ihn jemals einsetzen werden. Aber wir werden ein entsprechendes System beschaffen, das dann in die integrierte Luftverteidigung der NATO entlang der Ostflanke eingebunden wird.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den sicherheitspolitischen Fokus auf Europa gelenkt. Wie sehen Sie die Herausforderungen für die NATO und die Bundeswehr im Indo-Pazifik?

Eberhard Zorn: Ich denke, es ist wichtig, dass wir unseren Wertepartnern in der Region zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen. Letztes Jahr haben wir erstmals seit zwanzig Jahren eine Fregatte in die Region entsandt. Dieses Jahr beteiligt sich die Luftwaffe mit sechs Eurofightern, Tank- und Transportflugzeugen an einer Übungsserie in Australien. Besuche in Japan und Südkorea stehen ebenfalls auf

dem Programm. Für das kommende Jahr plant das Heer, sich an einer Übung in Australien zu beteiligen, und für das Jahr darauf planen wir, einen Flottenverband in die Region zu entsenden.

Eines muss klar sein: dass ein größerer Nachbar einen kleineren angreift, darf keine Nachahmer finden.

Abgesehen von den Faktoren Mensch, Material und Munition: Für eine nachhaltige „Zeitenwende“ braucht es auch ein unverkrampftes Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bevölkerung. Wie kann dies verbessert werden?

Eberhard Zorn: Die Bundeswehr ist aus der Fläche verschwunden. Soldatinnen und Soldaten gehören in manchen Regionen nicht mehr zum Alltagsbild. In anderen Landstrichen sind sie seit Jahrzehnten fest verwurzelt im gesellschaftlichen Leben. Mit dem Bahnfahren in Uniform und gerade auch mit den Amtshilfeeinsätzen in der Pandemie kamen viele Menschen in unserem Land wieder in Berührung mit der Truppe. Und sie haben gesehen, dass man sich auf uns verlassen kann. Sicherlich haben die furchtbaren Bilder aus der Ukraine der vergangenen Monate das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Streitkräften geändert. Gleichwohl hatte ich nie das Gefühl, dass das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bevölkerung verkrampft sei. Wir sind schließlich Teil der Gesellschaft. Wir sind Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform.

Die Fragen stellte Ralf Thomas Baus schriftlich am 8. August 2022.

Mehr Autonomie, aber wie?

Sicherheitspolitische Perspektiven für Deutschland,
Frankreich und die Europäische Union

HARDY OSTRY

Geboren 1970 in Ziegenhain,
Leiter des Europabüros Brüssel
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

LUKAS WICK

Geboren 1997 in Zams (Österreich),
Referent im Europabüro Brüssel
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ADRIEN AYRINHAC

Geboren 1998 in Ostfildern,
Referent im Europabüro Brüssel
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat schwerwiegende Konsequenzen für die europäische Sicherheitsarchitektur. Sowohl die Europäische Union (EU) als auch die NATO stellen infolgedessen die Weichen für die Zukunft neu und reagieren mit Strategiepapieren – die Europäische Union mit dem „Strategischen Kompass“. Der russische Angriffskrieg hat an vielen, scheinbar in Stein gemeißelten Standpunkten der europäischen Sicherheitspolitik gerüttelt und die Grenzen des politisch Möglichen erweitert. Während die deutsche Sicherheitspolitik vor dem 24. Februar 2022

maßgeblich vom *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr* von 2016 geprägt war, forderte der Ukraine-Krieg nun eine tiefgreifende Neuausrichtung.

Frankreich ist seit Kriegsbeginn von der Linie abgerückt, dass die NATO „hirntot“ sei und die Europäische Union eine eigene Armee benötige. Die von Emmanuel Macron bereits 2017 geforderte Stärkung der europäischen Verteidigung in Komplementarität zur NATO hat hingegen neuen Aufwind erfahren. Zuletzt wiederholte Frankreich diese Zielsetzung in seinem Programm für die europäische Ratspräsidentschaft.

Ähnliche Entwicklungen sind festzustellen, wenn man die Versionen des „Strategischen Kompasses“ auf EU-Ebene vergleicht: Während Russland in den Entwürfen *vor* Kriegsbeginn kaum eine Rolle spielte oder sogar als potenzieller Wirtschaftspartner Erwähnung fand, wurden die von Russland ausgehenden Gefahren in der finalen Version *nach* Kriegsbeginn zum zentralen Thema gemacht und das Land als Gegner der westlichen Wertestruktur definiert.

Die Ampelkoalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag vor Kriegsbeginn angekündigt, eine neue, umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorzulegen. Während diese Ankündigung mit Leben gefüllt werden muss, steht außer Zweifel, dass sich die inhaltlichen Vorhaben seit Kriegsbeginn massiv verschoben haben. Die Verteidigung der eigenen Grenzen wird künftig einen zentralen Stellenwert haben, auch wenn Auslandsmissionen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus nicht ausgesetzt werden. Ankündigt ist außerdem, dass die bundesdeutsche Außenpolitik fortan den Begriff „Sicherheit“ anders definieren wird und darunter nicht mehr „nur“ den Schutz vor Krieg und Gewalt versteht, sondern auch den Schutz von Demokratie, Leben und Freiheit – inklusive Klimaschutz.

„SOFT POWER“ PLUS „HARD POWER“

Fraglich bleibt allerdings, ob alle Beteiligten der Ampelkoalition verstanden haben, dass die Ausrichtung auf *Soft Power* nicht länger das Mittel der Wahl sein kann. Erstmals muss der deutsche Ansatz der Diplomatie-basierten Außenpolitik, den die Bundesrepublik auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union präferiert hat, hinterfragt und durch einen *Hard Power*-Ansatz ergänzt werden. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss in Zukunft auch wieder militärisch gedacht werden. Damit würde Deutschland zugleich einer französischen Forderung entsprechen, die dort seit fünf Jahren formuliert wird: Die Europäische Union müsse sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die Parteien der Ampelkoalition scheinen sich diesem Ansatz zwar nicht vollends verschlossen zu haben, zögern aber, wenn es um die konkrete Umsetzung geht.

Die verzögerten Waffenlieferungen an die Ukraine sind ein mahnendes Beispiel der deutschen Zaghaftigkeit.

Dabei sollte es gerade jetzt ein strategisches Anliegen Berlins sein, die Situation für eigene Interessen zu „nutzen“ und zum Beispiel Deutschlands Rolle in der NATO zu stärken, jetzt, wo die Nordatlantische Allianz so relevant ist wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr, und zu einem Zeitpunkt, an dem sich Frankreich ebenfalls zu ihr bekennt und ihre grundlegende Bedeutung anerkennt. Es wäre eine gute Gelegenheit, um den EU-Stuhl am NATO-Tisch, also die Beteiligung der Europäischen Union (als Nicht-Mitglied) an NATO-Maßnahmen, zu vergrößern und Abhängigkeiten von den USA zu verringern. Stattdessen verspielt Deutschland durch Zögern und Abwarten viel.

Der Krieg in der Ukraine erinnert daran, dass das Friedensideal, das durch die europäische Integration erreicht wurde, ein zerbrechliches und gefährdetes Gut ist. In diesem Zusammenhang wurde die Realität einer europäischen Verteidigung ins Spiel gebracht; zumindest die Notwendigkeit, die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten zu harmonisieren. So plädieren einige Mitgliedstaaten dafür, in Brüssel einen Dialog über die Schaffung eines europäischen militärischen Ankers in der NATO zu eröffnen, die den amerikanischen Verbündeten entlasten und die europäische Autonomie erhöhen soll.

NICHT KONKURRENZ, SONDERN ERGÄNZUNG ZUR NATO

Die Frage, die sich nun stellt, betrifft die potenzielle Koexistenz einer europäischen Verteidigung und der NATO. Obwohl die „Berlin-plus“-Vereinbarungen von 2003 die Grundlagen für eine EU-NATO-Zusammenarbeit markieren, gelingt es ihnen nicht, die Gräben zu überwinden und den Bedürfnissen der Partnerstaaten gerecht zu werden. Die Realität ist, dass die Verbündeten in dieser Frage viel zu gespalten sind, um mehr als bloße Grundsatzserklärungen hervorzubringen.

Präsident Macron forderte in seiner Rede 2017 eine „ständige strukturierte Zusammenarbeit, die es uns ermöglicht, größere Verpflichtungen einzugehen, gemeinsam voranzukommen und uns besser zu koordinieren“. Obwohl sich einige Regierungen der Europäischen Union querlegten, beispielsweise Berlin, nutzte Macron die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs, um die europäische Verteidigungspolitik zu beschleunigen. Durch das Erbe Charles de Gaulles hatten die Franzosen lange ein gespaltenes Verhältnis zur NATO und der mit der Bündnismitgliedschaft einhergehenden Abhängigkeit von den USA, die Frankreich durch eine europäische Verteidigung reduzieren will. Jedoch erachtet die heutige französische Regierung eine kollektive europäische Verteidigung nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zur NATO.

Laut Alain Lamassoure, Europa-Minister unter François Mitterrand und Jacques Chirac, müsse über eine gemeinsame Außenpolitik gesprochen werden, bevor man eine gemeinsame europäische Verteidigung erörtert. Lamassoure zufolge wäre es ein riesiger Schritt in Richtung einer gemeinsamen Außenpolitik, wenn Frankreich, das als einziges Mitglied der Europäischen Union einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, diesen Platz an die Europäische Union beziehungsweise an den Europäischen Rat abtreten würde.

Das Projekt einer europäischen Verteidigung hat dann Chancen, umgesetzt zu werden, wenn dies in Komplementarität zur NATO geschieht. Auch wenn die USA andere militärische und geopolitische Interessen hegen, bleibt das Nordatlantische Bündnis ein Pfeiler für die transatlantischen Beziehungen, die seit 1945 den Frieden gesichert haben.

EUROPÄISCHE DIFFERENZEN

Die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich werden unter den aktuellen, veränderten Voraussetzungen zunehmend sichtbar. Während Deutschland auf EU-Ebene lange als Zugpferd auftrat und dabei nicht selten schwierige Kompromisse unter den EU27 aushandelte, fällt es nun öfter als bremsendes Element in der politischen Willensbildung zum Beispiel im Europäischen Rat auf. Die Europäische Union hat in ihrem Strategischen Kompass klar definiert, dass sie in Komplementarität zu Partnerorganisationen und dabei insbesondere zur NATO handeln und ihre strategische Autonomie und Rolle in der Welt stärken wolle. Deutschland und Frankreich haben diese Position mitgetragen, wenngleich dieses Bestreben eher der Position der französischen Ratspräsidentschaft zuzuordnen sein dürfte.

Auch das Strategische Konzept der NATO, das die Allianz mit konkreten Etappen und Zielen an die neuen Gegebenheiten anpassen soll, wurde von den beiden europäischen Schwergewichten unterstützt. Die Bundesregierung will das Zwei-Prozent-Ziel der NATO unter anderem mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro erreichen. Frankreich hingegen erreicht dieses Ziel bereits seit einigen Jahren. Wenn es jedoch um die effektive Umsetzung dieser Vorhaben geht, sollte ein generelles Umdenken stattfinden, denn insgesamt haben weder Frankreich noch die Bundesrepublik oder die übrigen EU-Staaten wirklich viel dafür getan, dass sich die Europäische Union bislang in der Außenpolitik aus ihrer oftmals zu beobachtenden Manövrierunfähigkeit befreien könnte. Besonders bei der Verabschiedung des letzten EU-Sanktionspakets, das erstmals auch den russischen Energiesektor betreffen sollte, wurde deutlich, wie simpel es derzeit ist, eine Entscheidungsfindung im Europäischen Rat zu blockieren oder aufzuweichen, um eigene politische Interessen durchzusetzen.

Hinzu kommt, dass Deutschland seinem großen Nachbarn zwar quantitativ überlegen ist, wenn es um die Lieferung von Waffen geht, und auch finanziell einen größeren Beitrag zu den EU-Hilfeleistungen für die Ukraine geleistet hat, Frankreich jedoch zwischenzeitlich schwere und moderne Waffen lieferte, während in Deutschland über Waffenart und Lieferzeitpunkt noch weiter gestritten wurde. Teilweise liegt das an fehlenden Kapazitäten der Bundeswehr, die wiederum darauf zurückzuführen sind, dass die Europäische Union vermutlich über die größte Ausprägung an grundverschiedenen Waffensystemen in der westlichen Hemisphäre verfügt und ihrer Rolle als „norm setter“ in diesem Bereich bisher nicht gerecht wurde. Wenn sie allerdings verteidigungspolitisch an Boden sowie an strategischer Autonomie gegenüber den USA gewinnen möchte, ist es höchste Zeit, dass die Rüstungsindustrien in Deutschland, Frankreich und in der Europäischen Union insgesamt an gemeinsamen Systemen und Standards arbeiten. So könnten Lieferketten harmonisiert, Anforderungen an Zulieferer vereinfacht und Kosten reduziert werden.

Über die regelmäßigen außenpolitischen Blockaden im Europäischen Rat hinaus wäre eine wesentlich gesteigerte Kooperation in der Rüstungsindustrie einer der Kernpunkte, in denen sich die Europäische Union besser und effizienter aufstellen müsste. Der Anfang einer verbesserten internen und externen Abstimmung war festzustellen, als die EU-Staaten in ungewohnter Einigkeit die Europäische Friedensfazilität, ein seit 2021 bestehendes globales Instrument zur Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen mit militärischen Bezügen, nutzten, um die Ukraine mit Verteidigungsmitteln auszustatten. Hierbei fand laut Experten vermutlich ebenfalls zum ersten Mal eine enge und effiziente Abstimmung mit der NATO statt. Dieses Vorgehen sollte in Zukunft Grundlage für jedes sicherheits- und verteidigungspolitische Vorhaben auf EU-Ebene sein. Nur so könnte es der Europäischen Union auch gelingen, ihren Einfluss innerhalb der NATO langfristig und effektiv zu steigern und dafür zu sorgen, dass europäische Interessen jenseits des großen Teichs größere Beachtung finden.

NEUPOSITIONIERUNG DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN MOTORS

Die Bundesrepublik und Frankreich müssen in absehbarer Zeit wieder ihrer Rolle als Zugpferde der Europäischen Union gerecht werden, damit sie insgesamt ihre Ziele hinsichtlich der strategischen Autonomie erreichen kann. Eine gesteigerte Kooperation in Rüstungsangelegenheiten, die Aufwertung und Deblockierung der EU-Außenpolitik sowie eine Neupositionierung des deutsch-französischen Motors als Antrieb der Europäischen Gemeinschaft werden unerlässlich sein, wenn die Europäische Union ihre neugesteckten sicherheitspolitischen Ziele erreichen und langfristig bestehen will.

Der Europäischen Union den französischen Platz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu übertragen, ist ein gut gemeinter Ansatz, wobei erst die außenpolitische Lähmung im Europäischen Rat beseitigt werden müsste, damit diese Idee Früchte tragen kann. Jedenfalls würde der Europäischen Union dadurch unweigerlich eine größere Rolle in der Weltpolitik zuteil, die ihr bei der Umsetzung ihrer Ziele zugutekommen könnte, sofern sie sich selbst befähigt, diese Rolle auch angemessen und effizient auszufüllen. Sollte dies der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten hingegen nicht gelingen, könnte die russische Invasion in der Ukraine nur der Anfang einer sicherheitspolitisch heiklen Zeit auf dem europäischen Kontinent sein.

Literatur

Auswärtiges Amt: „Auf dem Weg zur Nationalen Sicherheitsstrategie – Der Dialogprozess“, Berlin, 26.07.2022, www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/Nationale_Sicherheitsstrategie/nationale-sicherheitsstrategie/2532862#:~:text=Auf%20dem%20Weg%20zur%20Nationalen%20Sicherheitsstrategie%20%2D%20Der%20Dialogprozess,-Nationale%20Sicherheitsstrategie%2C%20%2%A9&text=Deutschland%20gibt%20sich%20erstmals%20eine,%C3%96ffentlichkeit%20sowie%20Expertinnen%20und%20Experten [letzter Zugriff: 22.08.2022].

Bundesministerium der Verteidigung: Sicherheitspolitik. Ukraine-Krieg: Wie reagiert die NATO?, Berlin, 09.03.2022, www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik#:~:text=Sicherheitspolitik%20ist%20Friedenspolitik.,auch%20von%20der%20Bundeswehr%20unterst%C3%BCtzt [letzter Zugriff: 22.08.2022].

Europäischer Rat: Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt, Brüssel, 21.03.2022, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/ [letzter Zugriff: 22.08.2022].

Lamassoure, Alain: „Tout ce que vous avez toujours voulu savoir sur l'Union européenne sans oser le demander à vos professeurs“, Konferenz im Europarecht, 5. April 2022, Universität de Tours.

NATO: NATO 2022 Strategic Concept, NATO-Gipfel Madrid, 29.06.2022, www.nato.int/strategic-concept/ [letzter Zugriff: 22.08.2022].

Schmid, Martin / Varwick, Johannes: „Perspektiven für die deutsche NATO-Politik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 10/2012, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 23–26, www.johannes-varwick.de/rauf/beitrag-nato-apuz-10-2012.pdf [letzter Zugriff: 22.08.2022].

Ein Jahr danach

Erfahrungen und Lehren aus dem militärischen Afghanistan-Einsatz für die deutsche Sicherheitspolitik

PHILIPP MÜNCH

Geboren 1980 in Schleswig, Projektbereichsleiter „Deutsche Sicherheitspolitik und Bundeswehr“, Forschungsbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.

Rund zwei Monate nach Abzug der Bundeswehr und ihrer Verbündeten aus Afghanistan marschierten die Taliban am 15. August 2021 triumphierend in Kabul ein. Nun war offenkundig, was Unions- und Regierungsfractionen kürzlich im Einsetzungsbeschluss der entsprechenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags formulierten: nämlich, dass „die militärischen und zivilen Stabilisierungs-

maßnahmen [...] nicht zu einer dauerhaften Befriedung des Landes beigetragen haben [...]“.¹ Als wäre das nicht schon genug, folgte mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine gut sechs Monate später der nächste Schock für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Unter dem Druck der Ereignisse erklärte die neue Bundesregierung eine „Zeitenwende“ für die deutsche Sicherheitspolitik. Sie gab damit der von ihren Vorgängern nach der russischen Annexion der Krim 2014 erklärten „Refokussierung“ auf die Landes- und Bündnisverteidigung neuen Auftrieb. Über 100.000 Angehörige der Bundeswehr haben in Afghanistan gedient.

Umso drängender stellt sich die Frage, welche Lehren sich aus den Erfahrungen der Soldatinnen und Soldaten mit dem fast zwanzig Jahre währenden Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan für die neue Lage der deutschen Sicherheitspolitik ziehen lassen.

Es ist von der Forschung noch en détail herauszuarbeiten, welchen konkreten politischen Zweck die insgesamt sechs Bundesregierungen mit der, wie es in dem erwähnten Einsetzungsbeschluss heißt, „sich [...] kontinuierlich ändernden Zielsetzung“ des deutschen Engagements in Afghanistan verfolgten. Am überzeugendsten erscheint derzeit die These, dass es für die Verantwortlichen nachrangig war, etwas Konkretes in Afghanistan selbst zu erreichen. Vielmehr war das Engagement vor allem Mittel zum politischen Zweck, Solidarität mit der Führungsmacht USA zu zeigen und dadurch den Einfluss Deutschlands in den internationalen Beziehungen zu erhalten oder gar zu vergrößern.²

Infolgedessen hatten viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan „starke Zweifel an dem Sinn und Zweck hier“, wie es ein Hauptfeldwebel 2010 in seinem kürzlich edierten Tagebuch formulierte.³ Ein paar Jahre später stimmte in einer Umfrage weniger als die Hälfte der Soldatinnen und Soldaten mit Gefechterfahrung der Aussage zu, dass der Auftrag der Mission sinnvoll gewesen sei.⁴ Hintergrund dafür dürfte gewesen sein, dass die internationalen Truppen fast ausschließlich in Afghanistan operierten. Die Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 waren jedoch nach Beginn der Intervention größtenteils nach Pakistan ausgewichen. Außerdem war der Widerwille insbesondere der traditionellen afghanischen Landbevölkerung gegen eine von der Bundeswehr zu unterstützende, starke Zentralgewalt und westlich geprägte Reformen unübersehbar. Parallel nahm auch die Unterstützung breiterer deutscher Bevölkerungsschichten für das Afghanistan-Engagement ab.

MANTRA EFFIZIENZGEWINN

Aus dieser ungünstigen Konstellation sollten die Verantwortlichen in Außen- und Sicherheitspolitik für die Zukunft die Lehre ziehen, dass es geboten ist, den politischen Zweck eines Unterfangens klar zu benennen und gegebenenfalls in der vielfach geforderten öffentlichen sicherheitspolitischen Debatte zur Diskussion zu stellen. Hier bietet die Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung klare Vorteile. Denn der Schutz von Territorium und Bevölkerung ist für breitere gesellschaftliche Gruppen plausibel und weit weniger umstritten als es die Auslandseinsätze jemals waren. So hat die Einstellungsforschung gezeigt, dass die Bevölkerung weniger die Institution Bundeswehr als konkret ihren Afghanistan-Einsatz kritisch betrachtete.⁵ Die russische Aggression dürfte die Wertschätzung für Landesverteidigung noch einmal verstärken.

Der Einsatz in Afghanistan berührte auch die Erfahrungen der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in der Heimat. Denn in den vergangenen zwanzig Jahren mussten die Verantwortlichen im Bundesministerium der Verteidigung die Anforderungen der Auslandseinsätze bei gleichzeitig fast stetig real sinkendem Haushalt bewältigen. Hierzu strukturierten sie die Bundeswehr mehrfach um. Allgemein folgten sie dabei dem Mantra, Effizienzgewinne zu erzielen, indem sie Funktionen zentralisierten. Weiterhin bestand zwar die ursprünglich auf die Landesverteidigung ausgerichtete Divisions- und Brigadestruktur. Allerdings nutzten die Verantwortlichen sie vor allem dazu, um aus zahlreichen dieser Verbände regelmäßig für vier bis sechs Monate Einsatzkontingente zusammenzustellen, die sie unter anderem nach Afghanistan entsandten.

Für die Angehörigen der Bundeswehr hatten die im Zuge der Strukturreformen erfolgten Standortschließungen oftmals zur Folge, dass sie – teilweise über längere Strecken – pendeln mussten. Dies schwächte ihre persönliche Bindung an die Standorte und deren Bevölkerung. Die Praxis, notgedrungen Einsatzkontingente aus zahlreichen Verbänden und Einheiten und sogar einzelnen Experten zusammenzustellen, schwächte zudem den inneren Zusammenhalt. Bei ausreichender Finanzierung ergibt sich nun die Chance, wieder eine stärker dezentralisierte Struktur aufzustellen, die fachlich auf jeden Fall erforderlich ist, da zur Landes- und Bündnisverteidigung Großverbände in Gänze einsetzbar sein müssen. Dies dürfte auch den äußeren und inneren Zusammenhalt der Truppe stärken.

„KRIEGERHABITUS“ UND TRADIERTE GRUNDSÄTZE

Unabhängig von Zweck und Zielen des deutschen Afghanistan-Einsatzes sammelten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in dem Land zahlreiche Erfahrungen, die über den normalen Dienstbetrieb einer Friedensarmee hinausgingen. Glücklicherweise erlebten die wenigsten, wie es ist, physische Gewalt zu erleiden oder auch selbst auszuüben. Dabei zeigte sich, dass Gewaltpraxis und Gewaltverarbeitung vielfach in den Bahnen historischer Traditionen verliefen. Insbesondere viele Angehörige der Kampftruppe des Deutschen Heeres hatten von mir als „Kriegerhabitus“ bezeichnete Einstellungen ausgebildet, indem sie über Generationen von Soldaten weitergegebene militärfachliche Ideale verinnerlichteten.⁶

Auf der Ebene der höheren Offiziere hatte dies zur Folge, dass diese sich bei der Planung und Führung von Operationen überwiegend an den tradierten Grundsätzen von Landoperationen orientierten. Diese reichten bis ins 19. Jahrhundert zurück und sahen im Kern vor, den Gegner mit möglichst schnellen, am Gelände orientierten Truppenbewegungen zu schlagen. Viele

Angehörige der hierarchisch untergebenen Dienstgrade der Kampftruppe wiederum nutzten ebenfalls weit zurückreichende Sinnsprüche, Symbole und militärische Vorbilder, um Orientierung für den letztendlich lebensgefährlichen Kampf zu erhalten. Auch bei Trauerfeiern für gefallene Kameraden nutzten sie solche symbolischen Formen.⁷

NEUE TAKTISCHE KONZEPTIONEN

Die Strategie, afghanische Aufständische mit hergebrachten Grundsätzen operativer Führung zu bekämpfen, lief jedoch überwiegend ins Leere. Dementsprechend oft war zu vernehmen, dass die Bundeswehr lieber die Methoden der – letztlich jedoch ebenfalls nicht erfolgreichen – angelsächsischen „Counterinsurgency“ übernehmen sollte. Indem viele Offiziere am hergebrachten Vorgehen festhielten, konnten sie allerdings auch die eindeutig besser geeigneten Grundsätze operativer Führung für die Landes- und Bündnisverteidigung gegen staatliche Gegner wie Russland bewahren. Als Lehre ist dennoch festzuhalten, dass es zumindest auf taktischer Ebene völlig zeitlose Grundsätze der Kriegsführung nicht geben kann. Vielmehr sind diese von den Rahmenbedingungen des Konflikts abhängig.

Dies gilt insbesondere für die Kampferfahrung, die einige Tausend deutsche Soldatinnen und Soldaten sammeln konnten. Auch wenn viele von ihnen aufgrund des Endes ihrer Dienstzeit die Bundeswehr inzwischen verlassen haben und so manche unter der Erinnerung leiden, stellt sie einen wichtigen Erfahrungsschatz dar. Dieser wird, ebenso wie die Erfahrungen vorhergegangener Generationen, zumindest die informelle Tradition der Truppe prägen und damit auch indirekt in neue taktische Konzeptionen einfließen. Hierbei darf nicht außer Acht geraten, dass die Bundeswehr ihre Kampferfahrung gegen einen sehr schwachen Gegner erwarb, auch wenn sich die afghanischen Aufständischen im Laufe der Zeit zunehmend professionalisierten. In der Landes- und Bündnisverteidigung steht die Bundeswehr zweifelsohne im Ernstfall einem sehr viel kampfkraftigeren Gegner gegenüber.

Ungeachtet des nachteiligen Ausgangs des Afghanistan-Einsatzes konnten die Angehörigen der Bundeswehr wertvolle Erfahrungen sammeln. Dabei standen sie zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die sich vielfach in dieser Form nicht mehr zu stellen scheinen. Denn nicht nur der politische Zweck der wieder eindeutig im Vordergrund stehenden Landes- und Bündnisverteidigung gegen reguläre Streitkräfte eines feindlichen Staats ist klar, sondern grundlegende Strukturen und Einstellungen der Bundeswehr sind auch passgenauer auf diese Aufgabe abgestimmt.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

¹ Deutscher Bundestag: Drucksache 20/2570, Einsetzung einer Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“, 05.07.2022, S. 2.

² Vgl. Philipp Münch: „Ein paradoxer Krieg. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan“, in: Einsatz ohne Krieg? Hrsg. von Martin Rink und Jochen Maurer, Göttingen 2021 (= Bundeswehr im Einsatz, Bd. 1), S. 151–171, hier S. 155–160.

³ Markus Götz: „Hier ist Krieg“. Afghanistan-Tagebuch 2010, im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, hrsg. von Christian Hartmann, Göttingen 2021 (= Bundeswehr im Einsatz, Bd. 4), S. 193.

⁴ Anja Seiffert / Julius Heß: Leben nach Afghanistan. Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht, Potsdam September 2017, veröffentlicht im Februar 2019, S. 271.

⁵ Meike Wanner: Das Ansehen der Bundeswehr. Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung. Dissertation, Baden-Baden 2019.

⁶ Philipp Münch: Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen, Freiburg i. Br. 2015 (= Neueste Militärgeschichte, Analysen und Studien, Bd. 5), S. 61–66.

⁷ Ebd., Kap. VIII.

Eine Mentalitätsfrage

—
Deutschland benötigt eine (neue) strategische Kultur

PHILIPP DIENSTBIER

Geboren 1990 in Bayreuth, Referent Transatlantische Beziehungen, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Manch einer mag sich verwundert die Augen gerieben haben, als Olaf Scholz in seiner Rede drei Tage nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag einen grundlegenden Kurswechsel in der deutschen Sicherheitspolitik verkündete und mit dem Versprechen aufwartete, eine „leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundes-

wehr“ aufbauen zu wollen. Der Bundeskanzler beendete im gleichen Atemzug die jahrelang schwelenden politischen Debatten um die Ausstattung der Bundeswehr, indem er umstrittene Richtungsentscheidungen ankündigte – etwa die Verteidigungsausgaben über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu heben oder die nukleare Teilhabe durch die Beschaffung amerikanischer F-35-Kampflugzeuge fortzuführen.

Fast konnte man den Eindruck gewinnen, die neue Bundesregierung, allen voran ihr Bundeskanzler mit dem avisierten 100 Milliarden Euro schweren

Sondervermögen, sei durch den Angriffskrieg Russlands mitten in Europa geläutert und entschlossen, endlich den großen Wurf in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu wagen. Doch nach der ersten Euphorie über die von Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“, den anfänglichen Vergleichen mit dem Erbe Helmut Schmidts und dem Staunen über einen scheinbaren strategischen Sinneswandel waren die folgenden Kriegsmomente durch Zögerlichkeit und Mutlosigkeit geprägt.

Während Bündnispartner, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika, die Ukraine mit „schweren Waffen“ unterstützten, sträubte sich Deutschland so lange dagegen, bis es nicht mehr anders ging und auch Deutschland liefern musste. Vom Bundeskanzler bis zur Verteidigungsministerin weigerte sich die Bundesregierung zudem auf groteske Art und Weise, öffentlich zu sagen, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen. Und schließlich blieb Berlin auch bei Absprachen zur Verstärkung der NATO-Ostflanke ein weiteres Mal am unteren Rand dessen, was Verbündete von einem gewichtigen Mitglied wie Deutschland erwarten. Es scheint mitunter, als gebe es seit dem 27. Februar 2022 zwar mehr Geld, aber nicht unbedingt mehr Willen in der deutschen Politik, um eine echte „Zeitenwende“ einzuläuten.

Der nötige Wandel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird sich nur dann vollziehen, wenn auch eine „Zeitenwende“ in der grundlegenden Haltung und Denkweise, dem Mindset, gelingt. Deutschlands strategische Neuaufstellung ist keine finanzpolitische Verteilungsübung, die mit einem Schattenhaushalt abgegolten werden kann, sondern

eine grundlegende Mentalitätsfrage. Wer eine „Zeitenwende“ proklamiert, muss zu einem umfassenden Umdenken bereit sein, das mit der Politik und deutschen Entscheidungsträgern in höchsten Ämtern beginnen und über die „Berliner Blase“ hinaus in die Gesellschaft ausstrahlen muss.

Nach Jahrzehnten einer gemütlich daherkommenden Strategielosigkeit, die sich auf das Einlösen einer Friedensdividende beschränkte und unbequeme Themen – von nuklearer Abschreckung bis hin zu Terrorismusbekämpfung – den USA überließ, benötigt Deutschland nun das, was für unsere Partner von Warschau über Paris bis Washington bereits eine Selbstverständlichkeit ist: eine strategische Kultur. Ohne sie wird die „Zeitenwende“ des Bundeskanzlers ins Leere laufen und außer enttäuschten Erwartungen kaum nachhaltige Veränderungen zurücklassen.

„LEBENSLÜGE“ AUSRÄUMEN

Ausgangspunkt einer strategischen Kultur muss *erstens* die Aufarbeitung der Versäumnisse der Vergangenheit sein. Wenn sogar grüne Politiker inzwischen verkünden, der radikale Pazifismus sei gescheitert, darf sich Deutschland nicht länger der Erkenntnis verweigern, dass die hierzulande zelebrierte Kultur der militärischen Zurückhaltung in ihrer Extremform Autokraten weltweit zu Gewalt und Aggression einlädt. Die Lebenslüge, dass Deeskalation und Diplomatie allein geeignet seien, um Kriege zu verhindern und Frieden zu sichern, muss ein für alle Mal ausgeräumt werden. Anstatt die deutsche Geschichte als Feigenblatt für die eigene

sicherheitspolitische Unwilligkeit zu missbrauchen, sollte der Blick in die eigene Vergangenheit lehren, dass Diktatoren durch Zurückhaltung und Konzessionen zur Aggression eingeladen und Angriffe auf freie und friedliche Gesellschaften meist nur mit militärischer Stärke zurückgeschlagen werden können.

DIE SPRACHE DER MACHT

Zweites Kernelement einer strategischen Kultur ist es, die weltweite Bedrohungslage ernst zu nehmen und die realpolitischen Spielregeln der internationalen Beziehungen nicht zu legitimieren, aber als Realität anzuerkennen. Dass Wladimir Putins wahre Intentionen und die sukzessiven Schritte zur Kriegsvorbereitung trotz Warnungen nicht erkannt wurden, lag nicht zuletzt an der in Deutschland verbreiteten Illusion, dass nicht sein könne, was nicht sein dürfe. Die Wahrheit ist aber, dass militärische Gewalt und Krieg längst wieder auf die internationale Bühne zurückgekehrt sind. Machtpolitik, Abschreckung und Eindämmung prägen die Spielregeln der aufkeimenden globalen Großmachtrivalitäten. Statt dies weiterhin zu verkennen, müssen die deutsche Politik und Öffentlichkeit ihre angelerten Reflexe, hinter jeder Bedrohungsanalyse stets nur grundlose Panikmache zu erkennen und jedem, der für militärische Stärke plädiert, Kriegstreiberei zu unterstellen, ablegen.

Drittens sollte die daraus abgeleitete Schlussfolgerung sein, dass Deutschland und die internationale Gemeinschaft der Demokratien nur dann bestehen, wenn sie sich in Zeiten internationaler System-

konkurrenz gegen die autokratische Bedrohung auch behaupten können. Unsere Freiheit und unser Wohlstand sind nicht möglich ohne Frieden, Stabilität und eine regelbasierte internationale Ordnung. Wenn das Fundament unserer liberalen, demokratischen Gesellschaft angegriffen und internationales Recht mit Füßen getreten wird, ist es in unserem ureigenen Interesse, dieses zu verteidigen. Dazu gehört, die Sprache der Macht zu sprechen, wenn dies gefordert ist, und denen, die mit Gewalt ihre Interessen durchsetzen, mit Härte – auch mit militärischer Härte – zu begegnen.

Eine strategische Kultur muss Abschreckung und Verteidigung als politische Grundaufgabe begreifen und auch wieder internalisieren. Das heißt, dass sich die deutsche Öffentlichkeit mental wieder auf Krieg einstellen muss, um abzuschrecken, frei nach dem Grundsatz *Si vis pacem para bellum* – nur wer auf den Krieg vorbereitet ist, kann den Frieden sichern.

REALISTISCHES SOLDATENBILD

Nur wenn wir sämtlichen Potentaten weltweit glaubhaft machen können, dass wir im Zweifel auch bereit wären, den Kampf aufzunehmen, werden wir sie von dem Einsatz von Gewalt abschrecken und dafür sorgen, dass es tatsächlich nie zum Ernstfall kommt.

In dieser Überlegung liegt der Daseinszweck von Streitkräften in demokratischen Staaten begründet. Dies muss sich auch in einem realistischen Soldatenbild widerspiegeln. Dass die Bundeswehr in Stabilisierungsoperationen unterstützt, bei der Pandemiebekämpfung eingesetzt

wird oder in Naturkatastrophen hilft, ist gut und wichtig. Dies darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass der Kernauftrag des Militärs darin besteht, sich im Gefecht zu behaupten und den Sieg zu erkämpfen. In letzter Konsequenz bedeutet das nichts Geringeres als legitime Gewalt auszuüben, auch unter Einsatz des eigenen Lebens. So unbequem diese Wahrheit auch sein mag – nur, wenn die Regierung dieses Verständnis wieder in Politik, Militär und Gesellschaft verankert, kann die Bundeswehr Landes- und Bündnisverteidigung angemessen gewährleisten.

Nach Jahrzehnten der sicherheitspolitischen Entfremdung wird sich eine neue strategische Kultur nicht einfach von selbst etablieren. Umfragen zeigen jedoch, dass seit dem Kriegsausbruch in der deutschen Öffentlichkeit ein, wenn auch teils zaghaftes, Umdenken stattgefunden hat. War die Unterstützung für amerikanische Atomwaffen in Deutschland beispielsweise vor nicht allzu langer Zeit kaum noch im zweistelligen Prozentbereich, steht heute etwa die Hälfte der Deutschen hinter deren Stationierung. Dies zeigt, dass viele Bürger ein gutes Einfühlungsvermögen in die sicherheitspolitischen Realitäten haben. Die deutsche Politik selbst hinkt hingegen in diesem Punkt hinterher. Doch letztendlich ist es gerade politischer Führungswille, der notwendig ist, um das bisher Dargestellte zu vermitteln und umzusetzen.

Im Nachgang des russischen Überfalls auf die Ukraine hat die Bereitschaft der Politik, sich der strategischen Debatte zu stellen, zwar in Teilen zugenommen. Dass die Außenministerin den Sommer über durch Deutschland reiste, um die im Entwurf befindliche Nationale Sicherheitsstrategie zu erklären und zu debattieren,

ist ein guter Schritt. Tatsächlich kann eine Nationale Sicherheitsstrategie auch als Nukleus für die Etablierung einer strategischen Kultur fungieren. Sie bietet Chancen, mit der Gesellschaft über die Themen Sicherheit und Verteidigung ins Gespräch zu kommen und strategische Grundzüge zu erläutern.

VERANTWORTUNG FÜR DIE KULTURELLE „ZEITENWENDE“

Und doch wird sich eine strategische Kultur nur dann etablieren, wenn diese auch zur Chefsache gemacht wird. Bereits bei den vergangenen Bundesregierungen scheiterte es oftmals an dem Desinteresse der politischen Spitze. Dass 2014 der „Münchener Konsens“, Deutschland müsse sich früher, entschiedener und substanzieller außen- und sicherheitspolitisch engagieren, vom Bundespräsidenten, von der Verteidigungsministerin und dem Außenminister, nicht aber der Bundeskanzlerin verkündet wurde, ist bezeichnend. Auch jetzt wäre Olaf Scholz persönlich gefordert, die „Zeitenwende“ im Mindset selbst anzuführen und auch sein persönliches Schicksal damit zu verknüpfen, statt seine Außenministerin vorzuschicken.

Politische Führung ist unabdingbar, um in Politik und Gesellschaft einen strategischen Wandel durchzusetzen, und nicht zuletzt Spitzenpersonal, das auch bereit ist, politisches Kapital für das Gelingen des Projektes einzusetzen. So banal es klingen mag – ohne dass die Politik an ihrer Spitze die Verantwortung für eine kulturelle „Zeitenwende“ übernimmt, wird Deutschland weiterhin in strategischer Kulturlosigkeit verharren.

„Friedlicher Ritter des Geistes“

Walther Rathenau im Heute-Gestern Stefan Zweigs und anderer

RÜDIGER GÖRNER

Geboren 1957 in Rottweil, Professor für Neuere deutsche Literatur an der Queen Mary University of London und dortiger Direktor des „Centre for Anglo-German Cultural Relations“.

Er ist nicht auf einen Begriff zu bringen: Walther Rathenau (1867–1922), der Vielperspektivist, universell gebildet, wie er war, präzise fokussiert, wenn es darauf ankam, ein patriotischer jüdischer Deutscher, der als Geistesrepublikaner dem Wilhelminismus zu ent wachsen verstand. Er war ein vertrauensvoller

Gesprächspartner für Schriftsteller, Ingenieure, Bankiers, Künstler, Politiker und Wissenschaftler, war ihr geistiger Anwalt; man scheut sich aber vor der Verwendung des Wortes ‚Freund‘ in diesem Zusammenhang. Denn das nietzscheanische „Pathos der Distanz“ gehörte zu seinem Wesen wie das intime Interesse an buchstäblich Allem.

Emil Ludwig (1881–1948), einst gefeierter Biograph, urteilte in seinem Nekrolog auf Rathenau: „Er wusste Porträts zu malen, sein Haus zu zeichnen, Turbinen zu bauen, [...] Fabriken umzustellen, Verse zu schreiben, Staatsverträge zu schließen, die ‚Waldstein‘-Sonate zu spielen.“ Rathenau war der Musensohn unter den Industriellen seiner Zeit, der Logistiker unter den Politikern sowie ein Intellektueller, der auf das setzte, was das späte 18. Jahrhundert „Einbildungskraft“ nannte. In *Ungeschriebene Schriften* befand er 1907: „Die materielle Unternehmenswelt von heute kann nur vorankommen, wenn sie sich von der krassen Bewunderung für das Analytische Denken abwendet, und sich dem Ideal verschreibt.“ Aber welchem ‚Ideal‘? Einer Materialität in geistiger Perspektive. Er war ein Krösus, der dem Mammon abschwor, der materiellen Verblendung, der Anmaßung der Konzerne, die Welt zu regieren, die über alles verfügen, nur nicht über demokratische Legitimation.

John H. Finley, ein amerikanischer Politikwissenschaftler und Journalist für die *New York Times*, führte 1921 ein kurzes Gespräch mit Rathenau, das ihn zeitlebens nicht mehr losließ. Er hatte in ihm das Gegenbild zum Industriemagnaten erkannt, den subtilen Ästheten, dem das Vermitteln angeboren schien. So erging es nicht nur Finley, sondern auch Thomas Mann, Stefan Zweig und wohl auch Edvard Munch, als er Rathenau porträtierte. Betrachtet man dieses Gemälde, dann achte man auf den Schatten an der kahlen Wand, dessen Flüchtigkeit ebenso präsent bleibt wie die intensive Farbigkeit des Porträtierten.

WIDERSTÄNDIGE GESINNUNG

Oft ist sie erzählt worden, die kleine Geschichte ihrer Begegnungen, am aussagekräftigsten von Stefan Zweig selbst. Sie fanden offenbar rasch Gefallen aneinander. Es war, so schien es, Einverständnis auf den ersten Blick: zwischen einem jüdischen Deutschen aus Berlin, Sohn des Gründers der AEG, promoviertem Philosophen, Physiker und Chemiker dazu, sowie dem um vierzehn Jahre jüngeren jüdischen Österreicher aus Wien, Sohn eines Textilfabrikanten, gleichfalls promoviert, und zwar mit einer Arbeit über die Philosophie Hippolyte Taines. Als sie einander im Juni 1907 erstmals begegneten, war der eine, Walther Rathenau, ehemaliger Leiter der Elektro-Chemischen Werke Bitterfeld und Direktoriumsmitglied der AEG, Vorstandsmitglied der Berliner Handelsbank und Berater der kaiserlichen Regierung, umfassend gebildet und Verfasser zahlreicher, am Talmud ausgerichteter literarischer Texte prophetischer Art sowie kulturkritischer Arbeiten; der andere, Stefan Zweig, war auf dem Weg, sich als Lyriker, Erzähler, Dramatiker und Übersetzer französischsprachiger Lyrik, vor allem jener Émile Verhaerens und Paul Verlaines, einen Namen zu machen.

Bekanntlich stellte niemand seine Uhr beharrlicher nach „Sternstunden“ als Stefan Zweig. Und diese erste Begegnung mit Rathenau vermerkte er

als eine solche. Ein reger Briefwechsel war ihr vorausgegangen, nachdem Zweig in Maximilian Hardens Wochenzeitschrift *Die Zukunft*, erschienen 1898 bis 1922, einige unter Pseudonym veröffentlichte Artikel aufgefallen waren und er den Herausgeber nach der Identität dieses Autors gefragt hatte. Zweig selbst gehörte zu Hardens fleißigen Beiträgern. Dieser teils scharf zeitkritisch argumentierende, teils prophetisch sich artikulierende Anonymus hatte es Zweig augenscheinlich angetan. Zweig selbst urteilte fünf Jahre später (1912) in seiner Besprechung von Rathenaus erstem Hauptwerk *Zur Kritik der Zeit*, der Verfasser sei ein „amphibisches Wesen zwischen Kaufmann und Künstler, Tatmensch und Denker [...]. Er baut an der neuen deutschen Kultur, an jenem neuen Deutschland, das in Technik, Dichtung, Architektur und Sitte heute immer deutlicher aus einem Zwischenstadium der alten germanischen Staatskultur und vielen breiten Epochen der Selbstfremdheit entsteht.“

Bei aller Bewunderung für die technische Befähigung Rathenaus interessierte Zweig, dass dieser Industrielle gerade in der fortschreitenden „Mechanisierung des Lebens“ eine „Zwangsorganisation“ erkannte, durch die „menschliche Freiheit“ verkümmere, wie es in Rathenaus Schrift *Von kommenden Dingen* (1917) heißt. Er kritisiert darin überdies die „Publizistik“ als manipulatives Meinungsmonopol, weil sie zum hauptsächlichen „Wahrnehmungszentrum der Gemeinschaft“ geworden sei. „Besitzfreude“ sei zudem „zum irrsinnigen Warenhunger“ verkommen. In der Mechanisierung, so Rathenau, behaupteten sich allein „Zahl und Maß“, wodurch der Mensch eindimensional werde: „Gilt von den Dingen die Abmessung, so gilt vom Handeln der Erfolg; er betäubt das sittliche Gefühl, so wie Messen und Wägen das Qualitätsgefühl verblöden.“ Nein, ein solches Urteil hatte man vom Sohn des AEG-Gründers nicht erwartet; man kann schwerlich umhin, dabei an Stefan Georges berühmtes Diktum „Schon eure Zahl ist Frevel“ („Die tote Stadt“, 1907) zu denken. Und gerade dergleichen widerständige Gesinnung beeindruckte Zweig nachdrücklich.

„DER ANDERE“ SCHLECHTHIN

Es verwundert nicht, dass Rathenau bereits um 1900 – nicht zuletzt durch seine Verbindung zu Harden – literarisch bestens ‚vernetzt‘ war: von Gerhart Hauptmann bis Harry Graf Kessler, der zu seinem ersten Biographen wurde, von Fritz von Unruh bis Ernst Troeltsch, Frank Wedekind, Max Reinhardt und Martin Buber bis zu Carl Sternheim und Hugo von Hofmannsthal. Mit der Berliner Sezession war Rathenau zudem über seinen Onkel mütterlicherseits, Max Liebermann, verbunden. Zum Gegenstand der Literatur wurde Rathenau dann nicht in einer Erzählung Stefan Zweigs oder einer der anderen genannten Autoren, sondern in der ironisch gebrochenen Gestalt des Paul Arnheim in Robert Musils kolossalem Zeitroman *Der Mann ohne Eigenschaften*

(1930), eines unablässig von seelischen Belangen sprechenden „Großschriftstellers“. Als der noch völlig unbekannt Musil in Berlin Rathenau im Januar 1914 anlässlich einer Gesprächsrunde mit dem Soziologen und Volkswirt Werner Sombart über ökonomische Fragen aus nächster Nähe beobachten konnte, notierte er in seinem Tagebuch über den Sohn des AEG-Gründers: „Etwas Negroides im Schädel. Phönikisches. Stirn und vorderes Schädeldach bilden ein Kugelsegment [...].“ Das Typisierende dieser Schilderung, so abstoßend es auf uns in seiner Plumpheit heute wirken mag, vermittelt zumindest eines: Rathenau wurde als etwas dezidiert Fremdes wahrgenommen. Er war *der Andere* schlechthin.

WELTSEITIGER KOSMOPOLITISMUS

Die entscheidende, weitaus inhaltsreichere Ergänzung in seiner frühen Charakteristik Rathenaus lieferte Zweig dann in seinem Erinnerungswerk *Die Welt von Gestern* (1941), wenn er schreibt: „Selten habe ich die Tragik des jüdischen Menschen stärker gefühlt als in seiner Erscheinung, die bei aller sichtlicher Überlegenheit voll einer tiefen Unruhe und Ungewißheit war.“

Nie zuvor und nie seither hat ein jüdischstämmiger Politiker in Deutschland ein so hohes Ministeramt innegehabt mit einem auch nur ansatzweise vergleichbaren Kenntnis- und Erfahrungsreichtum. Kein Politiker in der Weimarer Republik, Gustav Stresemann eingeschlossen, war solchermaßen auf das Amt des Außenministers vorbereitet gewesen. Weltläufig, wie Rathenau war, fügte es sich zudem, dass er bei jener ersten, für Zweig so denkwürdigen Begegnung dem Schriftsteller vorschlug, „Indien und Amerika“ aufzusuchen; denn auch Zweig schickte sich damals an, zum weltkundigsten der deutschsprachigen Autoren zu werden. Zweig gebraucht ein Wort Jean Pauls, um Rathenaus Kosmopolitismus zu kennzeichnen: „weltseitig“. Und er ergänzt: „Wenn man mit ihm sprach, fühlte man sich gleichzeitig dumm, mangelhaft gebildet, unsicher, verworren angesichts seiner ruhig wägenden, alles klar überschauenden Sachlichkeit.“ Dann die Einschränkung: „Aber etwas war in dieser blendenden Helligkeit, in dieser kristallinen Klarheit seines Denkens, was unbehaglich wirkte. [...] Sein Geist war ein genial erfundener Apparat, seine Wohnung wie ein Museum, und in seinem feudalen Königin-Luisen-Schloss in der Mark [*in Bad Freienwalde*] vermochte man nicht warm zu werden vor lauter Ordnung und Übersichtlichkeit und Sauberkeit. Irgend etwas gläsern Durchsichtiges und darum Substanzloses war in seinem Denken.“

Darauf folgt eine Kette von Widersprüchen, die von ihrem Prinzip her gerade Zweig nicht fremd waren, wenn sie auch bei ihm eine andere Ausprägung fanden: „Bei Rathenau spürte ich immer, daß er mit all seiner unermeßlichen Klugheit keinen Boden unter den Füßen hatte. Seine ganze Existenz

war ein einziger Konflikt immer neuer Widersprüche. Er hatte alle denkbare Macht geerbt von seinem Vater und wollte doch nicht sein Erbe sein, er war Kaufmann und wollte sich als Künstler fühlen, er besaß Millionen und spielte mit sozialistischen Ideen, er empfand sich als Jude und kokettierte mit Christus. Er dachte international und vergötterte das Preußentum, er träumte von einer Volksdemokratie und war jedesmal hochgeehrt, von Kaiser Wilhelm empfangen und befragt zu werden [...].“

RASTLOSE TÄTIGKEIT ALS OPIAT

Die rastlose Tätigkeit Rathenaus nennt Zweig ein „Opiat, um eine innere Nervosität zu überspielen und die Einsamkeit zu ertönen, die um sein innerstes Leben lag“, ein Phänomen, mit dem Zweig selbst nur zu vertraut war. Zutreffend sieht er im Zusammenbruch des Kaiserreichs und weniger in der Rohstoffverwaltung während des Ersten Krieges, die ihm oblag, Rathenaus großen Augenblick: als Minister für den Wiederaufbau Deutschlands, die Nachverhandlungen zu den Reparationsforderungen nach dem Versailler Vertrag, etwa mit dem französischen Unterhändler Louis Loucheur, dann auf der Konferenz von Genua, die bereits zu seiner tragisch kurz bemessenen Phase als Außenminister gehörte.

Was Zweig nicht erwähnt: Rathenaus Befürwortung des U-Boot-Krieges sowie, zuvor schon, seine Weigerung, sich öffentlich von der Teilzerstörung von Louvain/Leuven und von Reims durch deutsche Truppen zu distanzieren, was ihm Zweig im Namen von Romain Rolland angetragen hatte. Rathenaus briefliche Antwort vom 24. Oktober 1914 an Zweig und Rolland ließ an enttäuschender Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dieser Brief belegt jedoch, dass Rathenau – in seiner Stellung keine Kleinigkeit – anerkennende Worte für Rollands Arbeit im Genfer Hilfswerk für Kriegsgefangene fand:

„Ihrem Wunsche kann ich leider nicht entsprechen. Es ist mir nur dann möglich, eine Anregung weiterzugeben, wenn ich selbst mich mit ihr identifizieren kann, und dies ist im Falle Rolland unmöglich. Ich bitte Sie, mich daher von Ihrem freundlichen Auftrag zu entlasten. [...] In diesem Kriege wird zu viel geredet und geschrieben. [...] Ich halte es für gänzlich gleichgiltig, was in diesem Zeitpunkt über Löwen, Reims und andere Dinge geschrieben und geredet wird. Die Abrechnung kommt, wenn der Krieg zuende ist, und diese Abrechnung wird eine objektive sein.

Ich könnte nicht leben, wenn ich mir nicht eine Tätigkeit geschaffen hätte, die mir einen Feldzug auf eigene Hand ermöglicht –, den Feldzug der Rohstoffe. [...] Von diesen Erwägungen ist Rollands Tätigkeit für militärische und bürgerliche Gefangene nicht betroffen; die ist dankenswert, aber ich kann nicht dabei mitwirken, denn mein Tag ist bis in die Nacht hinein von Arbeit erfüllt.“

Es scheint, als habe Rathenau durch seine betont deutsch-patriotische Gesinnung versucht, sein jüdisches Kulturbewusstsein zu überspielen; dass er trotz seiner Nähe zum Kaiser und dieser kriegsbereiten Haltung nach 1918 von Rechtsradikalen angefeindet, im Reichstag vor allem durch den Innenstaatssekretär Karl Helfferich als Politiker denunziert wurde, der den Deutschland schmähenden Geist des Versailler Vertrags „erfüllt“ habe, erwies sich als Rathenaus eigentliche Tragik. Aus dem Rufmord wurde der tatsächlich an ihm verübte Mord auf offener Straße im Grunewald – und das in jenem Wagen, in dem er mit Stefan Zweig bei deren letzter Begegnung kurz vor den Verhandlungen in Genua und Rapallo eine halbe Stunde lang „geplaudert“ hatte. Zweig kommentierte: „Tatsächlich war seine geistige Konzentrationsfähigkeit, seine stupende Umschaltelichtigkeit von einer Materie zur andern derart vollkommen, daß er jederzeit im Auto wie in der Bahn ebenso präzise und tief sprechen konnte wie in seinem Zimmer.“

TRIUMPH DER BRUTALITÄT

Zweig hatte zu Recht hinter diesem Anschlag auf den Reichsaußenminister einen Plan der rechtsradikalen „Alldeutschen“ vermutet, die durch politische Morde von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner bis zu Matthias Erzberger, Gustav Landauer „und jetzt Rathenau“ alle „Mutigen, alle wahren Anführer der pazifistischen oder revolutionären Parteien“ ausschalten und mit ihnen den „Geist töten“ wollen, „das unabhängige Denken in Deutschland“. Und Zweig fragt: „Ist die Menschheit immer so dumm gewesen, oder gleiten wir in eine ganz spezielle Krise der Bestialität und Beschränktheit?“ Er fürchtet den „Triumph der Brutalität über den Geist“, was ein Jahrzehnt später politische Praxis werden sollte. Dieser am 25. Juni 1922 an Romain Rolland gerichtete Brief gehört zu Zweigs entschiedensten politischen Stellungnahmen. Angesichts der Verrohung der Sitten in der jungen Weimarer Republik schreibt er: „Ich gestehe Ihnen ehrlich, daß wir froh sein müssen, daß Frankreich diese Armee am Rhein stationiert hat – sonst würde diese idiotische Bande [der Alldeutschen, Anmerkung des Verfassers] morgen den großen Wilhelm und seinen prächtigen Sohn wieder aufleben lassen. [...] Heute ist Rathenau dafür ‚bestraft‘ worden, daß er für die Vernunft gekämpft hat.“

Die Trauerfeier im Reichstag, angeführt von Reichskanzler Joseph Wirth, wurde zu einer Kundgebung für den Geist der Republik, die Oskar Loerke in einem Brief an Gerhart Hauptmann, einst Rathenaus Duz-Freund, als „gewaltig erregend“ bezeichnete. Hauptmann selbst hatte notiert: „Vorgestern früh Rathenau fortgerissen. Der wärmste und glanzvollste Mensch und Mann, von irreführten Deutschen wahrscheinlich jungen Menschen, auf militärische Art gemeuchelt. Ich habe ein ekelhaftes Gemisch von Tagen erlebt.“ Seine Frau Margarete sollte sogar von Rathenau als einem Wiedergänger

träumen. Zwar hatte sich das Verhältnis Hauptmanns zu Rathenau wegen dessen öffentlicher Abrechnung mit dem Kaiser und Befürwortung der Völkerbund-Idee getrübt, aber er hätte dennoch Zweigs Urteil unterschrieben, der Rolland gegenüber konstatierte: „Nie hat Deutschland einen Mann von solchen Qualitäten, solcher Überlegenheit als Minister gehabt.“

ÜBEL DER MECHANISIERUNG

Eine Entsprechung zu dieser Einschätzung Rathenaus findet sich mit besonderer Akzentsetzung bei Rainer Maria Rilke. Mitten im Ersten Weltkrieg berichtet er am 28. Mai 1915 von einem vierstündigen „Frühstück“ mit Rathenau und Lou Andreas-Salomé in München. Schon im Herbst 1914 hatte eine Begegnung zwischen Rilke und seiner anderen Lou, der Bildkünstlerin Lou Albert-Lazard, mit Rathenau stattgefunden. Sie erinnert sich 1952 wie folgt daran: „Ein Abend mit Walther Rathenau war besonders fesselnd. Rathenau in seiner sprühenden Weise sprach voller Aufruhr gegen die Epoche, die wir erlebten. Trotzdem brach sich seine von leidenschaftlichem Idealismus getragene Hoffnung auf die Zukunft immer wieder Bahn. Manches von dem, was er sagte, fand ich später in seinem Buch ‚Von kommenden Dingen‘ wieder. Rilke stimmte mit aller Sympathie seinen Reden bei.“

Dieser Hinweis ist bedeutsam, besagt er doch, dass er zu wichtigen Befunden, die seine kulturkritische Schrift *Von kommenden Dingen* bestimmen, bereits zu Anfang des Ersten Weltkriegs gelangt war. Dazu gehört die Kritik an der „Mechanisierung“ des Denkens und der Gesellschaft, die Herrschaft von „Zahl und Maß“, die zum „irrsinnigen Warenhunger gesteigerte Besitzfreude“ der Menschen und ihre dadurch selbstverschuldete Unfreiheit sowie das, was er die „Interessentenwerdung des Menschen“ genannt hat. Dennoch wüsste man gern, was Albert-Lazard mit „Aufruhr gegen die Epoche“ seitens Rathenaus genau meinte. Denn ein solcher „Aufruhr“ hätte im Widerspruch zu dem zuvor zitierten Brief an Stefan Zweig vom Oktober 1914 gestanden, in dem Rathenau glaubte, den Forderungen der Zeit und damit des Krieges nachkommen zu müssen. Die „Mechanisierung des Lebens“ jedoch, seine spätere Hauptthese, wenn sie denn in dem, was er in München gleichfalls im Herbst 1914 sagte, vorgebildet gewesen sein sollte, schließt die Möglichkeit einer Mechanisierung der Vernichtung und Zerstörung ein.

Im Zusammenhang liest sich dieser Befund bei Rathenau so: „Das Übel der Mechanisierung beginnt, wo die ungebrochene, undurchgeistete Kraft sich des inneren Lebens bemächtigt, wo die gewaltig entfesselte Bewegung verantwortungslos aus der dienenden Bindung sich befreit, um den Menschen und sein Geschlecht, den Herrn des Getriebes, zum Knecht seines eigenen Werkes zu erniedrigen.“ Was Rathenau hier beschreibt, ist Selbstentfremdung durch eigenes Tun – nicht durch Fremdverschuldung. Veränderung

der Produktionsverhältnisse bedeutete für ihn eine Veränderung von innen heraus, ein geändertes Verhältnis zur Arbeit. Und genau das dürfte auch Rilke besonders angesprochen haben. Ein weiteres Argument Rathenaus kommt hinzu: „So wenig wie Wohlstand ist Gleichheit die äußere Forderung unserer Seelen. Welcher irreführende Gerechtigkeitssinn konnte je auf die Forderung der Gleichheit verfallen? Wie wenig wissen wir vom tiefsten Innern unsres Nächsten: Worte sind vereinbarte Botschaften über unvergleichene Dinge; wir beide nennen Rot, was bekannte Reihen von Gegenständen als Farbe ausstrahlen, und wissen doch nicht, ob die Rotempfindung des einen nicht gar der Grünempfindung des anderen entspricht.“

„ALLEGRO BRILLANTE“

Als Rilke im Juni 1921 Rathenau zu dessen Ernennung zum Reichsaußenminister gratuliert, geschieht dies auch deswegen, weil er in ihm den Gestalter von Politik erkennt, ja den kritisch bewussten Politikerkünstler. Umso erschütterter war auch Rilke angesichts der Schreckensnachricht vom 24. Juni 1922. Bereits zwei Tage später schreibt er ausführlich an Rathenaus Schwester, Edith Andreae-Rathenau, er habe in dem Hingemordeten einen „Erzieher eines tieferen und göltigeren Gemeinwesens“ gesehen.

Man stelle ihn sich vor: Walther Rathenau, Beethovens „Waldstein-Sonate“ spielend oder den Klavierpart in Robert Schumanns Quintett op. 44 übernehmend, dessen „Allegro brillante“ seinem Lebenstempo entsprach, oder in seiner Villa im Grunewald zu später Stunde Luthers Bibelübersetzung kritisch betrachtend – Joseph Roth sah sie noch zwei Jahre nach dem grausigen Mordanschlag auf Rathenaus Schreibtisch aufgeschlagen – und über Vertragsentwürfen brütend, die zu Rapallo und der am Ostersonntag 1922 erfolgten Verständigung mit der jungen Sowjetunion führten, ausgehandelt mit Georgi W. Tschitscherin, Rathenaus russischem Gegenüber und übrigens subtilem Mozart-Kenner. In seinem Gedenkartikel auf Rathenau, zwei Jahre nach dessen Ermordung in der *Frankfurter Zeitung* erschienen, nannte ihn Joseph Roth einen „friedlichen Ritter des Geistes“. Es spricht einiges dafür, dass wir dessen solchermaßen nobilitiertes diplomatisches Geschick wieder dringender nötig haben denn je.

Gekürzte Fassung eines Vortrags anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Ermordung Walther Rathenaus in Bad Freienwalde (Oder) am 23. Juni 2022.

PUBLIKATIONEN

Der englischsprachige Sammelband *Russisch-chinesische Beziehungen – aufstrebende Allianz oder ewige Rivalität?*, der seit dem 4. Juli 2022 verfügbar ist, untersucht die Beziehungen zwischen Moskau und Peking anhand von zivilen und militärischen Kooperationsbereichen. Ausgewiesene Expertinnen und Experten erörtern die bilaterale Zusammenarbeit im technologischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich sowie die Möglichkeiten westlicher Länder, diese zu beeinflussen.

Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industriestaaten einigten sich beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau im Juni 2022 auf die Gründung eines Klimaclubs bis Ende des Jahres. Das am 12. Juli 2022 veröffentlichte Papier *Der Klimaclub: Mehr Schein als Sein?* geht der Frage nach, wie die Bedürfnisse von Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verminderung von CO₂-Emissionen ausreichend berücksichtigt werden können.

In der am 17. Juni 2022 erschienenen Studie „*Wir müssen reden!*“ *Politische Diskussionen im Wahlkampf* wird eine repräsentative Umfrage zu politischer Kommunikation im persönlichen Umfeld und in sozialen Medien ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, wie sehr sich die Menschen mit Politik beschäftigen und über welche Kanäle sie politische Botschaften erreichen.

Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses katapultiert. Doch Panzer und Raketen sind nicht die einzige Bedrohung für unsere freie Gesellschaft. Der Essayband *Die wehrhafte(re) Demokratie*, veröffentlicht am 28. Juli 2022, widmet sich neben der sicherheitspolitischen Bedrohungslage in Europa einer Reihe weiterer Gefahren für unsere Demokratie.

Im Wahlkampf versuchen die Parteien über zahlreiche Kanäle, ihre potenzielle Wählerschaft zu erreichen – von Plakaten und Briefen über Werbung in sozialen Medien bis hin zu Gesprächen an der Haustür. Die am 15. August 2022 veröffentlichte Untersuchung *Ich sehe was, was du nicht siehst: Wahlwerbung analysiert*, auf welchen Kanälen explizite Wahlwerbung wahrgenommen wurde, und verdeutlicht, auf welche Weise Wahlberechtigte erreicht wurden.

PERSONALIA

Seit September 2022 leitet Norbert Beckmann-Dierkes das Auslandsbüro in Bulgarien.

Ab Oktober 2022 übernimmt Jakob Devčić die Leitung des Büros der Stiftung in Serbien; Veronika Ertl leitet seither das Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel Nahost/Nordafrika mit Sitz in Marokko.

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2022 zum Thema

CCCP

Der lange Schatten des sowjetischen Imperiums

Mit Beiträgen unter anderen von Helmut Altrichter, Martin Aust, Katrin Boeckh, Wolfgang Eichwede, Evgenia Lezina und Yana Prymachenko.

IMPRESSUM

Nr. 576, September/Oktober 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung Konstantin Otto Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 310-333 kas@frommrasch.de

Herstellung Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung Stan Hema GmbH, Berlin www.stanhema.com

Bezugsbedingungen Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



„UKRAINISCHE TITANEN“

Die unter dem Pseudonym Kinder Album arbeitende, ukrainische Künstlerin zeichnet und malt bewusst naiv – Bildgeschichten, „als ob ein Kind sie den Erwachsenen erzählt“.

Unvermeidlich ist auch für sie der Krieg zum Thema geworden: Dunkel, erdrückend lastet er auf schutzlos nackten Menschen. Doch sind sie es – verletzte Frauen, Männer und Kinder –, die ein Stück vom Himmel für sich selbst und möglicherweise auch für andere offenhalten.

„Ukrainian Titans hold up the sky“, 50 × 70 cm, aus der Serie „War Album“. Foto: © Kinder Album



< 24.02